

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 20. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Hertshölz. 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln. Nummer 5 Pf. Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1.10 Mark per Monat,
eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7078.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
für das erste Wort frei. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Die Prinzenreise.

New York, 11. März.

Prinz Heinrich tritt die Heimreise an; es ist daher angemessen, ein Resümee der Thatsachen, die sich darauf beziehen, zu geben. Die Meldung, daß der Bruder des deutschen Kaisers diese Republik besuchen werde, traf gerade in die Zeit, als die europäischen Staaten, allen voran England und Deutschland, sich aufs eifrigste bemühten, ihren Politikern vorzudemonstrieren, daß sie zur Zeit des spanischen Krieges die besten Freunde der Union gewesen. Es ist hier nicht nötig, auf die Einzelheiten dieser Affaire, bei welcher schließlich England als der stark blamierte Teil hervorging, näher einzugehen. Nur zwei Bemerkungen seien hier erlaubt; erstens, daß man hier sicherlich ganz genau wußte, wie man in dieser Beziehung mit England und Deutschland daran war, daß man es aber mit Rücksicht auf England, das man ja mal gelegentlich brauchen könnte, nicht wissen wollte; zweitens aber, daß dieser Wettstreit, sich als „gut Freund“ der Union aufzuspielen, hier mit grenzenlosem Hohn aufgenommen wurde. Die illustrierten Blätter — und fast die ganze Presse ist ja hier jetzt illustriert — brachten Abbildungen, welche für Europa, besonders aber für Deutschland und England, wahrlich nicht schmeichelhaft waren. Der „Judge“, ein echt amerikanisches Blatt von intensiver nativistischer Färbung, brachte eine große farbige Illustration, welche den deutschen Kaiser, tief vor Roosevelt sich verneigend, darstellte. Letzterer, in Akali-Uniform, blickt erstounen lächelnd auf den Kaiser, der, ein großes Bouquet in der Hand, für alle gegen die Vereinigten Staaten seitens Deutschlands begangenen Sünden Abbitte leistet: vor der Affaire in der Bai von Manila bis auf die angeblichen süd-amerikanischen Aspirationen des Deutschen Reiches. Im Hintergrund kommt „John Bull“ angefüllt und schreit schon von weitem, daß Roosevelt dem Deutschen nicht glauben solle. Ganz im Geiste dieser Illustration waren eine große Anzahl anderer in andren Prechorganen, auch editoriel mit den nötigen Kommentaren versehen, gehalten.

Es sei noch hinzugefügt, daß dem Kenner der Verhältnisse dieses Duhlen im Onkel Sams Freundschaft fast komisch erscheint. Der wirtschaftliche Kampf zwischen den betreffenden Ländern wird selbstverständlich dadurch nicht im mindesten berührt. Und was den Wert eines Bündnisses mit den Vereinigten Staaten im Falle kriegerischer Verwicklungen betrifft, so ist derselbe ein sehr zweifelhafter. Gerade der spanische Krieg hat das bewiesen. So gewiß Amerika in der Defensive unabweislich sein würde, ebenso sicher würde es einem europäischen Verbündeten nur eine sehr geringe Unterstützung leisten können.

Ob ferner nicht, angeichts so vieler Thatsachen, welche in den letzten Jahren von dem rückwärts egoistischen und hinterlistigen Charakter der imperialistischen Politik Amerikas so gewichtiges Zeugnis ablegen, vorzukommenbeifalls sich Dinge ereignen könnten, welche dem Titel des „perfiden Albion“ einen mehr als ebenbürtigen Konkurrenten geben würden, soll nur angedeutet werden. Jedes — alles das nur nebenbei.

In dem Augenblick, als die Nachricht von dem beabsichtigten Besuch des Prinzen hier eintraf, setzten sich zwei Bevölkerungsschichten sofort in Positur, um ihn entsprechend zu empfangen. Da waren zunächst alle offiziellen Kreise, vom Präsidenten bis herab zum Bürgermeister eines kleinen Städtchens, welches hoffte, daß der prinzipale Eisenbahngang dort fünf Minuten halten würde. Alles dies, und zwar je höher hinauf, um so mehr, war im Charakter dessen, was vor ein paar Tagen ein berühmter Kanzelredner, Dr. Bartholomäus, so treffend „strategische Gafreundschaft“ genannt hat. Dann aber — und die meinten es herzlich, — kamen die deutschen Siedebürger anmarschiert, um in allen möglichen Formen dem Bruder ihres — trotz Amerika! — angestemmten Kaisers und Königs zu huldigen. Als Staffage dazu gab sich das neugierige, allem was einer „Show“ (Schauspiel) gleichkommt, aufgeregte und enthusiastische Volk her. Wenn nun noch hinzugefügt wird, daß die milliardreiche Snob-Kristokratie, dieselbe, welche sich für ihre Töchter in Europa Fürsten- und Herzogtümern zu beliebigen Preisen einkauft, speziell in New York den Prinzen für sich privatim einschätzte, so hat man ein Gesamtbild der verschiedenen Elemente, welche in dieser Prinzenreise eine Rolle spielen.

Wielleicht wird noch jemand auf Harvard, auf diese Blüte der amerikanischen Universitäten und deren Aktion hinweisen und um Klärung bitten. Auch das gehörte zu den offiziellen Veranlassungen, freilich mit dem Unterschied, daß die Huldigung, welche dem Prinzen dort dargebracht wurde, durch still- und schwingvolle Reden, deren Inhalt zum größten Teil unwahr oder mindestens übertrieben war, motiviert wurde.

Wenn nun in alledem der republikanische Geist vermischt wird, der „Rämerstolz vor Königsthronen“, der selbst bei einer solchen Gelegenheit den Begrüßungen eines prinzipalen Gastes eine entsprechende Würde und Haltung verleihen sollte, so beruht ein solcher Einwand auf vollständiger Verkennung der historischen Entwicklung des Landes und des Charakters des Volkes. Vor allen Dingen sind die Amerikaner überhaupt keine prinzipiellen Republikaner. Es würde zu weit führen, dies hier näher auszuführen. Aber es mag erlaubt sein, darauf hinzuweisen, daß Schreiber dieses schon in früheren Korrespondenzen ausgesprochen hat, wie dem amerikanischen Volke im allgemeinen jedes republikanischen Gemeinwesens durchaus fehlt, und wie es nur auf die Gelegenheit ankommt, um in dieser Beziehung hier Wunderdinge zu erleben. Die Prinzenreise ist nun eines derselben.

Wenn man von dem, was man so gewöhnlich „Volk“ nennt, absteht und die Haltung der mehr oder minder klassenbewußten Arbeiter-Organisationen während des Prinzenempfangs

betrachtet, so muß man dieselbe als eine im allgemeinen durch- aus ablehnende bezeichnen. Einzelne, wie der St. Louis „Trade- und Labor Council“, faßten sogar geharnischte Resolutionen, in welchen sie die behördlichen Speichellekereien verdammt. In der Legislatur des Staates Massachusetts waren es die Vertreter der „Socialist Party“ (Socialdemocratic Party): Carey und Mc Cartney, welche in der Versammlung, in der die Sprecher des Repräsentantenhauses und des Senats bevollmächtigt wurden, den Prinzen bei seinem Eintreffen in Boston offiziell zu empfangen, ihren energischen Protest einlegten. Diese Proteste unterschieden sich von den im Kongress seitens zweier Demokraten, welche nachher noch von ihren eignen Parteigenossen desavouiert wurden, erhebene hauptsächlich darin, daß sie sich nicht in allgemeinen Phrasen ergingen, sondern den Kern der Sache im socialistischen Sinne bloßlegten. Besonders war es Carey, der in dieser Beziehung Eindruck machte. An den bedenklichen Say des Prinzen anknüpfend, welchen dieser in seiner Antwort auf die Ansprache des Mayors von New York in der City Hall ankerte, daß er (der Prinz) sich wohl bewußt sei, wie die Stadt New York für viele seiner Landsleute zu einem Asyl geworden, sagt Carey u. a.:

„Prinz Heinrich soll gesagt haben, New York sei der Zufluchtsort vieler Deutschen — jawohl! Die Vereinigten Staaten sind für Tausende von Deutschen, welche aus ihrer Heimat ins Exil getrieben wurden, weil sie für Redefreiheit, politische und industrielle Freiheit kämpften, ein Zufluchtsort geworden.“

Prinz Heinrich vertritt nicht das deutsche Volk, welches in seiner großen Mehrheit aus Arbeitern besteht. Wenn er durch den Willen des deutschen Volkes zu uns geschickt wäre, würde ich ihn gern willkommen heißen; aber, er vertritt ein System, welches die Menschheit in zwei feindliche Lager teilt . . .

Als Teilnehmer an jener internationalen Bewegung, welche die Solidarität der ganzen Menschheit bezweckt, würde ich den Vertreter irgend eines Volkes begrüßen, aber einen Vertreter des kapitalistischen Imperialismus kann ich nicht . . .

Ich gebe den Text der Worte Careys nur zum Teil, da die deutsche Presse nicht in der Lage sein wird, denselben vollständig wiedergzugeben. Daß trotzdem der offizielle Empfang gegen die zwei Stimmen der Socialisten beschlossen wurde, ist selbstverständlich.

Der Telegraph hat Ihnen eine solche Fülle von Einzelheiten übermitteln, daß es nur nötig ist, kurz auf folgendes hinzuweisen: Der Prinz hat natürlich vom Lande nur das gesehen, was man ihm zu sehen erlaubte, vom Volke und dessen Leben gar nichts. Niemand wohl ist ein Mensch auf einer Reise so vollständig und in jedem Augenblick in den Händen einer ganzen Armee von Geheimpolizisten gewesen, wie Prinz Heinrich in Amerika. Das sogenannte „Pres-Bankett“ war eine große „R. V. Staatszeitungs“-Reklame-Affaire. Einzelnen und erschienen waren u. a. alle Anzeigen-Agenten, bis herunter zu ziemlich lumpigen; denn diese Herren spielen hier für die Zeitungen eine entscheidende Rolle. Selbstverständlich konnten alle die schönen Reden, die dort gehalten wurden, nicht verhindern, daß die Hege gegen Deutschland in der betreffenden Presse, speziell in den prinzipiell deutschfeindlichen Blättern „Herald“, „Sun“ und „Times“ noch während der Anwesenheit des Prinzen in Amerika wieder auflebte. Der Prinz persönlich hat bei allen, mit denen er zusammenkam, den Eindruck eines — wie die Zeitungen sich ausdrücken — „good fellow“ (guten Kerls) und lebenswichtigen Mannes gemacht. In ein paar Wochen wird auch der Eindruck sich in seiner etwaigen Wirkung verflüchtigt haben, und nichts wird bleiben, als die Erinnerung an die Erscheinung eines — Meteors.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. März.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch endlich die zweite Beratung des Kultus-Etats beendet. In der fortgesetzten Debatte über das Medizinalwesen machte Abg. v. Savigny (C.) den beherrschendsten Vorschlag, daß die Kreisärzte ihre Thätigkeit auch auf das Gebiet der Wohnungshygiene ausdehnen möchten. Abg. G. Laugel (natl.) besprach eingehend das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen, das seiner Ansicht nach zu Unzutraglichkeiten geführt hat. Die Honorierung der Ärzte sei viel zu gering. Auch sei es schon vorgekommen, daß Krankenkassen sich in den Dienst politischer Bestrebungen gestellt haben. Redner regte an, den Kreisärzten eine autoritative Stellung gegenüber den Krankenkassen zu geben. Seinen Vorstoß gegen die Krankenkassen durch Thatsachenmaterial zu begründen hielt er für überflüssig. Eine Antwort seitens der Regierung wurde ihm nicht zu teil und auch aus dem Hause erwiderte ihm niemand.

Nach Erledigung des Kultus-Etats begann die erste Beratung der Sekundärbahn-Vorlage, die wie alljährlich zu lebhaften Klagen über die scheinbare Bevorzugung des Westens vor dem Osten, über die zu große Sparamkeitspolitik in Bezug auf Eisenbahnbauten, über die zu hohen Leistungen für den Grunderwerb, die den Kreisen auferlegt werden, in denen Bahnen gebaut werden, und über die Verweigerung von Konzessionen zu Bahnbauten an Private Veranlassung gab. Der Minister v. Tzielen wies diese Klagen als unbegründet zurück. Im übrigen brachten die Redner nur lokale Wünsche vor, mit Ausnahme des Grafen Kanitz (L.), der der Regierung heftige Vorwürfe darüber machte, daß sie den Ankauf der ostpreussischen Südbahn für den Staat trotz der infolge der niedrigen Dividenden für sie günstigen Gelegenheit verabsäumt hat.

Das Herrenhaus, das nach einer Pause von mehr als zwei Monaten wieder zusammentrat, erledigte in schneller Reihenfolge in nur 2 Stunden mehr als ein Duzend Besetzungswürfe, die sämtlich, den Anträgen der Berichterstatter entsprechend, ohne Debatte zur Annahme gelangten.

Am Donnerstag wird im Abgeordnetenhaus die Sekundärbahn-Vorlage weiter beraten. Auf der Tagesordnung des Herrenhauses stehen u. a. der Antrag des Grafen Mirbach auf Herabsetzung des Fideikommissstempels und die Vorlage betr. den Erwerb von Bergwerkseigentum für den Staat. —

Die Risse im Centrumsturm.

Wir hatten vorgestern darauf hingewiesen, daß der rheinisch-katholische Bauernverein sich durch einen förmlichen Vertrag dem Bund der Landwirte angeschlossen hat. Die 750 Mark - Christen wollen von den 8 Mark - Christen des Centrum nichts mehr wissen.

Während das Centrum demnach von rechts durch seinen bäuerlichen Anhang hart bedrängt wird, nimmt von links der Kampf der zum Bewußtsein ihrer Interessen erwachenden katholischen Arbeiter gegen das Brotwucherer-Centrum seinen Fortgang. Hierüber wird uns aus Düsseldorf geschrieben:

Der Kampf der beiden Centrum-Richtungen — hier für den Brotwucherer — hier gegen den Brotwucherer — verschärft sich von Woche zu Woche. Wurde dieser Kampf bisher auch mehr hinter den Coulissen ausgefochten, und suchten die Brotwuchererchristen von diesem Kampf ihrer Parteigenossen gegen sie möglichst wenig an die Öffentlichkeit bringen zu lassen, so hat der „Vorwärts“ die im Vertuschen und Abwiegeln geübten Führer der Brotwuchererchristen vor die Arena gezwungen. Beide Richtungen sagen sich mit Recht, daß dieser Kampf ein Kampf auf Leben und Sterben ist: eine dieser Richtungen muß erliegen, das sehen beide jetzt ein, und an ein Zusammenweichen denken sie nicht mehr. Können und wollen auch nicht daran denken. Wir sind nicht so optimistisch, zu glauben, der Centrumsturm brähe etwa in kürzester Zeit zusammen: aber was da am Niederrhein vor sich geht, das ist eine scharfe Spaltung der Centrumschristen. Küstlich werden bei den Reichstagswahlen, — wenigstens am Niederrhein — die beiden Centrumrichtungen nicht mehr zusammen marschieren. Das wird jetzt offen ausgesprochen. Die Kluft zwischen diesen beiden Richtungen wurde hervorgerufen durch den weltgeschichtlichen Kampf, den die Hungernde gegen die Satten überhaupt kämpfen. Der hungernde Proletar im Centrumslager ist endlich zu der Einsicht gekommen, daß das Christentum der Satten ein Scheinchristentum ist; der gedrückte Lohnknecht, der da als getreuer Kaufmann der reichen und mächtigen Centrumsdarfen, der Centrumsbäuer, Centrumsjuristen, Centrumrentner und auch Centrumsgesellschaften bis jetzt die Devise dieser Herrschaften „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ geduldig hochgehalten hat, der beginnt zu der Einsicht zu gelangen, daß diese reichen und mächtigen Centrumsherrn ihre und ihrer Klasse, der Reichen, Geschäfte besorgen, den Proletar aber ausbeuten und knechten. Der Klassengegensatz tritt jetzt so scharf hervor, daß die Herren, die in Brotwucherer gegen das Volk machen, die Spaltung im Centrumslager, die sie seit Jahren zu vertuschen sich abgemüht haben, jetzt offen zugeben und sich nun an den Strohhalm einer öffentlichen „Erklärung“ klammern, daß jene Centrumrichtung der Anti-Brotwucherer, daß die Centrumproletarier, welche die agrarisch-kapitalistische Politik der wohlhabenden Centrumschristen nicht mehr unterstützen — nicht mehr zu ihren Reihen gehören.

Die Leser sind unterrichtet von den Vorgängen im Lager des Düsseldorf-Centrum. Jüngst gaben einige „Arbeiterführer“ des dortigen christlichen Arbeitervereins eine „Erklärung“ ab, daß der Riß Thatsache sei, daß aber die „abtrünnigen“ Anti-Brotwucherer aus ihren Reihen „nun“ nichts mehr mit ihnen gemein hätten. Die „Abtrünnigen“ antworteten aber mit nicht mißzuverstehenden Worten, der Kampf nahm noch größere Schärfe an und jetzt sieht sich der Hauptvorstand der Centrumspartei für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf gezwungen, eine ähnliche „Erklärung“ öffentlich im ultramontanen „Düsseldorfer Volksblatt“ abzugeben. Erst also nur der christliche Arbeiterverein, jetzt die ganze Centrumspartei. Aber die Anti-Brotwucherer-Richtung weiß auch auf diesen offenkundigen Verzweigungskakt ihrer bisherigen Parteigenossen mit herzerfrischender Deutlichkeit zu antworten. Man höre mir:

„Das „Düsseldorfer Volksblatt“, schreibt der christliche „Hauschlag“ zu Düsseldorf, veröffentlicht in seiner letzten Nummer 72 eine „Erklärung“ einiger streitbaren Düsseldorf-Herren, die uns köstlich amüsiert hat. — Zunächst amüsiert uns darin, wie die Herren sich aufs hohe Pferd setzen, um abzurufen, wer zur Centrumspartei gehört oder nicht. Darüber sind dieselben durchaus inkompetent Führer, die ihren Wählerkreis auf bloße 5000 Stimmen haben. Ihren Gegnern gleich werden lassen, und in der Zwischenzeit so gut wie nichts gekhan haben, um das Centrum hier zu stärken, von denen man mit einem Wort fast nirgends weiß, daß dieselben Parteiführer sind, sollten doch ein wenig bescheiden — urteilen. — Außerdem haben diese Herren selbst den Centrum-Standpunkt verlassen . . .

Als ganz besonders bedauerliche Thatsache aber möchten wir nur feststellen: Die 43 Unterzeichner der sogenannten „Erklärung“ haben offenbar nicht die geringste Fühlung mit dem arbeitenden Volke in Stadt und Land. (Die beiden Düsseldorf-Centrum-Abgeordneten, die Juristen Kirch und Schmitz trifft dieser Vorwurf des christlich-katholischen Blattes mit, denn sie beide haben die in Rede stehende „Erklärung“ mit unterzeichnet. Red.) Es sind denn auch lediglich Rechtsanwälte, Amtsrichter, große Gutbesitzer und dergleichen oder Rentner, welche, wie sie selbst sagen, „die notleidende Landwirtschaft durch

Gewährung von Hölzen zum Schutze gegen die allmähliche Kon-
kurrenz des Auslandes vor dem Untergange zu bewahren
bemüht sind. Warum treten diese Rechtsanwalte, Amtsrichter,
Gutsbesitzer etc. etc. denn nicht für den Schutz der Erzeugnisse der
kleinen Bauern ein? Warum entrüsten sie sich nicht über den
Stenerdruck, den diese armen Bauern zu tragen haben?
Warum helfen sie nicht, die Lage der armen, gedrückten,
ländlichen Arbeiter erträglicher zu gestalten? Warum
heißt es immer nur für die großen Getreidebauern und
Wirtschaftler? Die Herren haben die Traditionen des Centrums
verlassen und schlagen... den Aufstachelungen unseres ver-
ehrten Centrumsführers Windthorst geradezu ins
Gesicht, welcher im deutschen Reichstag am 13. Dezember 1887
erklärte:

... daß eine Vermehrung des Jokes um 2 M. (von 3 auf
5 M.) ganz außerordentlich einwirken wird, und meine Furcht
ist nur die, daß sie zu sehr einwirken wird und wirklich eine
Vermehrung des Brotes herbeiführen könnte. Wenn
das wäre, wenn eine erhebliche Vermehrung des Preises des
Brotes entstände, so würde ich sehr ängstlich sein, denn es
würde dadurch eine Grundlage für Beschwerden oder Agi-
tationen gegeben werden, die in gegenwärtiger Zeit zu
vermeiden jeder die dringendste Ursache hat.
**Was würde Windthorst erst zu einem Getreidezolle
von 7,50 Mark gesagt haben!**

Wo waren die Herren Rechtsanwalte, Amtsrichter,
Richter etc. etc., als kürzlich der Bund der Landwirte
im Volksverein zu Düsseldorf das Centrum und den katholischen
Volksverein beschimpfte, und die Interessen der christlichen Arbeiter-
schaft mit frechem Spott und Hohn abhat? Da haben sie
diese Abwehr den christlichen Arbeitern und armen Leuten aus dem
Munde überlassen. Wenn diese „Führer“ nur dabei sein
wollen, wo es sich um die wirtschaftlichen Interessen der
Großen und Junker handelt, so bedanken wir uns schäufend
für diese Führer...

Wir sagen nur eins: Diese „Führer“ wagen es, die
Interessen des arbeitenden Volkes in der größtmöglichen Weise zu
vernachlässigen. Kein einziger Arbeiter steht dem auch unter dieser
Erklärung. Volkinteressen vertragen sich eben nicht mit
Junkerinteressen. Hier scheiden sich die Geister. Will man
den Kampf, wir nehmen ihn auf. Bei Philipp sehen wir uns
wieder!

So stehen die Dinge am katholischen Niederrhein. Der „Chri-
stliche Hausbesitzer“ und seine christlichen Arbeiter sehen ein, daß das
glorreiche Centrum und die beiden Düsseldorf'schen Centrums-Ab-
geordneten Schmitz und Kirch „Gimpel fangen wollen, um die
kleinen Leute über die Gemeinshaftlichkeit der Getreidezölle
hinwegzuführen.“ Das betont der „Hausbesitzer“ in derselben
oben erwähnten Nummer wörtlich in einem zweiten scharfen Artikel
gegen die Volkswander-Christen, und dann schreibt er:

„Die volkfeindliche Politik des „Vollblattes“ arbeitet
der Socialdemokratie direkt in die Hände, und führt mit un-
fehlbarer Sicherheit dahin, unseren Wahlkreis schon bei der
nächsten Wahl der Socialdemokratie anzuliefern.“

Los vom Centrum — das ist die Lösung dieser katholischen
Arbeiter. Freilich es ist eine halbe und unklare Lösung. Man will
ein neues, besseres Centrum, — eine Utopie. Denn das Centrum
im Sinne seiner agrarischen Gefolgschaft kann nicht anders sein, wie
es nun einmal ist.

Die katholischen Arbeiter werden erst dann vom Centrum wirk-
lich loskommen, wenn sie den Krennungsschnitt ganz und vollständig
ausführen und zur Partei des organisierten Proletariats kommen.
Zwischen Centrum und Socialdemokratie läßt sich keine besondere
katholische Arbeiterbewegung schaffen, die Macht erringen und die
Interessen ihrer Anhänger wirksam vertreten könnte. —

Ueber die Wahl in Nassau: Gerdenen

Nächst folgendes weitere Telegramm des „Wolffschen Depeschen-
bureaus“ vor:

Nach den bisherigen Feststellungen haben v. Rautter (L)
9546 Stimmen, Dalg (fr.) 4806 und Ehardt (So.) 3618 Stimmen
erhalten. Die acht noch fehlenden ländlichen Wahlbezirke werden
voranschätzungsweise auf dem Ergebnis der Wahl v. Rautters nichts ändern.

Danach haben bis jetzt zugunommen die Konservativen
um 415, die Freisinnigen um 1900 und die Socialdemo-
kraten um 855 Stimmen. Die anti-agrarischen Parteien
haben also um 2315 Stimmen zugunommen, die Konservativen nur
um 415 Stimmen!

Ein neues Menetekel für die Brotwucherer! Der
Jubel der gegnerischen Presse, daß die Socialdemokratie keine Fort-
schritte gemacht habe, war verfrüht. Wir haben neue Wähler
gewonnen, und zwar zum größten Teil auf dem Lande. Das Ergebnis
der Wahl in den 9 Städten des Kreises ist sehr erfreulich und be-
kundet ein erhebliches Wachsen der Opposition gegen die Lebens-
mittelvertheuerung. Es sind in den 9 Städten zusammen diesmal
4235 Stimmen abgegeben worden gegen 3124 im Jahre 1898.
Dabei sind die konservativen Stimmen von 912 auf 802 zurück-
gegangen. Die Zahl der freisinnigen Stimmen dagegen hat sich
verdoppelt und ist hier von 1198 auf 2278 gestiegen. Die
Socialdemokratie hat einen Stimmenzuwachs von 1074 auf 1147
aufzuweisen.

300 Stimmen haben wir also auf dem Lande mehr ge-
wonnen! Ein Resultat, das uns unsofern befriedigen kann, wenn
man die kolossalen Anstrengungen der beiden andern Parteien und
die Hindernisse bedenkt, die unserer Agitation bereitet wurden. Man
schreibt uns darüber noch aus Königsberg:

Noch nie ist ein ostpreussischer Wahlkreis so aufgewühlt worden
wie dieser. Freisinnige sowohl wie Konservative haben
die riesige Wahlagitation betrieben. Die Wähler sind
mit Flugblättern und Stimmzetteln förmlich überhäuft worden.
Die Konservativen verbreiteten vier Flugblätter, deren Haupt-
inhalt aber bezeichnenderweise gegen die Socialdemokratie ge-
richtet war, außerdem wurden eine ganze Anzahl der be-
kannten halleischen Flugchriften in großen Massen
an die Landleute verteilt. Auch die Freisinnigen haben
mindestens vier Flugblätter verbreitet. Auch darin werden die
Socialdemokraten als wütende Feinde des Reiches und
des Vaterlandes geschildert. Der Eigenhumsfanatismus der
Landbevölkerung wurde durch die kühnsten Schilderungen im Stile
der Eugen Richter'schen „Zerbrechen“ angeflacht. Die freisinnigen
Reichstags-Abgeordneten Wiener, Köpck, Demmig, der Landtags-
Abgeordnete Dr. Krieger und mehrere Agitatoren haben
Tugende von Versammlungen abgehalten, in denen gleich-
mäßig auf konservative und Socialdemokraten losgepaßt wurde.
Belustigend wirkte, wie die Freisinnigen fortgesetzt bemüht waren,
sich als die regierungsfreundliche Partei aufzuspielen, während
sie den agrarischen Kandidaten in lebhaften Farben als Gegner
der Regierung schilderten.

Obne jede Spur von Achtungsdignität kann behauptet werden, daß
die Socialdemokratie den Kreis erobern würde, wenn sie in gleicher
Weise wie eine der beiden andern Parteien hätte die Agitation
betreiben können. Von unserer Seite konnte sehr wenig ge-
schehen. Es ist thatsächlich nicht möglich gewesen, auch nur
eine einzige Versammlung in dem Wahlkreise abzuhalten.
In einigen der ersten Versammlungen, die von den Freisinnigen
abgehalten wurden, sprachen Genossen, doch wurde der Versuch nicht
wiederholt, weil unsere Redner nicht genügend Rede-
zeit zugestanden wurde. Man ließ sie ein Weisliches sprechen, dann

leisteten sich ein paar darauf ansehend dressierte Freisinnige
die gewagtesten Verdröhnungen der Ausführungen der Socialdemo-
kraten und eine nochmalige Erweiterung der Socialdemo-
kraten wurde nicht zugelassen. Troden bemerkte einmal
der Vorsitzende, die Versammlung sei nicht dazu arrangiert, damit
die Socialdemokraten darin für sich Agitation treiben könnten. Die
ganze Agitation, die für den socialdemokratischen Kandidaten betrieben
wurde, besteht in der Verbreitung zweier Flugblätter,
von denen das zweite am letzten Sonntag verteilt wurde.

Zu guter Letzt hatten die Agrarier ihre ganze Hoffnung auf den
Kandidat gesetzt.

Während bei der Mehrheit der Landbevölkerung die geradezu
wahnwitzigen Heereien der agrarischen Flugblätter gegen die Social-
demokraten keine Reizung zu Gewaltthatigkeiten hervorriefen, waren in
einzelnen Fällen die mausgalkärten Leute ganz aus Rand und Bond
gebracht. Wiederholt wurde unseren Genossen drohend entgegen-
getreten, so daß sie manche Güter unverrichteter Sache verlassen
muskten. Anknüpf wurden in verschiedenen Fällen drohend ge-
schwungen.

Direkt und schwer mißhandelt wurden Flugblatt-
Verteiler auf der Begleitung des Herrn Totenhöfer. Unser
Königsberger Partei-Organ meldet darüber:

Die Leitung bei dem brutalen Ueberfall auf wehrlose Leute
hat der vornehme Herr Rittergutsbesitzer ausgeübt, der
schon bei früheren Gelegenheiten sich gegen Socialdemokraten Ueber-
griffe herausnahm. Diesmal wird ihm die Reizung zur Vergewaltigung
politisch anders Deutender verleidet werden. Zwei Genossen kamen,
nachdem sie bereits eine Anzahl Drittschaften umgehindert mit Flugblättern
belegt hatten, gegen 1/2 Uhr nachmittags auf dem Vorwerk Linde
an und belegten auch dieses. Als sich die beiden Genossen im
letzten Hause befanden, kaufte ein Führer heran, auf welchem
sich vier mit starken Stöcken bewaffnete Personen befanden. Diese
vier Personen kamen in das Haus und einer derselben fuhr sie
mit den Worten an: Was wollen Sie hier, machen Sie, daß
Sie raus kommen.“ Ein Genosse erklärte: „Es ist dieses doch
nicht Ihr Haus, wie können Sie uns hier hinausweisen?“ Die laut
geschrieene Antwort lautete: Hier bin ich Wessiger. Das Vorwerk gehört
Herrn Totenhöfer. Die beiden Genossen hatten sich vorher von den Be-
wohnerin des Hauses einen Trunk Wasser geben lassen. Dem Genossen,
der das Gefäß noch in der Hand hatte, wurde dasselbe fort-
gerissen und er mit dem Wasser begossen. Darauf wurden unsere
Verteiler aus dem Hause gestochen und die vier Angreifer schlugen
mit Stöcken und Häuten nach denselben. Auf der Landstraße
stürzten sich die Ordnungshelden auf unsere Parteigenossen, rissen
ihnen die Kleider auf und raubten ihnen den Rest von Flug-
blättern aus der Tasche. Dazu wurden die Ueberfallenen mit
Schimpfwörtern, wie: „Gezählte Lumpen“, „Hunde“, „Social-
demokraten sind keine Menschen“ und dergleichen überhäuft. Den
Patronen wird klar gemacht werden, daß man nicht ohne weiteres
Leute überfallen und berauben kann.“

Nach alledem können wir mit unserem Erfolge voll auf zufrieden
sein! —

Die Unruhen in Petersburg.

Die Demonstration in Petersburg, von der wir gestern be-
richteten, stellt sich nach neueren Nachrichten als noch weit bedeutender
und in ihren Folgen fürchtbarer heraus. Der Londoner „Daily
Express“ berichtet darüber aus Petersburg:

„Seit einigen Tagen waren Flugblätter in Petersburg aus-
gestreut worden, durch die das Volk aufgereizt wurde, sich am
Sonntag vor der kaiserl. Kathedrale zu versammeln. Am Sonntag-
morgen war der ganze große Platz von berittener Gendarmarie
und Truppen besetzt, die während der Nacht eingerückt
waren, um die Versammlung zu verhindern. Weitere Truppen
waren bereit gestellt, um zu verhindern, daß die Arbeiter
von Schläßelburg und andern Fabriccentren auf den Platz
kamen. Das Militärangebot auf dem Newski-Prospekt war groß-
artig. Dabei waren noch viele Truppen in öffentlichen Gebäuden
und Seitenstraßen verdeckt aufgestellt. Trotz aller dieser Vorsichts-
maßregeln versammelte sich eine große Anzahl
von Studenten in den Seitenstraßen des Newski-Prospekts
und marschierte von dort mit roten Fahnen nach der
katholischen Kirche. Ungeheure Volksmengen, die von allen
Seiten zuströmten, sammelten sich auf dem Platze. Es waren
zum größten Teil Arbeiter, Arbeiter-Abteilungen sprengten zwischen die
Menge und drängten die Leute in die Seitenstraßen. Die
Rosaten gebrachten bei dieser Gelegenheit ihre mit Metallspitzen
versehene Anuten. Eine berittene Truppe umzingelte einen
Häuser Studenten und Studentinnen und griff dann, mit der
blauen Waffe haueud und stechend und die Leute nieder-
reichend, die Umzingelten an. Viele hundert Studenten
wurden verwundet und dann in die Keller der Hotels und
Läden in der Nachbarschaft geworfen, wo man sie ohne ärztliche
Hilfe und Nahrungsmittel bis zum Abend eingesperrt hielt. Am
Abend wurden sie zur Polizeistation gebracht. Unterdessen
war vor der Stadthalle ein heftiger Kampf entbrannt. Hier
hatten sich etwa 5000 Arbeiter unter Führung von Studenten
versammelt. Die Gendarmen und Rosaten griffen immer wieder
mit Säbel und Knute an und wurden ihrerseits mit einem Stein-
hagel empfangen. Viele Polizisten wurden ver-
wundet und ein Offizier getödtet. Von den Zu-
schauern wurden ebenfalls viele verletzt. 250 Studenten,
unter denen sich mehrere Studentinnen befanden, wurden ver-
haftet. Gegen 1 Uhr war der Newski-Prospekt geräumt, aber
keine Menschenmassen machten den Behörden in den Seitenstraßen
immer noch zu schaffen.“

Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen, um zu prüfen,
ob sich diese außerordentlichen Redungen des Londoner Blattes,
das gern übertriebt, allenthalben bestätigen.

Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ meldet noch:

Petersburg, 19. März. Aus einer heute veröffentlichten
amtlichen Bekanntmachung über die bereits gemeldeten Straßen-
unruhen vom 16. d. M. ist nachzutragen, daß die Aufhänger
rote Flaggen mit aufsehenswerten Aufschriften einstellten.
Wegen Uebertretung von polizeilichen Bestimmungen über Straßen-
anordnungen hat der Stadthauptmann 87 Personen, unter ihnen
45 Studierende, mit dreimonatiger Haft bestraft. Unabhängig von
dieser Strafe wird gegen die Mädelführer ein gerichtliches
Verfahren eingeleitet werden.

Was auch die Tragweite der jetzigen Bewegung noch nicht völlig
zu überblicken sein, das steht fest: Petersburg stand am Sonntag im
Zeichen der Volkserhebung. Die Schergen des Parasitismus können
die Knute schwingen und die Gefängnisse füllen, — aber ihr Feind
ist nicht mehr der schwache Einzelne, sondern die Masse und die
Klasse der todesmüthigen Revolution. —

Deutsches Reich.

Rollserien.

In der Presse der Bucherpartei wird während der jetzigen
Rollserien eifrig disputiert, was nach Ostern geschehen solle. Die
konservativen Blätter spiegeln die Uneinigkeit und
Unentschlossenheit ihrer Partei über die einzuschlagende
Taktik wieder. In der „Arenz-Zeitung“ kann man in ein und derselben
Nummer Artikel finden, die zur Versöhnung mit der Regierung
mahnen, und solche, die sich erbittert gegen die Regierung richten.
An den beiden Gegenpolen des Meinungsstreites stehen die „Schlef-
Fzg.“ und das Berliner Völkerverständnis. Die „Schlef. Fzg.“ wendet
sich also gegen die Jollkommissionsmehrheit und damit gegen ihre
eigenen Parteifreunde:

„Die Verschleht der Jollreform-Aktion hat nicht begonnen
mit der Regierungsvorlage und deren Vorbereitung, sondern mit
der von der Mehrheit der Kommission beschlossenen
Methode. Das formale Recht, die Regierungsvorlage in aller
Freiheit zu kritisieren, zu bekämpfen sogar und umzugestalten, be-
steht ihr kein Mensch; aber wenn sie aufrichtig ent-
schlossen war, mit der Reform zum Ziele zu gelangen, so
hatte sie die Pflicht, sich selbst diejenigen Schranken
aufzuerlegen, ohne deren Einhaltung das Ziel nicht zu
erreichen ist. Jedermann weiß, daß ein Jolltarif nur das
Werk eines Kompromisses sein kann. Jedermann weiß
auch, daß die Vorlage der verblüdeten Regierung ein
solches Kompromiß bereits darstellt, und zwar ein erst nach langer
und schwerer Mühe zu stande gekommenes Kompromiß.“

Da verstand sich, zumal unter den eigenartigen staatsrecht-
lichen Verhältnissen unseres Reichesgebildes, von selbst, daß, wer
überhaupt einen neuen Tarif wollte, sich im
wesentlichen auf den Boden dieses Kompromi-
sses stellen mußte. Das behauptet die Jollkommissions-
mehrheit auch zu thun, sie verlangt nur für sich das Recht, sich in
den ersten, noch ganz unverbindlichen Stadien der Beratung zu-
nächst einmal ein von Kompromißschranken nicht beengtes Bild
ihrer Wünsche und „Beale“ zu entwerfen. Das könnte vielleicht
als eine ziemlich harmlose Beschäftigung erscheinen, wenn nicht
eine unersehbliche Zeit dadurch vergeudet und durch die
Beschlechte über die Jollkommissionsverhandlungen im Auslande
unrichtige und für unsere Interessen schädliche Vorstellungen erzeugt
würden.“

Das konservative Organ fordert dann von den konservativen
Jollkommissions-Mitgliedern gründliche Ueberkehr von ihrer bisherigen
Methode, wenn nicht die letzte Ausflucht für die Jollreform ver-
schwinden solle.

Weshalb stellt sich der „Reichsbote“. Er wünscht, daß nach
den Osterferien dem grausamen Spiel ein energisches Ende ge-
macht werde“. Und er denkt sich in seinem frommen Gemüte dieses
energische Ende also:

„Die Jollkommissionsmehrheit hat als letzten Versuch den Kom-
promißantrag eingebracht. Wie derselbe von der Regierung end-
gültig kategorisch abgelehnt, so bleibt der Mehrheit nicht zu
über, als dadurch wenigstens eine Verschlechterung der Vorlage zu
verhüten, daß die Jolle auf landwirtschaftliche Maschinen herab-
gesetzt werden. Das ist dann der allerletzte Versuch,
und man hofft, daß man wenigstens diesen Vorschlag als
Angebot für die Zustimmung zu den Getreide-
zöllen der Vorlage annehmen wird. Hiemit wird sich die
Kommission gleich nach den Ferien beschäftigen müssen, um nicht
noch mehr Zeit zu verfrühen. Diesen Vorschlag kann die Re-
gierung doch wohl nicht auch noch ablehnen; nimm sie ihn
aber an, dann muß der übrige Teil der Vorlage en bloc
angenommen und eine gleiche Annahme dem Reichstage
empfohlen werden. Nur so ist es möglich, die Vorlage zu
reiten, und daß das geschehen muß, kann für keinen ernst-
haften Politiker zweifelhaft sein.“

Der Herr „Reichsbote“ zeigt einen Radikalismus, den man
seinem sanft-süßlichen Gemüt kaum hätte zutrauen sollen. Nur die
Bucherpartei sollen einig werden, indem sie gegen die Herab-
setzung der Jolle auf landwirtschaftliche Maschinen die Regierungsvor-
lage annehmen, — damit sei alles erledigt. Man nehme in der
Kommission die gesamte Vorlage en bloc an, ebenso im Plenum,
und die Sache ist fertig. Wie begrreifen nicht, warum der
„Reichsbote“ nicht in derselben Art auch die Durchführung
des gesagten sonstigen konservativ-ultramontanen Wunschzettels
vorschlägt!

Der „Reichsbote“ scheint nur vergessen zu haben, daß vielleicht
nicht alle seine konservativen Freunde den en bloc-Ansatz der
Reichstags-Geschäftsordnung antreiben und mitmachen werden.
Wir wollen nicht von denen reden, die sich die Frage
vorlegen könnten, wie die Jollopposition einen Vergewaltig-
ungsversuch der Bucherpartei beantworten würde. Aber
der „Reichsbote“ sollte nicht gänzlich außer acht lassen, daß in seiner
eigenen Partei Politiker sind, die erklärt haben: Lieber Freihandel
als die Regierungsvorlage! Er sollte auch nicht gänzlich außer acht
lassen, wie die konservative „Deutsche Tageszeitung“ über das
„Kompromißwerk“ denkt. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärte am
Mittwochabend, die Anträge der Jollkommissions-Mehrheit bedeuten
bereits zu große Konzessionen an die Regierung; noch weiter zu gehen,
wäre nicht Verschwendung, sondern Unterwerfung, für die sie „niemals
und unter keinen Umständen zu haben sein werde“. Die „Deutsche
Tageszeitung“ spricht ferner die Ansicht aus, daß der Versuch, die
Kommission auf die Regierungsvorlage zurückzubringen“, nur dazu
führen werde, daß sich die Mehrheit in eine Widertheit verwandele,
da ein Teil der Mehrheit diesen Versuch nicht mitmachen werde.

Die Frommen vom „Reichsbote“ müssen noch einige Mühe
aufwenden, bis sie ihre Bucherpartei in der christlichen Ent-
sagung bis zur en bloc-Aannahme der Regierungsvorlage fördern
werden.

Die Geheimbeziehungen des Bundes der Landwirte zum

katholischen Rheinischen Bauernverein gegen die „Germania“ sichtlich
auf. Sie treibt dabei dasselbe Spiel, was das Centralorgan des
Centrums schon im „Falle Bauer“ versucht hat. Das Blatt
stellt sich, als ob es an unsere Mitteilungen nicht glauben könne, hebt
dann aber selbst die Verdachtsmomente hervor, die „allerdings“ auf-
fällig seien.
Schließlich fordert die „Germania“ die Herren Bauer und
Schreiner auf, die Angelegenheit gerichtlich klarzustellen. Die
„Germania“ thut sehr nativ. Sie hat Herrn Bauer schon wiederholt
diese Klage dringend ans Herz gelegt, aber Herr Bauer denkt — wie
die Kölner Prozesse bewiesen haben — gar nicht daran, die Be-
ziehungen zwischen dem Bundesagenten im Centrum und
dem Bunde klarzulegen; er hat im Gegenteil nach-
bedullich eine solche Klarstellung verhindert. Die „Deutsche
Tageszeitung“ begnügt sich dem auch, im Interesse des
Bundes der Landwirte über die fatale Mitteilung mit matten
Schergen hinwegzukommen. Der Bund der Landwirte legt eben nicht
nur seine goldenen Eier in fremde Nester, sondern er verleugnet sie
obendrein.

Wie sehr die „Germania“ im Grunde überzeugt ist, daß unsere
Mitteilungen der thatsächlichen Wahrheit entsprechen, geht auch aus
folgendem hervor. Wir hatten als den Unterschändler von bünd-
lerischer Seite Herrn Limbourg genannt. Dazu schreibt nun die
„Germania“:

„Ob Herr Limbourg nach dem Beispiel seines Vaters liberal
oder für seine Person mehr konservativ sein mag, kommt dabei
nicht in Betracht. Jedenfalls ist der jetzige Vorsitzende des
Bundes der Landwirte in der Rheinprovinz, Herr Limbourg-
Vithurg, kein Centrumsmann. Daß er gleichwohl von
Centrumsanhängern — denn anders ist es im katholischen Rheinland
nicht möglich — in den Reichstag und Landtag gewählt werden
wünschte, wollen wir keineswegs bezweifeln; es ist uns sogar
von sehr genauen Kennern von Land und Leuten in der
Rheinprovinz versichert worden, daß der Ehrgeiz nach
einem vom Centrum unabhängigen Reichstags-
mandat für eine kleine Anzahl rheinischer Gutsherrn die Haupt-
triebkräfte ihrer Agitation für Ausbreitung des Bundes der Lan-
dwirte in der Rheinprovinz sei. So viel ist aber gewiß, daß Herr
Redacteur Schreiner dem Herrn Limbourg-Vithurg als einem
Nichtcentrumsmanne die Unterstützung in einem Centrums-Wahl-
kreise nicht zugesichert haben kann. Ueber die Aufstellung
jeder Kandidatur in einem Centrums-Wahlkreise hat nicht eine

einzelne Person, sondern der Organisation der Centrumpartei entsprechend das Centrums-Wahlkreis-Komitee zu bestimmen, und dann haben die Centrums-Wähler mit ihren Stimmen die Entscheidung zu treffen."

Es ist leicht zu erkennen, wie wichtig die selbstströmende Schließung der Germania ist. Sicher kann kein Nicht-Centrist ohne das Centrum aufgestellt werden. Aber erstlich wird sich ein mandatsfähiger Landwirteverband ohne viel Mühe, wenn's verlangt wird, als Centrumsorgan organisieren, und zweitens bedarf das Centrum mindestens in gleichen Maße des mit dem Bunde der Landwirte verbundenen Bauernvereins wie der Bund der Landwirte des Centrums. Es ist ja schon sehr charakteristisch — auch die Germania hebt das hervor — daß der Redaktor der „Heimischen Volksstimme“, d. h. eines anerkannten Centrumsorgans, Herr Schreiner, vor Gericht den Bund der Landwirte mit großem Wohlwollen behandelt hat, in demselben Augenblick, da das offizielle Centrum den Bund der Landwirte erbittert belumpft.

Kaltwasserstrahl gegen die Cognacbegeisterung Schönerrers. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: „Fürst Bismarck hat stets daran festgehalten, daß wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen sollen, und daß die Lösung der Dynastien einen wesentlichen Bestandteil guter internationaler Politik bildet. Dies gilt in besonderer Maße für das Verhältnis des Deutschen Reiches zu der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie, sowie in Bezug auf die beiden eng befreundeten Herrscherhäuser Hohenzollern und Habsburg, und zwar heute ganz ebenso wie zur Zeit Kaiser Wilhelms des Großen und seines großen Königs. Der Abgeordnete Schönerr er hat gegen diese bewährten Grundzüge mit dem Schlußsatz seiner Rede gräßlich verstoßen und der Wirkung nach, was auch seine Absicht gewesen sein mag, nur seinen eckeligen Gegnern und anderen zersetzenden Elementen Vorschub geleistet.“

v. Holleben, der deutsche Gesandte in Washington, dessen Name durch den Witz-Standall augenblicklich viel genannt wird, hat den roten Adler-Orden erster Klasse mit Eisenlaub verliehen erhalten. Auch Admiral Niederichs, der Held des Manila-Konflikts, ist seiner Zeit durch eine Ordensverleihung ausgezeichnet worden.

Ein Opfer der Kolonialschneidigkeit. Aus Kamerun wird berichtet: Oberleutnant Rolte, ein verdienter und in kolonialen Kreisen geschätzter Offizier, der schon seit dem August 1896 der Sächsischen Truppe angehört, ist von Schwarzen getötet worden. Nähere Mitteilungen über seinen Tod liegen zur Stunde noch nicht vor. Die Ursache der That wird durch folgende Zeilen national-liberaler, also kolonialbegeisterter Blätter angedeutet: „Der neue Verlust der kleinen Schutztruppe nach den vielen Opfern des letzten Jahres erinnert aber wieder daran, wie teuer der zukünftige Segen unserer Kolonien erkauft wird. Speziell in Kamerun wird es noch sehr viel Aufwendungen an Geld, Arbeit und vielleicht auch noch an Blut bedürfen, bis dort befriedigendere Verhältnisse geschaffen sind. Leider haben gerade in Kamerun, wo bei der Verfassung der Eingeborenen ein doppelt vorichtiges, einwandfreies Verhalten der ansässigen Europäer dringend geboten wäre, einige in wichtigen wirtschaftlichen Stellungen befindliche Deutsche in letzter Zeit diese Vorsicht gänzlich vernachlässigt und sich in schwerer Weise gegen die Eingeborenen vergangen. Ein Teil der Schuldigen ist bereits, nach der Heimkehr überführt, zu entsprechend schweren Strafen verurteilt worden. Ein weiterer, höchst unerquicklicher Prozeß steht noch bevor.“

Der Verfasser der Denkschrift zur Justizhaus-Vorlage, Geheimrat Gruner, ist an Stelle des verstorbenen Boordite zum Präsidenten des Reichsgerichts für Privatversicherung ernannt worden. Damit ist auch er seiner sozialpolitischen Thätigkeit entbunden.

Der Kaiser und der Alkoholismus. Im Namen des Kaisers teilt Herr v. Lucanus dem den Alkoholismus bekämpfenden Verein für Goshans-Reform mit, daß er alle Bestrebungen, welche auf die Einschränkung des Alkoholgenußes und die Aufklärung des Publikums über die sittlich und wirtschaftlich schädlichen Folgen desselben gerichtet sind, unterstütze.

Von Zeit zu Zeit lesen wir im „Lokal-Anzeiger“ die endlosen „Speisefolgen“, die bei Hofesten und militärischen Liebesmahlen serviert werden; zu jedem Gang wird dabei eine andre Weinforte dargereicht, die sämtlich keineswegs alkoholfrei sind. Das wird nun wohl anders werden!

Eine neue Parteigründung. Der Alldentsche Dr. Friedrich Lange berührt, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, eine neue Partei zu gründen, für die auch die zwei wichtigsten Hauptplanken bereits vorhanden sind: der Gründer und der Name. Die Partei der Zukunft soll heißen: „Der nationale Reichs-Wahlverband.“

Auch warum diese Partei werden muß, erfahren wir aus einem Aufsatz Lauges, in dem also zu lesen ist:

„Frägt man heute die Abgeordneten der verschiedenen nationalen Parteien: Fürchten Sie nicht auch, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Socialdemokratie mindestens 20 neue Sitze gewinnen wird?, dann bekommt man in den meisten Fällen die Antwort: „Zwanzig nur? Sagen Sie dreißig, vierzig, dann kann es eher stimmen!“ Und fragt man weiter: Was denkt Ihre Partei dagegen zu thun?, so ist die Antwort ein Räselruden oder die Gegenfrage: „Glauben Sie, das hindern zu können?“ Beide Antworten bedeuten den Verzicht und die Verzweiflung. Vorwürfe und Mahnungen — davon sind wir überzeugt — können bei dieser Stimmung nichts mehr ändern. ... Der kann nur ein politisches Vorgehen helfen. Politisch mochten heißt aber Macht organisieren, und diese Macht zur Absicht gebrauchen. Für den Nationalen Reichs-Wahlverband angewandt, bedeutet dieses Rezept: Mäße der anfängliche Weg zum Vertrauen zur Fortsetzung geben, mögen in jedem Orte des Reiches die Nationalgruppen, unbeschadet ihrer sonstigen Parteizugehörigkeit, sich zu einem Nationalen Reichs-Wahlverein zusammenschließen und so in jedem Wahlkreise eine Macht schaffen, um sie zum Schutze für Kaiser, Reich und Volkstum, zur Förderung nationaler Wahlen, zur Abwehr national-schädlicher Parteien zu gebrauchen!“

Es wird demzufolge eine „N.“ und Ueberpartei werden, eine Sammlung sämtlicher Parteien — gegen die Socialdemokratie. Mit Wodan, für König und Vaterland werden die alldentschen Parteien gegen und zu Felde ziehen. Großer Wodan — wir gitten vor Dir!

Schnur vor Schulnoten! Aus Königsberg wird uns geschrieben: Königsberg ist die Stadt der Schulmanns-Ergesse. In letzter Zeit haben dort gegen ein Duzend Schulleute die Anklagebank betreten müssen, um sich wegen zum Teil ungenügend brutaler Mißhandlung von Arrestanten zu verantworten. In nicht ganz einem Jahre sind u. a. verurteilt: ein Schulmann zu 6 Monaten 1 Woche Gefängnis, ein anderer zu 4 Monaten Gefängnis, ein dritter zu 6 Monaten Gefängnis, ein vierter erhielt 2 Monate Gefängnis, wieder ein anderer 8 Monate Gefängnis, dann wurden zwei Schulleute zu 7 resp. 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Weitere Verurteilungen werden folgen. In einer der Gerichtsverhandlungen erklärte ein als Zeuge vernommener Polizeikommissar, daß so viele Leute fämen, um sich über Mißhandlungen durch Schulleute zu beschweren, daß er sich auf die einzelnen Fälle nicht bestimmen könne. Auser Arbeitern sind auch Kaufleute, Studenten, Jagatone zusammengekommen worden.

In einer Verhandlung, die fast zwei Tage in Anspruch nahm, sind jetzt wieder drei Schulleute auf einmal verurteilt; einer erhielt 5 Monate, die beiden andern je 4 Monate Gefängnis, zwei wurde die Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf ein Jahr abgeprochen. Die Schärer des Publikums hatten an einem Tage einen Studenten mißhandelt. Derselbe erhielt erst mehrere Schläge ins Gesicht und als er dazu nicht ruhig war, wurde er an Kopf und Füße gepackt, ins Wochlokal geschleppt und dort durch mit großer Wucht auf Kopf und

Rücken geführte Schläge mißhandelt. In einer andern Nacht ist ein Baugewerkschüler widerrechtlich arretiert und auf der Wochlokal durch einen Geiselschloß an die Wand geschleudert. In einem dritten Fall wurde ein Rutscher auf der Wache fürchterlich zugerichtet. Wie sagel seien die Schläge auf ihn niedergeprasselt, sagte der Mann vor Gericht aus. Der stark blutende Mann wurde dann zum Wochlokal hinausgeworfen. Weil er auf der Strahe um Hilfe rief, wurde er nochmals festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Auf dem Transport dorthin erhielt er Stöße mit der Faust und mit Füßen. Auf der Wache des Polizeipräsidiums wurde der Mann abermals geprügelt. Dieser Mann wurde von den Schulgelehrten noch wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt angezeigt und auch vom Schöffengericht auf die Aussagen der Beamten hin verurteilt. Die Strafkammer sprach ihn frei. Die Schulleute haben damals eidlich in Abrede gestellt, den Rutscher mißhandelt zu haben.

Außerordentlich bemerkenswert ist, daß ein Polizeikommissar einem der verurteilten Schulleute das Zeugnis ausstellte, derselbe sei früher nicht energisch genug gewesen.

Die Angelegenheit kam am Montag in der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache. Gen. Koske wies auf die polizeilichen Mißstände hin.

Die Versammlung beschloß mit großer Majorität den Magistrat zu ersuchen, beim Polizeipräsidium gegen diese Mißstände vorzugehen zu werden. Ferner beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, vom Polizeipräsidium die Anschaffung eines menschenwürdigen Rententempels zu veranlassen, da der jetzt im Gebrauch befindliche ein vom Erdbeben geredet ca. 1 Meter hoher Kasten ist, der mit einem Sarge die größte Ähnlichkeit hat.

Die Folgen der neuesten Germanisierungspolitik in Nord-Schleswig. Kiel, 16. März. Eine schöne Suppe haben sich die Germanisatoren in Nord-Schleswig eingebrockt. Bekanntlich sind vor der Reichstags-Wahl für Hadersleben-Sonderburg ca. 600 dänisch gestimmte Wähler plötzlich für Dänen erklärt und aus den Wählerlisten gestrichen worden. Die Behörden stützten sich dabei auf eine kürzlich gefällte Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, der zufolge diejenigen Nord-Schleswiger, die nach dem Wiener Frieden für Dänemark optiert, ihre Option aber rückgängig gemacht hatten für den Fall, daß sie in Dänemark Aufenthalt genommen hatten, als Tünen zu betrachten seien. Die Regierung in Schleswig legte daraufhin am Vorabend der Wahl die Aufenthaltsklausel des Ober-Verwaltungsgerichts so aus, daß sie den Widerruf der Option auch dann für wirkungslos erklärte, wenn die Betroffenen bloß drei oder vier Tage nach ihrer Option sich jenseits der Adriana aufgehalten hatten. Alle diese Leute hatten Jahrzehnte lang für preussische Staatsbürger gegolten und als solche von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch gemacht. Sie haben bislang anstandslos sich an sämtlichen Wahlen beteiligt — zu Unrecht, wie jetzt plötzlich die Behörde erklärt. Für die Landtags- und Reichstagswahlen hat ihre frühere Beteiligung weiter keine staatsrechtliche Konsequenzen, da für die betreffenden Mandate ihre Stimmen nicht ausschlaggebend gewesen sind. Aber so manche Gemeindevorsteherwahl und damit die Beschlüsse solcher Korporationen würden bei spärlicher Prüfung nachträglich für ungültig erklärt werden müssen. Ferner haben viele dieser Leute — es handelt sich fast durchweg um sogenannte angesehenen Personen — als Gemeindevorsteher fungiert. Sind sie in Wahrheit Dänen gewesen, so ist ihre Wahl und sind damit ihre Amtshandlungen ungültig gewesen, was vor allem für etwaige staatsbeamtliche Funktionen von großer Tragweite ist. Es handelt sich bei diesen Erwägungen durchaus nicht um staatsrechtliche Doktorfragen. Eine solche Konsequenz der aus dem Ober-Verwaltungsgerichts-Urteil gestrichenen governementalen Wahlpolitik wird voraussichtlich in aller nächster Zeit den Behörden die Schere zerren machen. Einige dieser über Nacht zu Dänen gestempelten Nord-Schleswiger sind nämlich auch Geschworne gewesen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sind aber Schwurgerichts-Urteile, bei denen Ausländer mitgewirkt haben, nichtig. Alle Urteile also, bei denen jene Expreußen als Geschworne beteiligt waren, müssen nachträglich kassiert werden. Ein solcher Fall wird bereits von der dänisch-gestimmten Presse lebhaft ventilirt. In Elbingen bei Apentade ist dieser Tage plötzlich der Hüter und Gemeindevorsteher Franz Hinrichsen als Däne erklärt worden. Nun war Hinrichsen zu der am Freitag in Flensburg abendeten Schwurgerichts-Session als Geschworne einberufen und auch in zwei Verhandlungen ausgelost worden. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß, wenn es bei der Dänisierung des Mannes bleibt, in beiden Sachen im Wieder-aufnahmeverfahren nochmals verhandelt werden muß. Die dänische Presse wird sich gewiß Mühe geben, noch mehr solcher zu kassierenden Schwurgerichtsurteile ausfindig zu machen und Anträge auf Wieder-aufnahme des Verfahrens veranlassen. So haben zunächst die Gerichte den zweifelhaftesten Vorteil des allerneuesten Germanisierungs-akts, und wenn sich auch der übrigen staatsrechtlichen Probleme, die die wohlthätige Verwertung der Ober-Verwaltungsgerichts-Entscheidung im Gefolge hat, ein der Regierung nicht wohlgesinnter Sachverständiger annimmt, kann dort oben an der Königsbau ein schöner juristischer Hegenabbat seinen Ausgang nehmen.

Ungültige Stadtverordneten-Wahlen. Einen bemerkenswerten Entscheid fällte das Ober-Verwaltungsgericht: Bei den Erfurter Stadtverordneten-Wahlen vom Jahre 1900 unterlagen in der dritten Abteilung die Socialdemokraten. Es wurden in der Hauptwahl gewählt die Herren Jakobstötter (Reichstags-Abgeordneter), Walter und Buchruder, und in der Stichwahl die Herren Stott, Hoffmann, Wölter, Weisleder. Im Auftrage des socialdemokratischen Vereins zu Erfurt legte der Parteigenosse Reg gegen sämtliche Wahlen Einspruch ein, und zwar gleich nach der Hauptwahl, während nach der Stichwahl gegen Herrn Stott noch von anderer Seite Einspruch erhoben wurde. Nach Verwerfung seines Einspruchs legte Reg vergeblich beim Bezirksanstand, indem er erhebliche Mängel des Wahlverfahrens behauptete. Die Wahl Stotts wurde zwar für ungültig erklärt, indessen nur wegen Mangels seiner Wählbarkeit, weil er Kirchendiener ist. — Auf die Berufung des Genossen Reg hat das Ober-Verwaltungsgericht am 14. März die Wahlen der in der Hauptwahl gewählten Herrn Jakobstötter, Walter und Buchruder für ungültig erklärt und die Ungültigkeitserklärung der Wahl Stotts aufrecht erhalten.

Aus der sehr umfangreichen Begründung teilen wir folgendes mit: Die materiellen Einwände des Klägers Reg seien nicht stichhaltig. Wenn er behauptete, wegen der zu geringen Größe des Wahllokals hätten noch einer von ihm und seinen Fremden vorgenommenen Zählung 1697 Personen an den drei Hauptwahltagen das Wahllokal unverrichteter Sache wieder verlassen müssen, da die Wahlhandlung in dem übersähten Raum zu langsam fortgeschritten sei, dann folge hieraus noch nicht, daß die Weggegangenen nicht noch nachher gewählt hätten, und es fände dann auch noch nicht fest, daß es überhaupt Wähler waren. Auch seine Behauptung, es wäre mit Lebensgefahr verbunden gewesen, in das Lokal hinein zu gelangen, könne nicht berücksichtigt werden, weil sie nicht genügend substantiert sei. Es wäre seine Sache gewesen, bestimmte Thatsachen anzugeben und angeblich gefährdete Personen zu nennen; dann hätte Beweis darüber erhoben werden können, so aber nicht.

Zu seinem Urteil sei das Gericht auf Grund von Erwägungen gekommen, die von Amts wegen anzustellen waren. Aus dem Wortlaut des § 24 der Städte-Ordnung für die sieben sächsischen Provinzen gehe hervor, daß für die ganze Wahl ein einziger Wahlvorstand vorhanden sein müsse, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei gewählten Beisitzern, von denen jeder einen für ihn bestimmten Stellvertreter haben müsse. (A. einen und B. einen.) Nun werde ja mit Rücksicht auf großstädtische Verhältnisse nachgelassen, daß man sich nicht auf die Zahl der Vertreter beschränke, sondern eine für jeden der beiden Beisitzer besonders bestimmte Reihe von Stellvertretern nehmen könne. Diese Vertreter hätten aber immer nur im Behinderungsfalle für den Beisitzer bezw. für den Vorsitzenden in der festgesetzten Reihenfolge einzutreten, derart, daß wenn Beisitzer A nicht käme, sein Stellvertreter a 1 herantomme, und wenn dieser verhindert sei, der Stellvertreter a 2 usw. Ebenso beim Bei-

sitzer B. Und das Gleiche gelte für die Vorsitzenden des Wahlvorstandes. Im vorliegenden Fall habe aber der Magistrat und der erste Bürgermeister die Stellvertretung so geregelt, daß für jeden Vorsitzenden und Vorsitzenden-Stellvertreter, sowie für jeden der zu Beisitzern z. bestimmten Personen von vorn herein eine bestimmte Thätigkeitszeit anberaumt worden sei. Das sei nicht zulässig. Wenn das für sechs Zeitperioden geschehe, dann sei aber nicht bloß ein Wahlvorstand da, sondern es seien ihrer sechs. Dadurch sei die Einheitlichkeit der Wahl gestört worden, und es müßten deshalb die vier in richtiger Weise angeordneten Wahlen der Herren Buchruder, Jakobstötter, Walter und Stott für ungültig erklärt werden.

Dasselbe Schicksal hätte auch die andern drei in der dritten Abteilung gewählten Herren getroffen, wenn Genosse Reg gegen die Stichwahlen nach Vollzug derselben erst Einspruch erhoben hätte. Daß er gleich nach der Hauptwahl wegen der Vorgänge bei dieser auch schon gegen das zukünftige Stichwahlergebnis protestierte, erachtete das Gericht als keinen gesetzmäßigen Einspruch. Es sprach Reg deshalb auch jedes Klagerrecht gegen die Stichwahlen ab. Sie gelten darum, bis auf die Stotts, die ja von anderer (bürgerlicher) Seite noch besonders und zwar richtig angefochten worden war, für überhaupt nicht angefochten.

Weihranch-Vergiftung!

Der Bremer Maler-Dichter Fittger — noch in den achtziger Jahren wegen seiner radikal tendenziösen Dichtungen bei allen Frommen und Gutgesinnten verpönt — ist infolge der Kunstrede des Kaisers traurig realisiert. Er vertritt sich aus diesem Zustand heraus in der „Weser-Zeitung“. An des deutschen Kaisers Majestät u. a. folgende Verse:

„O Herr, wieft dem Porten Du verzehn,
Wenn er sich vordrängt aus des Volkes Reihn,
Sich waagt an Deinen Thron und tief bewegt
Den Hohl des Dankes Dir zu Füßen legt?
Die Schandheit ward genallt in langer Nacht,
Von Kobold- und Kranzgeschicht verlast,
Und schauernd stob sie, jenem Tümmel gleich,
Der zugeshaut, als sich das Lotemreich
Mit klapperndem Gebirn im Tanz ergeht;
Sie stob zum Turm empor, von Graun' gehet,
Stieg über Stiegen; aber kletternd rukt
Der Spul ihr nach und zieht und zert und zukt,
Sie steht ihr Ende drüan, des Leidens Reins
Gewärtig — doch da droht ein mächtig Eins
Vom Glodenstuhl, und das Geschippe fällt
Zu Staub, zu nicht an Fuß des Turms zerschellt.
Herr, solch' erlösend „Eins“ erscholl Dein Wort
„Quos ego!“ Und die Fragen taumeln fort,
„Weit und breit
Folgen aufatmend wie vom Alp befreit
Künstler und Laien jubelnd Schaur im Schaur
Dir zu der ewigen Schönheit Hochaltar;
Weit aufgethan steht ihres Tempels Thor,
Des Opfer stamm, der Weihranch quillt empor.“

Weihranchsdünste gehören zu den giftigen Gasen, deren Anwendung die Polizei verbieten sollte. Wenn Arthur Fittger von der altnen Vergiftung durch Weihranchsdünste wieder hergestellt ist, mag er zur Erholung seine in den achtziger Jahren erschienenen, von der Censur verbotene Tragödie „Von Gottes Gnaden“ lesen.

Druckfehler-Berichtigung. Der Artikel „Millerand's Thätigkeit“ enthält eine Reihe von Druckfehlern, die der Verfasser zu corrigieren erlaubt.

Es soll wegfallen in der ersten Spalte, 6. Zeile von oben: „als“. In der 15. Zeile von oben ist statt „da er“ zu lesen: „der“. Der zweite Abschnitt in der ersten Spalte soll folgendermaßen beginnen: „Vom Standpunkte des Staatsrechtes fällt in der Thätigkeit des Handelsministers auf...“ In der ersten Zeile des zweiten Absatzes der zweiten Spalte haben die ersten Worte zu lauten: „Dieser Abschnidmantal bildet auch...“

Ausland.

Sundepeitsche und Revolver im österreichischen Reichsrat. Standalkenen, wie sie der an Standalkenen aller Art wahrhaftig nicht arme österreichische Reichsrat noch nicht erlebt hat, trugen sich am Dienstag und Mittwoch zu. Die Wfatre nahm folgenden Verlauf: Der Führer der Alldentschen, Abg. Schönerr er, führte aus:

„Der erste Hauptsatz meines Grundprogramms war bisher, ist und wird in Zukunft für uns maßgebend sein: Wir streben ein solches bundesrechtliches Verhältnis der deutsch-österreichischen Länder, der ehemaligen deutschen Bundesländer mit dem Deutschen Reich an, das die Erhaltung unsres Volkstums dauernd sichert. Wir bekämpfen daher jede Neglerung, die diesem unsrem Ziele entgegenwirkt. Wir müssen daher auch dieser Neglerung die Bewilligung des Staatsvoranschlags verweigern. Wenn es richtig ist, daß sich der sehr geehrte Herr Präsident vernunftig gesehen hat, in den letzten Tagen dem Abg. Dr. Eisenold einen Ordnungsruf zu erteilen, weil er in besonders anerkennender Weise das deutsche Geschlecht der Hohenzollern hier genannt hat, so veranlaßt mich das, in meinem Namen und im Namen der Alldentschen hier meine Rede zu schließen: Hoch und Heil den Hohenzollern!“

Die Alldentschen brechen in ein offenbar verabredetes Heil- und Weisallgeschrei aus. Aufse bei den Alldentschen: Heil den Hohenzollern! Lebhaftes Entrüstungs- und Pfuirufe rechts. Große Bewegung.

Präsident: Ich muß den Herrn Abg. Schönerr er für den Schlußsatz seiner Rede, welcher die Gefühle eines jeden Patrioten verlegen muß, zur Ordnung rufen. (Beifall. — Erneute stürmische Heilrufe bei den Alldentschen.)

Abg. Stein (Alldentscher): Hurra die Hohenzollern! (Wärm. — Anhaltende Bewegung. Rufe im Centrum: Pfui! Hüans mit Ihnen!)

Nach einigen Adau spielte sich dann folgende liebliche Scene ab:

Abg. Dyl (zu Stein): Sie gemeiner Kerl! Sie gehören nicht hierher!
Abg. Stein (zu Dyl): Die Gemeinheit fällt auf Sie zurück! (Großer Lärm bei den Gebehen.)

Abg. Dyl (zu Stein): Sie sind ein recht* und ehrlofes Individuum! (Wärm.) Sie ehrlofes Individuum!

Das Schimpf-Duell sollte nach der Absicht des Abg. Stein in einer Anwalterkellerei mit Pistolen fortsetzen. Stein ließ Dr. Dyl durch die Abgeordneten Schall und Berger fordern. Als Dr. Dyl es ablehnte, mit den Sekundanten zu verhandeln, rempelte Stein den Dr. Dyl im Korridor an und stellte ihn zur Rede, weshalb er ihn einen ehrlosen Lumpen genannt habe. Dr. Dyl erwiderte, das sei seine persönliche Anschauung, er gebe weder Genugthuung noch Aufklärung; darauf lachte Stein: „Sie sind ein ehrloser Kneifer“, taunte in den Sitzungssaal und rief während der Rede des Abgeordneten Eder über die Hochschulen wiederholt: „Der Abgeordnete Dr. Dyl ist ein ehrloser Schuft und Kneifer, den ich nächstens mit der Hundepeitsche traktieren werde!“ Dieser Scene folgte ein großer Spektakel. Und Herr Stein hielt wirtlich Wort, wenigstens erschien er in der Reichsrats-Sigung am Mittwoch thätlich mit einer Hundepeitsche bewaffnet und erklärte, den ezechischen Abgeordneten Dyl damit durchpeitschen zu wollen. Der Abgeordnete Dyl ließ sich darauf einen Revolver holen, und schwur, daß er denselben niedererschießen würde, der ihn mit der Hundepeitsche berührte. Während man nun im Hause selbst sehr mancherseits der Debatte über das Schulwesen folgte, organisierten die Parteien in den Wandelgängen einen Sicherheitsdienst, um den Herrn mit der Hundepeitsche und den mit dem Revolver aneinanderzuhalten.

Schweden.

Der Wahlrechts-Entwurf der Regierung ist eine in jeder Hinsicht unzulängliche Scheinreform und fordert nicht nur die Arbeiterklasse zum energischen Widerstand heraus, sondern erweist auch allen Freunden einer wirklichen Reform des Wahlrechts innerhalb des Bürgerrechts als vollkommen unannehmbar. Die Vorlage ist als ein direkter Versuch der Versprechungen anzusehen, die die Regierung hinsichtlich des Wahlrechts bei der Beratung der Militärreform gemacht hat. Es genügt der Regierung nicht, daß sie dem Wille steht des verlangten allgemeinen Wahlrechts eine Reform anbietet, die nicht über den Kreis der Kommunalwahlberechtigten hinausgeht, sondern es werden auch noch eine Anzahl Einschränkungen gemacht, die die geringe Erweiterung des politischen Wahlrechts zum Teil wieder aufheben. So soll das Wahlrecht davon abhängig gemacht werden, daß sowohl die Staats- als auch die Gemeindesteuern während der letzten zwei Jahre richtig bezahlt sind, und des weiteren verlieren Wehrpflichtige, die ihre Waffenübungen nicht mitgemacht haben, das Wahlrecht. Ferner wird den verheirateten Wählern, sowie solchen, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben, doppelt so viel politisches Verdienstnis beigemessen, als den übrigen, und sie haben deswegen zwei Stimmen abzugeben. Städte, die mehrere Abgeordnete zu wählen haben, sollen in Wahlkreise eingeteilt werden, von denen jeder für sich seinen Abgeordneten wählt, was bis jetzt nicht der Fall ist. Hierdurch will man verhindern, daß in den Städten die demokratische oder sozialdemokratische Mehrheit eine größere Zahl von Reichstagsmitgliedern gewinnt. Den Häusern, die kein Kommunalwahlrecht haben, das Reichstagswahlrecht zu geben, hält die Regierung auch nicht für angebracht; sie sollen warten, bis sie einmal in den Kommunen stimmfähig werden.

Im Parlament sprachen sich sämtliche Redner, mit Ausnahme der Regierungsvertreter, gegen die Vorlage aus. In der zweiten Kammer führte Branting u. a. aus, daß durch diese Vorlage den Stimmlosen der Hebedeanspruch ins Gesicht geschleudert werde. Wie ein roter Dorn gehe durch die Politisierung (die die Regierung der Vorlage beigefügt hat) die Auffassung, daß die Rassen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, wilde Tiere seien, die man nicht auf die Wiesen lassen dürfe, wo die Lämmer weiden. — Der Justizminister suchte den Entwurf zu verteidigen. — Die liberale Sammlungspartei hat beschlossen, einen Entwurf zur Wahlrechtsreform anzubereiten, auf derselben Grundlage beruhend als der Regierungsentwurf, aber ohne die hierin vorgesehenen Einschränkungen. —

Waffenübung und Gewissensbedenken. Sämtlichen Abteilungen des Heeres ist eine den Beschlüssen des Reichstags entsprechende königliche Verordnung zugestellt worden, wonach solche Wehrpflichtige, die wegen Gewissensstruppen sich weigern, Waffen dienst zu thun, hiervon befreit werden, nachdem durch genaue Untersuchung festgestellt worden ist, daß die Betreffenden nicht simulieren. Sie sollen dann zu andern passenden Dienstleistungen im Heere verwandt werden.

Frankreich.

Verlängerung der Legislaturperiode auf sechs Jahre. Das Kabinett Waldeck-Roussieu hat unmittelbar vor den Wahlen noch einen neuen schweren reaktionären Akt unternommen, es hat durch einen regierungsfremdlichen Radikalen den Antrag eingebracht, die Legislaturperiode von vier auf sechs Jahre zu verlängern. Der in aller Stille vorbereitete, überraschend geführte Coup hat den gewünschten Erfolg gehabt. Nachdem der Unterrichtsminister Lequesne sich namens der Regierung für den Antrag erklärt hatte, wurde derselbe, trotz der Veräpplung durch Pelletan und Viviani, die die Vorlage als antidemokratisch bezeichneten, mit 298 gegen 237 Stimmen angenommen. Augenblicklich hat das Kabinett durch diesen Coup ein für sich günstiges Wahlergebnis vorbereiten wollen. Den Dant der Reaktionäre hat es sich in der That reichlich verdient.

Ueber den antidemokratischen Charakter der Legislaturverlängerung braucht kein Wort verloren zu werden. Für Frankreichs formumpirierten Parlamentarismus schließt diese Vorschubleistung charakterlosen politischen Strebertums gerade noch! —

England.

Anglo-deutsche Beziehungen.

London, 15. März.

Die Rede des Freiherrn v. Richthofen im preussischen Abgeordnetenhaus hat auf die öffentliche Meinung Englands selbstverständlich einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Sie kam zur rechten Zeit, inmitten der Hiobspost aus Südafrika. Die Niederlage war zwar nicht schlimmer als die früheren Niederlagen, doch unterschied sie sich dadurch, daß sie auch die Gefangennahme eines Lords zur Folge hatte. Nur darin lag das tragische Moment für das englische Publikum, und nicht in der Zusammenziehung der armen Tommies und der Boerenkrieger. Denn die Verlustlisten erhalten eine ganze Reihe von Boerennamen. Man kann den deutschen Genossen nicht oft genug sagen, daß die Engländer trotz aller demokratischen Phrasen durchaus aristokratisch gesinnt sind. In der Februarnummer der amerikanischen „Review of Reviews“ schreibt ihr Redakteur Dr. Albert Shaw: „Die Arie des Engländer werden buchstäblich schwach in Gegenwart eines Lords.“ Das ist ohne Zweifel richtig. Wäre Richthofen ein gewöhnlicher Offizier und kein Lord, so hätte er schon längst das Schicksal Gatacres und Bullers geteilt. Aber Richthofen ist ein Liebling des Hofes und der „society“ (der guten Gesellschaft). Sein taktisches Genie soll sich im Jahre 1897 glänzend bewährt haben, als er anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläum der Königin Victoria die Prozession in London arrangierte. Zu diesen Verdiensten durfte auch ein Roberts nicht rütteln. Die Verwundung und Gefangennahme Richthofens hat deshalb England tief bewegt. In dieser trüben Stimmung kam die Rede Richthofens wie eine Herzstärkung.

Nicht minder zeitgemäß kam das bei Dr. John Edelheim erschienene Buch von Friedrich Herz über „Recht und Unrecht im Boerenkrieg“, das in der literarischen Beilage der „Times“ gestern besprochen wurde. Der Rezensent freut sich über die Unparteilichkeit des Verfassers und hebt besonders die Stelle hervor, die die Annäherung der beiden Republiken rechtfertigt.

Der Ton der englischen Presse gegenüber Deutschland ist überhaupt ein ruhiger und freundlicher geworden. Das schließt natürlich den Fortgang der gewöhnlichen diplomatischen Rivalitäten nicht aus. Gegenüber Wilsons Versicherung im deutschen Reichstage, daß die Deutschen keine Vorrechte und besonderen Vorteile in Schantung suchen, bringen heute die „Times“ folgende Nachricht aus Peking: „Nach Artikel 4 des deutsch-japanischen Vertrages vom 6. März 1898 ist China verpflichtet, bei der kommerziellen und industriellen Entwicklung von Schantung den deutschen Kapitalisten den Vorzug zu geben.“ Die Peking-er Nachricht beruht auf der offiziellen Veröffentlichung der Verträge Chinas mit auswärtigen Staaten. —

Die Wakefielder Erbschaft.

London, 17. März.

Das Aktionsprogramm Philipp Snowdens ist im sozialistischen Sinne gehalten. Der Kandidat schreibt an seine Wähler: „Politisch bin ich ein Demokrat, wirtschaftlich ein Kollektivist.“ Er verspricht zu wirken für die Nationalisierung des Grund und Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen; für Alterspensionen, bessere Behandlung und den Achtundzestag; schließlich für das allgemeine Wahlrecht sowie für irische Home-rule. — Bei den letzten Hauptwahlen (1900) war Snowden der Kandidat der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Föderation in Wakefield; er vereinigte damals auf sich die respektable Stimmenzahl von 7096. Auch in Wakefield wird Snowden von den Sozialdemokraten unterstützt, ebenso von den Gewerkschaften und den Liberalen. Der Ver-

arbeiter-Vertreter W. P. Card schrieb ihm folgenden Charakteristischen Brief: „Da die liberale Partei von der Aufstellung eines Gegenkandidaten abgesehen hat, so liegt kein Grund für mich vor, Ihnen entgegenzutreten. Die Partei wird Sie unterstützen, nicht wegen der Prinzipien, die Sie vertreten, sondern weil alles getan werden muß, dem Konventionen eine Niederlage zu bereiten.“

Dieses Schreiben ist lehrreich. Es zeigt, was die gepriesenen Bergarbeiter-Kandidaturen zu bedeuten haben.

Wohl aus denselben Gründen wird Snowden auch von John Burns und G. Barnes (dem Generalsekretär der Engineers) unterstützt. Er hat demnach die Unterstützung der Sozialisten, Gewerkschaften, Radikalen, Iren und Liberalen. Sein konservativer Gegenkandidat ist Mr. Brotherton. —

Die Militärkräfte in England. „Daily Express“ berichtet, daß das neue Budget für 20 Millionen Pfund (400 Millionen Mark) neue Steuern erfordern werde, und zwar soll u. a. der Ertrag der Einkommensteuer um 5 Millionen und der der Petroleumsteuer um drei Millionen erhöht werden. Eine Kassen-Rechnung berichtet ferner:

Der bekannte Statistiker Giffen behauptet in einer Vorlesung über die finanzielle Lage Englands, es bestehe Grund für die Annahme, daß eine bedeutende dauernde Steigerung der Aufwendungen Englands, besonders für Rüstungszwecke, eintreten werde. Er sagt, England müsse für die Zukunft in einer Weise Rüstungen treffen, als ob es größeren Gefahren ausgesetzt sei, als irgend ein Festlandsstaat. Die ganze Lage Englands habe nach innen und außen eine völlige Umwälzung erfahren. Das Land müsse in Bezug auf die militärischen Rüstungen dieselben Erfahrungen durchmachen, wie seine Nachbarn auf dem Festland. Er betrachte es als sicher, daß England in Zukunft genötigt sein werde, 80 Millionen Pfund Sterling (1600 Millionen Mark) jährlich für das Heer auszugeben, und man könne es noch als einen Glücksfall ansehen, wenn die dafür aufzuwendende Summe unter 100 Millionen Pfund Sterling bleibe.

Der Imperialismus beginnt gar bittere Früchte für England zu tragen! —

Rußland.

Landesverrat und Völkerverbruch. Der russische Oberst Grimm und zahlreiche Offiziere, darunter sogar Generale, sind in den letzten Tagen wegen Landesverrats verhaftet worden. Mit welchem Eifer man die Affaire behandelt, geht aus der Meldung Remberger Blätter hervor, wonach am Montag die russische Gendarmrie in das Gebäude des deutschen und österreichischen Konsulats eingedrungen sei und Hausdurchsuchungen vorgenommen habe, die mit der Spionageaffäre des Obersten Grimm zusammenhängen. Gleich darauf hätten sich die russischen Behörden bei den maßgebenden Stellen in Berlin und Wien entschuldigt. Generalgouverneur Tschortkow werde als Opfer dieser Verletzung des internationalen Rechts fallen. Weiter enthält „Przedewit“, daß bei der Spionage-Affäre es sich um eine militärische Verführung im ausgedehntesten Maße handele, an der schon viele Jahre die hervorragendsten Generale beteiligt seien, so daß man den Obersten Grimm unter ihnen als einen „kleinen Mann“ bezeichnen könne. Als Hauptschuldiger werde der inländische General Bjezram bezeichnet.

Ob Deutschland und Oesterreich diese neueste Völkerverletzung Rußlands durch die Preisgabe eines vermutlich vorgeschobenen Beamten für geföhnt erachten werden? —

Rußland und die Porte. Der russische Volkshater in Konstantinopel Sinowjew hat dem Hildig-Rios die Erklärung abgegeben, daß die Worte es zu verantworten haben werde, falls die christliche Bevölkerung weiteren Wutausbrüchen der Albanesen ausgesetzt bleibe. Hierzu wird uns geschrieben: Der Bau der deutschen Bagdad-Bahn und das Liebhängen der deutschen Diplomatie mit der Porte hat hier mehr verstimmt, wie man im Ausland annimmt. Sehr charakteristisch sind die Ausführungen der offiziellen „Nowoje Wremja“, die als Kommentar zu der Erklärung des russischen Völkshaters dienen sollen. Sie sind zweifellos, wie dies bereits aus der Entschiedenheit des Tones, in dem sie gehalten sind, hervorgeht, inspiriert und vertrieben bereits infolge Interesse. In Hildig würde man dessen eingedenk sein, daß die Erfüllung der Forderung des russischen Völkshaters keine Zanderpolitik zulasse, so beginnt die „Now. Wremja“, Rußland sei nicht Deutschland, Oesterreich oder England, sondern eben Rußland, dem der erste Schlag am Vesporsis gehöre. Hoffe die Porte nur nicht, diesmal durch ein internationales Kommissionsverfahren durchzukommen. Auf dergleichen Konzessionsunternehmungen werde sich Rußland nicht mehr einlassen.

Im nahen wie im fernen Osten sollen alle, die es angeht, wissen, daß wir uns eigne Politik treiben, die... jenen Aufgaben entspricht, deren Erfüllung uns von der Geschichte auferlegt ist“ (das heißt dem Zusammenhänge nach, im Sinne: eine Eroberungspolitik im Orient; vor allem auf dem Balkan). In diesem Sinne müsse die Forderung Sinowjews respektiert werden und Rußland habe als Beschützer der slavischen Völkerschaften die Mittel, auf die unverzügliche Erfüllung seiner betreffenden Forderungen zu bestehen. Vermöge die Türkei die gegen die Christen entfesselten „Vestien“ nicht zur Vernunft zu bringen, so werde Rußland es thun müssen! —

Parlamentarisches.

Von der Kommunalkommission des Herrenhauses wurde die dem Hause zugegangene Vorlage betreffend die Besoldung der Gemeindeführer (Novelle zur Landgemeinde-Ordnung) unverändert angenommen.

Der Boeren-Krieg.

Die Mission Wolschens.

Aus London wird gemeldet: In ministeriellen Kreisen wird nunmehr zugestanden, daß es sich bei der Reise Wolschens nach Südafrika um eine wichtige Mission handle. Angeblich soll derselbe den Friedensschluß herbeiführen oder, wenn dies noch nicht möglich sein sollte, einen neuen durchgreifenden Feldzugsplan feststellen. Weiter verlautet, daß sich die Regierung mit dem Gedanken trage, den Mitgliedern der Boerenmission freies Geleit nach Südafrika zuzugestehen, damit dieselben beim eventuellen Friedensschluß behilflich seien.

Die Erkrankung Cecil Rhodes.

Nach einer Meldung aus Kapstadt ist der Zustand Cecil Rhodes andauernd schlecht. Die Königin von England sandte folgendes Telegramm an ihn ab: „Ich erfahre mit großem Bedauern Ihre schwere Krankheit und bitte Gott, Ihnen die Gesundheit wieder zu schenken.“ Der König und Lord Rosebery sandten ebenfalls Telegramme. Lord Kitchener telegraphierte, man solle ihn täglich über den Gesundheitszustand informieren. Man glaubt allgemein, daß die Anflutung Cecil Rhodes bevorstehe.

Zu den Gemeindevahlen.

Treptow-Baumschulenberg. Unsere gestrige Gemeindevereinerwahl hat wieder das übliche Bild. Als die persönlich erschienenen Wähler ihre Stimmen abgegeben hatten, war unser Kandidat, Genosse Karow, mit ca. 100 Stimmen absoluter Mehrheit den beiden gegnerischen Kandidaten voraus. Nach Abgabe der Papierstimmen für den konservativen Kandidaten Ridel ergab sich folgendes Resultat: Genosse Karow 205, Ridel 220 und Schröder 65 Stimmen. Nichtin Stichwahl zwischen Karow und Ridel.

Wilmersdorf. Die Stichwahlen zur Gemeindevereinerwahl sind für die in Betracht kommende dritte Abteilung auf den 26. und 27. März angesetzt. Bekanntlich hatte die Hauptwahl das Resultat,

daß unsere Parteigenossen Hilpert, Schröder und Meyer im ersten Wahlgange gewählt wurden; die auf Meyer gefallenen Stimmen wurden von der Mehrheit des Wahlvorstandes aber für ungültig erklärt, weil das Wahlrecht dieses Kandidaten ruhen sollte. Gegen diesen Beschluß haben unsere Parteigenossen Protest eingelegt, da es nach ihrer Ansicht dem Wahlvorstand nicht zusteht, sich um die Wählbarkeit der aufgestellten Kandidaten zu kümmern; diese Befugnis kommt nur der Gemeindevertretung zu. Bei der Stichwahl werden die bürgerlichen Parteien unter sich sein, unsere Parteigenossen aber Wahlentscheidung. Welche Konsequenzen der Beschluß des Wahlvorstandes hatte, ergibt sich daraus, daß einer der Stichwahlkandidaten bei der Hauptwahl 145, ein anderer gar nur 129 Stimmen erhielt, während auf unseren Parteigenossen Meyer 729 Stimmen fielen.

Bei der Gewergerichtswahl der Arbeitnehmer erhielten unsere Parteigenossen im 1. Bezirk 257 Stimmen, im 2. Bezirk 42, im 3. Bezirk 76 und im 4. Bezirk 61 Stimmen. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Johannisthal. Heute, Donnerstagnachmittag von 4 bis 7 Uhr findet im Lokal von Heimlich, früher Lenge, Friedrichstr. 61, die Ergänzungswahl für die 3. Abteilung zur Gemeindevertretung statt. Von der Arbeiterchaft ist der Gastwirt Hermann Mertins aufgestellt. Die Gegner beabsichtigen, diesmal sich ernsthaft an der Wahl zu beteiligen und haben in dem Kolonisten, Wilhelm Kaufmeyer einen Gegenkandidaten aufgestellt. Es wird nun versucht, den abhängigen Teil der Wählerchaft zur Stimmabgabe für diesen Gegenkandidaten zu veranlassen und somit dürfte die Wahlbeteiligung eine bedeutend größere sein als vor zwei Jahren. Pflicht der Genossen ist es, alles anzubieten, damit unser Kandidat den Sieg davontrage. Schone seiner den geringen Zeitverlust und verlasse sich nicht darauf, daß er ja doch gewählt wird. Die Vorkommisse in der Gemeindevertretung, namentlich in letzter Zeit, müssen für die Arbeiter ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß unser Kandidat Hermann Mertins mit großer Majorität gewählt werde.

Adlershof. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins im Lokal von Scheer in Köpenick. Es spricht Genosse Rechtsanwält Victor Frankl über den 18. März und seine Bedeutung für das Volk. Im weiteren sieht die Besprechung der bevorstehenden Gemeindevereinerwahl und die Aufstellung eines Kandidaten auf der Tagesordnung.

Dalldorf und Vorkowwalde. Die Wahlzeit ist, trotzdem wir beantragt haben, sie bis abends um 8 Uhr auszuweihen, auf eine für die arbeitende Bevölkerung ungenügende Zeit festgelegt worden. Die Wahl findet heute von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Lokal des Herrn Krause in Dalldorf, Hauptstr. 28, für die genannten Orte statt. Parteigenossen, laßt Euch durch die ungenügende Wahlzeit nicht von der Wahl abhalten, sondern erhebt Mann für Mann an der Wahlurne; zeigt dem Gegner, daß Ihr gewillt seid, Eure Interessen selber zu vertreten und agitiert für unsere Kandidaten Schloffer John Adam und Kempner Emil Eduard. Sorgt dafür, daß sie mit großer Majorität gewählt werden. Vorwärts zum Sieg!

In Drewitz bei Potsdam wurde gestern der von unseren Genossen aufgestellte Maurer Dörre mit 26 gegen 14 gegnerische Stimmen zum Gemeindevereiner gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Zweibund und der englisch-japanische Vertrag.

Paris, 19. März. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: Die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Rußlands haben heute den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten der Mächte, welche das Protokoll von Peking am 7. September 1901 unterzeichnet haben, folgende Erklärung mitgeteilt: Die verbündeten Regierungen von Frankreich und Rußland, denen der englisch-japanische Vertrag vom 30. Januar 1902 mitgeteilt worden ist — ein Vertrag, der abgeschlossen wurde, um den Status quo und den allgemeinen Frieden im äußersten Orient zu sichern und die Unabhängigkeit Chinas und Koreas, die für den Handel und die Industrie aller Nationen offen bleiben sollen, aufrechtzuerhalten — waren völlig befriedigt, in diesem Vertrage die wesentlichen Grundzüge vorzufinden, die sie selbst zu wiederholten Malen erklärt haben aufzustellen und welche die Grundlage ihrer Politik bleiben. Die beiden Regierungen sind der Ansicht, daß die Respektierung dieser Grundzüge zugleich eine Garantie ist für ihre eigenen Interessen im äußersten Orient. Gleichwohl gesonnen, ihrerseits den Fall ins Auge zu fassen, wo eine aggressive Aktion der beteiligten Mächte oder neue Wirren in China, welche die Integrität und die freie Entwicklung dieser Macht in Frage stellen, zu einer Drohung für ihre Interessen werden könnten, behalten sich die beiden verbündeten Regierungen vor, eventuell auf Mittel bedacht zu sein, um sich einen Schutz zu sichern.

Frankenstimmrecht abgelehnt.

Brüssel, 19. März, 5.15 nachmittags. Die Repräsentantenkammer verwarf das Stimmrecht für die Frau in der Stadt sowohl als auch in der Provinz mit 56 gegen 24 Stimmen; 58 hatten sich der Abstimmung enthalten.

Kabinetts-Krise.

Belgrad, 19. März. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung der Skupstina erklärte sich die Mehrheit gegen den Justizminister Stamenkowič. Es handelt sich um einen Antrag des radikalen Abgeordneten Protisch auf Abänderung des bestehenden Beamtengesetzes, dessen Zweck ist, den jetzigen Beamten für den Fall eines Regierungswechsels ihre Stellungen zu sichern. Der Justizminister, ein Gegner dieses Antrages, forderte wiederholt Ueberweisung desselben an einen Ausschuss. Trotzdem beschloß die Mehrheit, den Antrag sofort in Verhandlung zu ziehen, und nahm den Antrag mit großer Mehrheit in erster Lesung an. — Die Blätter schreiben daraus auf den Zusammenbruch der radikal-fortschrittlichen Jnstion, da Stamenkowič ein ehemaliger Fortschrittlicher ist.

Infolge des heutigen Konfliktes mit der Skupstina hat das Kabinett seine Entlassung gegeben.

Hamburg, 19. März. (W. Z. V.) Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet: Der Präsident der Bürgerchaft Hinrichsen lehnte seine in der heutigen Sitzung erfolgte Wiederwahl ab, weil er nur 88 Stimmen erhalten hatte und 49 weiche Zettel abgegeben wurden. Er wird vorläufig die Geschäfte des Präsidenten weiterführen. Die Linke hatte weiche Zettel abgegeben, weil sie den ersten Vizepräsidenten für sich beanspruchte; die Rechte und das Centrum ihr aber nur den zweiten Vizepräsidenten bewilligten. Die Linke verließ den Saal, so daß es fraglich ist, ob Dr. Weg, der zum zweiten Vizepräsidenten gewählt wurde, die Wahl annimmt. Zum ersten Vizepräsidenten war Landesgerichts-Präsident Engel gewählt worden.

Paris, 19. März. (W. Z. V.) Heute nachmittags wurde die internationale Konvention betreffend den Vogeleschutz unterzeichnet, welcher Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Portugal, die Schweiz und Griechenland beigetreten sind.

Rom, 19. März. (W. Z. V.) Die Kaufleute Roms und mehrere andere Städte haben beschlossen, am Freitag sämtliche Geschäftsläden zu schließen als Kundgebung gegen die Konkurrenz der Konsumvereine.

London, 19. März. (W. Z. V.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung des Gesetzes betreffend Einführung von Altersrenten an. Der Präsident der Lokalverwaltung Long bemerkte aber sofort, daß die Regierung die für Durchführung des Gesetzes notwendigen Mittel nicht hergeben würde.

Märzfeier.

Die Bedeutung des 19. März wurde von dem Berliner Proletariat auch in einer großen Reihe von Volksversammlungen gefeiert. Teilweise wurde die Feier durch einleitende und schließende Gesangsvorträge verschönt, die dem Charakter des Festes angepaßt, von Arbeiter-Gesangsvereinen vorgetragen wurden.

Im vierten Wahlkreis (Osten) entrollte Heiman vor den aufmerksamen Zuhörern in großen Zügen das Bild der Zustände und Verhältnisse der Berliner Märztag. Redner verlag die politischen und wirtschaftlichen Zustände 1848 und heute und zeigte, daß dieselben sich in vieler Hinsicht ähneln; höchstens blide heute das Proletariat noch in eine trübere Zukunft als damals. Denn 1848 sei wenigstens nicht auch noch die Regierung bemüht gewesen, dem Volke das Brot zu verteuern. Aber trotz dieser trüben Aussichten werde das Proletariat noch in eine trübere Zukunft als damals. Denn 1848 sei wenigstens nicht auch noch die Regierung bemüht gewesen, dem Volke das Brot zu verteuern.

Die Volksversammlung des fünften Wahlkreises im Schweizer-Garten wurde eingeleitet durch die „Freie Liedertafel“ mit dem stimmungsvollen Vortrag des Liedes: „Empor zum Licht!“. Dann schilderte der Reichstags-Abgeordnete Rosenow temperamentvoll und fesselnd in großen Zügen die historischen Ereignisse und die Verhältnisse, die zur Revolution führten, die Vorgänge vom 18. März selbst, wies auf die darauf folgende Reaktion hin und legte klar, warum die Ideale jener Zeit nicht erreicht wurden und unter den damaligen Verhältnissen mit den angewandten Mitteln nicht erreicht werden konnten. Der Redner schloß mit dem Hinweis auf den gescheiterten, ruhigen Kampf des modernen Proletariats, das durch Organisation, durch energische, unablässige Agitation sicher und unanfechtbar vorwärts schreitet auf der Bahn, die zur Befreiung des Volkes führt und führen muß. — Begeistertes Weiseln zeugte von der tatsächlichen Wirkung, die der Vortrag auf die Anwesenden ausübte. Erhebende Gesangsvorträge der Freien Liedertafel gaben der Feier einen würdigen Abschluß.

In sechsten Wahlkreise fanden nicht weniger als fünf Versammlungen statt.

Im Nollberger Salon hatten sich zahlreich die Parteigenossen und Genossen des Wedding versammelt, um das Andenken der Vorkämpfer der Freiheit würdig zu feiern. Nachdem der stimmungsvolle Einleitungsgefang verklungen war, nahm Redacteur v. Ströbel das Wort. Er legte die Ursachen der Revolution von 1848 dar und schilderte die hauptsächlichsten Ereignisse des toten Jahres, wobei er die Züge kennzeichnete, durch die verurteilt worden ist, den Sieg des Volkes zu verfeinern und dieses selbst zu verunglücken. Seinen Ausführungen, die er mit Hinweisen auf die Aufgaben des modernen sozialistischen Proletariats schloß, stimmten die Versammelten begeistert zu.

Der große Saal von Hrens Brauerei war von den Arbeiter-Genossen bis auf den letzten Platz gefüllt. Hier feierte Stadt. Ewald in schwingvoller Rede die Bedeutung des Tages. Nachdem er sich über die Kämpfe von 1848 und über die Pariser Kommune von 1870 ausführlich geäußert hatte, zeigte er, wie die ebenfalls nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit strebende moderne Arbeiterklasse drangsalirt und diskriminiert werde. Unter lebhaftester Zustimmung geißelte er das System, das den Judasfuß des Kaporra möglich gemacht und neben vielen andern Nutzen braden, damals kräftigen und gesunden Wirtswohl dem Siedtum, dem Tode in die Arme getrieben hat. Redner schloß mit tiefem Worte: Dem 18. März von Berlin und Paris werde ein neuer Völkerring, der Menschheit Frühling, folgen. Die deutsche Sozialdemokratie erwarte ihn und bereite ihn vor, indem sie sich selbst vorbereite! (Großer Beifall.) Mit Gesang, wie sie begannen, endete die Versammlung.

In der Versammlung auf dem Gesundbrunnen, die bei Zimmermann in der Raststraße tagte, hielt Pannsch das Referat. In eingehender Weise legte er den zahlreich erschienenen Zuhörern die Ursachen und den Verlauf des Freiheitskampfes dar. Mit lebhaftem Beifall nahm die gut besuchte Versammlung den wirkungsvollen Vortrag entgegen.

In Wernaus Saal in der Schwedterstraße fand eine Versammlung für die Genossen der Rosenthaler Vorstadt statt. Hier hielt Reichstags-Abgeordneter Herzfeld den Vortrag. Nach einer Erörterung der Revolutionsgeschichte zeigte der Redner, daß die Zeiten des Parteikampfes, wo eine entschlossene Minderheit die Mehrheit mit Fortschritt in den Kampf vorbeiführt, und daß die Ziele der Sozialdemokratie erreicht werden, indem diese sich durch den Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts die Mehrheit und damit den Sieg erringt. Durch ungeteilten Beifall zeigte die in großer Zahl Versammelten ihr Einverständnis mit dem Referenten.

Eine Versammlung für die Schönhauser Vorstadt hatte Genosse Wünsch nach dem Berliner Vater berufen. Der Vortrag war hier so stark, daß der vollbesetzte Saal schon vor Beginn der Versammlung durch die Polizei abgesperrt wurde. Den Vortrag hielt Reichstags-Abgeordneter Wurm. In seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede würdigte er die Bedeutung des Tages. Er zeigte, daß das Proletariat höhere und erhabener Ziele verfolgt wie die bürgerlichen Revolutionäre der Vergangenheit, und daß die Fortschritte, welche die Sozialdemokratie selber gemacht hat, für den Sieg ihrer Ideale bürgt.

In der Camerinus-Brauerei zu Charlottenburg hatten sich gegen 300 Genossen und Genossinnen eingefunden. Ganz im E. entrollte in fast zweistündigem Vortrage ein Bild der März-kämpfe von 1848 und der Kommune von 1871. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den beredten und begeisterten Ausführungen und spendeten der Rednerin am Schluß tosenden Beifall. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Schärber die würdige Verlaufene Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Schönberg feierte den 18. März in seiner Mitglieder-Versammlung bei Obf. Vor Eintritt in die Tagesordnung ordnete der Polizeibeamte die Entfernung der zahlreich erschienenen Frauen an. Nach längerem Protest des Vorsitzenden wurde dem Verlangen der Behörde stattgegeben. Die Versammlung revidierte sich durch Hinzuweisen eines stimmungsvollen, Rummel erhielt Reichstags-Abgeordneter Zubeil das Wort zu seinem Vortrage: „Was lehrt uns der 18. März?“. In der Einleitung geißelte derselbe scharf das Vorgehen der Polizeibehörden, wenn es sich um Versammlungen der Sozialdemokratie handelt, gegenüber den Versammlungen anderer politischer Vereine. — Uebergehend zu seinem Vortrage führte der Redner aus, daß der Monat März nicht nur für die Natur, sondern auch für die politische Bewegung der Frühlingssymptome sei. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für die Ziele der Sozialdemokratie zu agitieren, schloß der interessante, von lebhaftem Beifall begleitete Vortrag. — Mit einem brausenden Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

In Weihensee hielt Waldeck Ranasse vor einer imposanten Versammlung im „Prälato“ eine der Bedeutung des Tages angemessene Rede. Er schilderte die Entwicklung der modernen Gesellschaft von der französischen Revolution an bis jetzt, wies auf die Hauptmomente der achtundvierziger Bewegung hin und gedachte der 102 Opfer des Kampfes in Berlin. Dem bekannten Ausspruch: „Des Königs Wille ist das oberste Gesetz“ hielt er entgegen: „Des Volkes Recht, des Volkes Wohl ist Gesetz!“. Die Feier wurde durch den Vortrag mehrerer Lieder verschönt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder wurden gewählt in Ahndorf und Zwickhöna in der Provinz Sachsen und in Goldlauter in Thüringen.

Für den Reichstags-Wahlkreis Frankfurt-Lebn wurde der Genosse Dr. Heinrich Braun aus Berlin als Kandidat aufgestellt. Die Aufstellung erfolgte am Sonntag durch einstimmigen Beschluß der Kreisversammlung, nachdem der bisherige Kandidat, Genosse Meyer-Berlin, die Erklärung hatte abgeben lassen, daß er nicht wieder kandidieren könne.

Die sozialdemokratischen Vereine Hamburgs haben in den letzten zwei Jahren eine ganz erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1899: 11.884, 1900: 12.551 und 1901: 13.774. Zugleich ist die Zahl gering gegenüber der Zahl unserer Wahlstimmen, die bei der letzten Wahl 82.129 betrugen. Das „Hamburget Echo“ hat allein in der Stadt Hamburg 23.457 Abstimmer.

Totenliste der Partei. In Niederfedlig bei Dresden starb ganz plötzlich am Herzschlage der Lagerhalter Hermann Vöbel. Der Verstorbene, der früher Metallarbeiter war, hat sich um die Partei in Sachsen sehr verdient gemacht. Zur Zeit des Socialistengesetzes war er in Ghennig und stand dort in den vordersten Reihen der kämpfenden Genossen. Dann hat er jahrelang dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreis angehört und hat für die Befestigung und Ausbreitung der Organisation in diesem Kreise viel geleistet. Die dortigen Genossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

„Vornholms Social-Demokrat“ ist der Name des jüngsten Organs unserer dänischen Bruderpartei, dessen erste Nummer am Freitag voriger Woche erschienen ist. Es war ein langgehegter Wunsch der Arbeiter und kleinen Leute auf Vornholm, ein eigenes sozialdemokratisches Parteiorgan zu besitzen. Das Blatt wird gedruckt und herausgegeben in Köbne.

Die sozialdemokratische Presse Schwedens hat ebenfalls einen Zuwachs erhalten. Das neue Organ erscheint unter dem Titel „Arbetsbladet“ in Geste, vorläufig wöchentlich einmal und ist für diese Stadt sowie für die umliegenden Landschaften bestimmt. Wie wir der uns zugegangenen, reichhaltigen Probe-nummer entnehmen, zählt die „Geste Arbeiterkommune“, die sozialdemokratische Organisation der Stadt, 1173 Mitglieder, darunter 41 weibliche, und da auch die Gewerkschaften sehr weit vorgeschritten sind, kann man wohl annehmen, daß das Blatt große Verbreitung findet.

Politisches, Gerichtliches u. s. w.

Ausfertigung zur Arbeit. Wie gestern schon berichtet, wurden in Dresden vier Parteigenossen wegen Flugblattverbreitung des Sonntags zu Geldstrafen verurteilt und gleichzeitig der Genosse Schütz wegen Ausfertigung dazu. Sie sollen öffentlich bemerkbare Arbeit geleistet und dadurch gegen die bekannte Verordnungsverordnung verstoßen haben. Während des Gottesdienstes haben sie nicht verbreitet, auch auf der Straße haben sie nicht verbreitet und der Staatsanwalt hatte infolgedessen selber Freisprechung beantragt. Das Gericht kam aber trotzdem zu einer Verurteilung, denn, so sagte es, es sei jedenfalls auffällig, wenn mehrere Leute aus der Großstadt auf das Dorf kommen und dort wie Hausier von Haus zu Haus gehen. Die Kinder und auch Erwachsene würden aufmerksamer und sehen oder laufen den betreffenden Personen nach. Aber auch eine Arbeit sei hier geleistet worden. Denn schon die Tatsache, daß die betreffenden im Parteiinteresse die eigne Sonntagsruhe geopfert hätten und den Weg nach Rädly unternommen haben, stelle eine Arbeitsleistung dar. Der Mitangeklagte Schütz sei folgedessen der Ausfertigung dieser Arbeitsleistung ebenfalls schuldig und es mußte wie gesehen erkannt werden.

Diese Art, den Tatbestand der Arbeitsleistung festzustellen, eröffnet ganz neue Perspektiven für die Rechtspflege, da sie den Begriff der Arbeitsleistung aus dem Gebiete objektiver Merkmalbestimmung in das der subjektiven Empfindung verlegt. Die Beurteilung eines Weges am Sonntag kann natürlich nicht das objektive Merkmal einer Arbeitsleistung sein, da sonst jeder Spaziergänger des Sonntags eine Arbeit leistete. Danach kann man dann umgekehrt Steinklopfen nicht als Arbeit bezeichnen, wenn es jemand zu seinem Vergnügen thut.

Aus Industrie und Handel.

Die Ausdehnung der Großbanken, über die wir vor kurzen berichteten, macht weitere Fortschritte. Die Darmstädter Bank, die durch die Anknüpfung der Breslauer Disconto-Bank ihren Geschäftskreis nach Rheinland und besonders durch Uebernahme der Berliner Filiale der Breslauer Discontobank erheblich angedehnt, steht im Begriff, eine Fusion mit der Bank für Süddeutschland einzugehen. Die Bank für Süddeutschland, mit dem Sitz in Darmstadt, hat ein Aktienkapital von 15.672.300 M. und bezieht das Privileg einer Zettelbank. Durch die Bank-fusion-Novelle ist die Tätigkeit der Bank sehr beengt, so daß man schon mit einer Liquidation rechnet. Die Aktien der Bank, die nach der letzten Bilanz auf 112 Proz. geschätzt wurden, werden durch Umtausch gegen Aktien der Darmstädter Bank, die 142 Proz. stehen, mit ungefähr 113 Proz. übernommen. Die Darmstädter Bank gewinnt dabei ein hohes Agio und ihr Aktien die Baarmittel für das mit der Breslauer Bank abgeschlossene Geschäft zu. Die Darmstädter Bank muß durch diese Transaktionen ihr Aktienkapital nun ungefähr 20 Millionen erhöhen und sie tritt damit an zweiter Stelle der Großbanken, indem sie nur noch von der Deutschen Bank überlagert wird.

Damit dürfte der Zusammenschluß zu Großbanken noch nicht beendet sein, denn es wird bereits über eine Fusion der Berliner Bank mit der Berliner Handelsgesellschaft berichtet, ohne daß allerdings bisher Bestimmtes bekannt wäre. Soviel ist sicher, die Entwicklung der Großbanken macht Riesenschritte.

Die Mecklenburg-Strelitzische Hypothekbank hat sich trotz der Sanierungsaktion aus ihrer bedrängten Situation noch nicht herausarbeiten können. Der Jahresbericht für das Jahr 1901 schließt mit einem Verlust von 4.770.000 M. Die Anlage im Hypothekengeschäft beträgt 27.400.000 M. Für die Unterlagshypotheken von 20.520.000 M. haften nur 5.350.000 M. bebauten Grundstücke, der Rest ist in der Umgebung von Berlin in Pausen angelegt. Die Direktion glaubt, so lange keine Veränderungen im jetzigen Status eintreten, auf Grund sorgfältiger Aufstellung auf höhere Eingänge als 440.000 Mark zunächst nicht rechnen zu können. Da an Pfanddreifachen 311.694 M. zu veranlagten, für die Verwaltungskosten aber 140.000 M. erforderlich sind, zusammen also 451.694 M. und weitere Realisierungen ertraglosere Objekte, augenblicklich nicht bevorstehen, so läßt sich der Zeitpunkt, zu welchem eine Erhöhung der Pfandbrief-Zinsquote möglich sein wird, noch nicht absehen.

Zur Krise. Die Metallarbeiter in Halle beschlossen jüngst in einer Versammlung, an den Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen das Ersuchen zu richten, Ältere Leute bei den weiteren Entlassungen zu berücksichtigen; sollte noch größerer Arbeitsmangel eintreten, dann möge die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden. Der frühere Direktor der Halleischen Maschinenfabrik und Eisenwerke, Kommerzienrat Riedel, der an den von der Regierung veranlaßten „Erhebungen“ über die Arbeitslosigkeit und die Verhältnisse der Bürgermeister, Gemeinderäte, Regierungspräsidenten z. teilnahm, entgegnete darauf schriftlich:

„Bis jetzt habe die Entlassung von zum eigentlichen alten Stamm gehörigen Arbeitern umgangen werden können. Dagegen herrsche aber die größte Sorge wegen des zweiten Halbjahres dieses Jahres. Dauert die Krise, unter der jetzt die Industrie leidet, und die durch die Wärfelers Konjunktur noch verschärft zu werden droht, länger an, so wird die Halleische Maschinenfabrik, so traurig dies ist, auch zur Entlassung alter tüchtiger Arbeiter gezwungen müssen.“

Arbeiterentlassungen auf den Anhrzechen. Wie mitgeteilt wird, sind am 15. März 2000 Bergarbeiter gekündigt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Agent für Arbeitsvermittlung im Baugewerbe treibt seit einiger Zeit sein Unwesen. Da bei der gegenwärtig ungünstigen Geschäftslage Leute, die aus der Not nichtsbeschäftigter Arbeiter sich eine Einnahmequelle verschaffen wollen, leider nur zu leichtes Spiel haben, so möchten wir vor diesem Herrn ganz besonders warnen. Die Geschäftspraktiken des Vermittlers sind folgende: In einer Annonce, die in mehreren Zeitungen erschien, wurden Poliere, die sich einen Nebenverdienst erschaffen wollen, aufgefordert, sich unter einer Chiffre zu melden. Die Rekrutanten erhielten dann eine hektographierte Zugschrift, in der ihnen mitgeteilt wurde, daß sie für jeden Arbeiter, den sie durch Vermittlung des Bureaus anstellen, 50 Pf. erhalten. Unterzeichnet ist die Zugschrift: Wilhelm Reinhold Zimmermann, Maurer- und Zimmermeister, Brüderstr. 15. Bald darauf erschienen dann in den Zeitungen wieder Annoncen, nach welchen Maurer und Zimmerer unter obiger Adresse verlangt wurden. Die Arbeiter, die sich meldeten, fanden in der Brüderstraße 15 ein kleines Zimmer mit einigen dürftigen Bureau-Möbeln. Von einer Arbeitsvermittlung hat bisher niemand etwas erfahren, der Leiter selbst ist schwer auffindbar, auch konnte bisher über seine gegenwärtige, noch vergangene Erwerbstätigkeit Gutes nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Bekanntheit des Geschäftsgebahrens dieses Agenten dürfte genügen, um die Arbeiter zu veranlassen, auf diese Arbeitsvermittlung zu verzichten.

Deutsches Reich.

Der Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, der am 18. März in Mainz zusammentrat, war von 90 Delegierten aus 18 Ortsvereinigungen besetzt. Außerdem sind anwesend von der Hauptverwaltung Pöchy, Ströhlinger und Mörchel, von der Generalkommission: S. B. H. Hamburg. Dem gedruckten vorliegenden Bericht, von dem wir bereits einen Auszug gegeben haben, fügt Pöchy einiges bei; denassenbericht giebt Ströhlinger. Die Diskussion über diese beiden Punkte fallen den ganzen Tag aus. Schließlich wird, nachdem Meister Hamburg den Bericht des Ausschusses erstattet hat, der Hauptverwaltung, dem Hauptkassierer und dem Kassier die Decharge erteilt.

Die vom Verband der Lederarbeiter (Reißgerber, Färber zc.) vorgenommene Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ergab die Annahme derselben mit 2551 gegen 1416 Stimmen.

Zur Bewegung der Schneider. Wie in München steht auch in Nürnberg eine Aussperrung der Schneider bevor. Die Arbeiter der Firma Pötsch (Filiale eines Münchener Geschäfts) haben auf das Ersuchen der Münchener Aussperrten hin einstimmig beschlossen, am Donnerstag früh die Arbeit niederzulegen, wenn bis Mittwochabend in München der Tarif nicht unterzeichnet ist. Es besteht nämlich der Verdacht, daß in diesem Zweiggeschäft Münchener Arbeiter angefertigt werden. Eine Schneider-Versammlung hat den Beschluß gebilligt. Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Verbandes hat nun der Kommission auf Anfrage erklärt, daß im Falle der Arbeitsniederlegung bei genannter Firma auch die übrigen Mitglieder des Verbandes ihre sämtlichen Arbeiter aussperrten würden. — Die Schneider in Manheim beschloßen die Arbeitsniederlegung. Alle Unterhandlungen sollen nur durch die Lohnkommission geführt werden. — In Ulm ist die Lohnbewegung, nachdem sämtliche Firmen eine, wenn auch nicht der Höhe der Forderungen entsprechende Aufbesserung gewährten, vollständig beendet. — In Reichenbach im Vogtlande bewilligen sämtliche Schneidergeschäfte ihren Arbeitern zum Teil bedeutende Lohnzulagen. — In Halberstadt sind die Differenzen mit der Firma Cohnheim beseitigt. — In Glessburg haben noch mehrere Meister bewilligt. Nachdem etwa 20 Gezellen abgereist sind, beträgt die Zahl der Streikenden 64. Darunter sind 45 Verheiratete mit 95 Kindern. — In Husum ist es nun Streit gekommen, nachdem die Meister die Forderungen der Gezellen abgelehnt haben.

Schneider thun gut, bei Arbeitsangeboten durch Zeitungs-Annoncen stets genaue Eckdaten einzuziehen, da vielfach durch Inserate Streikbrecher gesucht werden.

Die Forderungen der Schuhmacher in Kiel haben 20 Meister mit 38 Gezellen anerkannt.

Die Maurer und Zimmerer von Cuedlinburg haben ihren Arbeitgebern die Forderung von 35 Pf. Stundenlohn unterbreitet; die Bauverwerks-Zunung hat diese bescheidene Forderung abgelehnt. — Es muß abgewartet werden, wie sich die Arbeiter dieser Jurisdiktion gegenüber verhalten werden.

Sechzig Erbarbeiter, die in dem Sandloche zu Brautwebe beschäftigt sind, haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter, sämtlich Schlesier, forderten einen Stundenlohn von 35 Pf. für jetzt 30 Pf. Der Unternehmer bot ihnen statt dessen eine — Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 12 Stunden täglich. Dafür dankten die Arbeiter denn doch und legten, obgleich sie sämtlich unorganisiert sind, die Arbeit nieder. 30—35 Holländer arbeiteten weiter. Dieselben arbeiten in Accord und erhalten für 6 Kubikmeter Sand 70 Pf.

In den Abwehrstreik sind in Heuburg weitere 19 Maser und Kadierer getreten, weil auch die Firmen, bei denen sie beschäftigt waren, Tarifierungen vornahmen. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich nun auf 52 Verheiratete und 30 Ledige. Die wenigen Kadrierer werden abends durch die Polizei in die Wohnung eines verheirateten Arbeitswilligen geleitet und untergebracht. — Die Situation ist für die Ausständigen günstig, falls Zuzug fernbleibt.

Achtung, Schuhmacher! Infolge Lohnreduktionen wurde von der Firma Arthur Runge in Ditsch bei Leipzig, nachdem eine Kommission von sechs Arbeitern mit dem Chef keine Einigung erzielen, allen Stickerarbeiten gekündigt. — Zuzug nach Ditsch ist deshalb zu vermeiden.

Die Weber der Firma C. F. Dür in Reichenbach im Vogtlande haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern die Entlassung eines nichtliebenden Arbeiters.

Die Zielwecker bei der Firma Häfer in Draunschwieg streikten, weil sie bei den Accordlägen der Firma nicht auskommen konnten. Dieses Verbrechen zeigt der Unternehmer andern Seimweberfirmen in einer schwarzen Liste an, die 16 Namen von Streikenden enthält.

Ausland.

200 jüdische Schneider und Schneiderinnen in Lemberg sind in den Streik getreten. Die Meister wollten die Arbeitszeit von 11 auf 12 Stunden erhöhen. Die Arbeiter sollten weiter auf die 14tägige Kündigungszeit verzichten, andererseits verpflichtet sein, alle angefangenen Arbeiten zu beenden.

Sociales.

Der Bauarbeiter in Preußen.

In der von uns bereits erwähnten eminenten Petition der Bauarbeiter an den preussischen Landtag wird ein einheitliches Landesgesetz mit Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter gefordert. Die bisher erlassenen Polizeivorschriften sind nicht nur an sich mangelhaft und ungenügend, sondern erfassen auch nur einen kleinen Teil des Landes. Auch die grundsätzlichen Vorschriften der Gewerbeordnung, des Strafgesetzbuches, des Unfallversicherungs-Gesetzes bieten den bauverpflichteten Arbeitern keinen genügenden Schutz. Die von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallversicherungs-Vorschriften bleiben auf dem Papiere stehen, weil die Berufsgenossenschaften zu ihrer Durchführung nichts thun. So hat die Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 177 479 Versicherten ganze sechs Beauftragte zur Ueberwachung der Unfallversicherung, die Hannoverische und Schlesisch-Posenische Berufsgenossenschaft hat überhaupt keinen Beauftragten und für ganz Preußen hatten die Baugewerks-Berufsgenossenschaften insgesamt 29 Beauftragte. Deshalb sind auch die Ausgaben für diesen Zweck geringfügig und daraus erklärt es sich, wenn die Vorschriften über die Unfallversicherung so gut wie gar nicht beachtet werden. Im Sommer 1900 haben die Vertrauensleute der Bauarbeiter in 109 preussischen Orten auf 2301 Bauten, von denen 1108 in Händen von Zimmermeistern waren, Erhebungen angestellt. Dabei ergab sich, daß nur auf 993 dieser Bauten die Unfallversicherungs-Vorschriften ausgehängt waren. Daraus erklären sich dann die erschreckend hohen Zahlen der Verletzten, die bei der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft im Jahre 1900 über 45 auf 1000 Versicherte betragen. Die Petition verlangt deshalb mit Recht nicht bloß gesetzliche Schutzvorschriften, sondern auch genügende Kontrollvorschriften und Heranziehung der Arbeiter zu der Kontrolle. Eine ausführliche Behandlung erfahren auch die Berufskrankheiten und die zu deren Verhütung nötigen sanitären Vorschriften.

Für die zu erlassenden Vorschriften werden ausführliche Vorschläge gemacht.

Es wäre dringend zu wünschen, daß das Abgeordnetenhaus den berechtigten Forderungen der mehr als 800 000 Arbeiter endlich Beachtung schenkte.

Bei der Arbeitslosen-Zählung, die von den Gewerkschaften in Brandenburg vorgenommen wurde, ergab sich, daß 783 männliche und 49 weibliche Arbeitslose vorhanden waren. Davon waren 534 verheiratet und hatten 1057 Kinder unter 16 Jahren. Fast ein Drittel der Arbeitslosen, nämlich 240, waren zwei bis drei Monate arbeitslos. Mit verkürzter Zeit arbeiteten 161 Personen.

Eine Regierungsvorlage über die Wohnungsfürsorge für Kinderbewerber ist der zweiten hessischen Kammer zugegangen. Zu dieser Vorlage ist vorgesehen, daß zum Bau kleinerer Wohnungen die Gemeinden bei der Landeskreditkassen Darlehen aufnehmen können bis zum vollen Betrag der Kosten für den Erwerb des Baugeländes sowie der Bauausführung. Für bedürftige Gemeinden soll ausnahmsweise der Zinsfuß für die in den ersten zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu gewährenden Darlehen auf die gleiche Zeitdauer auf 1/2 Proz. ermäßigt werden können. Der Zinsbetrag an Zinsen soll als staatlicher Zuschuß zur Förderung des Wohnungswesens alljährlich im Hauptvoranschlag besonders vorgesehen werden. Auch können diese Darlehen an Gemeinden, die nicht selbst zum Bau kleinerer Wohnungen schreiten, abgegeben werden, wenn sie für gemeinnützige, rechtsfähige Vereinigungen verlangt werden, die sich die Erbauung von Wohnungen für Kinderbewerber zur Aufgabe gestellt haben. Wird auf Grund dieser Vorlage die mietsweise Benutzung der Mehrzahl von gesundheitsföhrlichen Wohnungen in einem Hause unterlag und der Hauseigentümer kommt dem Verlangen auf Umbau oder Niederlegung des betreffenden Hauses nicht nach, dann ist die Gemeinde zur Enteignung des Hauses nebst Gelände zwecks Herstellung von Wohnungen für Kinderbewerber befugt. Weiter sieht die Vorlage eine Landes-Wohnungsinpektion vor, welcher die Aufgabe zufallen soll, im Zusammenwirken mit staatlichen und kommunalen Behörden vorhandene Mißstände im Wohnungswesen Kinderbewerber festzustellen und sie dann in Gemeinschaft mit dem hessischen Centralverein für Errichtung billiger Wohnungen sowie den gemeinnützigen Bauvereinen zu beseitigen.

Liegt Armenunterstützung vor, wenn der Ortsarmenverband zu Gunsten eines Hilfsbedürftigen eingreift, dem eine Unfallrente zusteht, für den sie aber noch nicht erstritten ist? Diese Frage ist in ständiger Praxis vom Bundesamt für das Heimatswesen und vom preussischen Ober-Verwaltungsgericht bejaht. Dieser Anschauung hat sich in jüngster Zeit auch das sächsische Ober-Verwaltungsgericht aus Anlaß einer Klage zwischen Löttau und Dresden angeschlossen. Die Kreisauptmannschaft hatte als Verwaltungsgericht umgekehrt entschieden. In dem sächsischen Fall hatte Löttau dem Verletzten eine Unterstützung in der Höhe gezahlt, die nachher dem Verletzten als Rente zugesprochen wurde. Die Unterstützung wurde hernach durch Beschlagnahme der später erstrittenen Rente von Löttau eingezogen. Dennoch verliert der Verletzte sein Wahlrecht, weil das ihm von Ortsarmenverbände gezahlte als Armenunterstützung gilt. Auf diese unangehörliche Entscheidung durch Summelei der Berufsgenossenschaften ist im Reichstage wiederholt hingewiesen worden. Die Mehrheit lehnte aber einen Antrag ab, der dies durch Einführung vorläufig vollstreckbarer Entscheidungen der Schiedsgerichte, die innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall ergreifen sollten, vermeiden wollte. Die Vorschrift des § 77 des Krankenversicherungs-Gesetzes, nach der Unterstützungen, die nach Maßgabe des Krankenversicherungs-Gesetzes durch Krankenkassen ergeht, nicht als öffentliche Armenunterstützung anzusehen sind, gilt in gleicher Weise nicht für Unfallrenten. Sie ist auch unzulänglich, weil solche Unterstützungen noch einer freilich umstrittenen Entscheidung des Bundesamts für das Heimatswesen erst dann den Charakter als öffentliche Armenunterstützung verdienen, wenn sie tatsächlich ergeht worden sind. Die Motive zum Krankenversicherungs-Gesetz nahmen an, daß solche Unterstützungen selbstverständlich nicht als Armenunterstützungen gelten können. Der Reichstag schloß vorsichtshalber den § 77 des Krankenversicherungs-Gesetzes ein, unterließ aber eine gleiche oder weitergehende Vorschrift beim Unfallversicherungs-Gesetz. Derartigen Unterstützungen den Charakter öffentlicher Armenunterstützungen zu nehmen, wäre dringend erforderlich.

Unfallversicherung.

In Luxemburg ist man mit der Schaffung eines Unfallversicherungs-Gesetzes beschäftigt. Das Projekt, welches der Kammer des Großherzogtums vorliegt, ist im großen und ganzen dem deutschen Unfallversicherungs-Gesetz nachgebildet. Das Prinzip ist die obligatorische Versicherungspflicht aller Arbeitgeber für alle bei der Arbeit sich ereignenden Unfälle unter Ausschluß der Fälle, die auf die Verschuldung des Verunglückten zurückzuführen sind. Die Liberalen erklärten, daß sie für die obligatorische Versicherung eintreten werden, die Liberalen jedoch brachten einen längeren Antrag ein, der die „Freiheit des Arbeitgebers“ geschützt wissen wollte. Der Antrag wurde gegen 8 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen dissentierender liberaler Mandatsträger abgelehnt.

Schriften-Eingang.

Ueber Wandlungen in der Volksernährung. Von Dr. med. Alfred Grotzahn in Berlin. Leipzig, Dunder & Humblot, 1 60 R. Kateschismus der Unfallgesetzgebung. Von Fritz Hainenberg. Düsseldorf: Verlag des Ausbreitungs-Verbandes der deutschen Gewerksvereine.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.
Obern. Unbekannt.
S. S. 666. Das ist unmöglich. Bei der Heirat können Sie Ihr Kind anerkennen. Es erhält dann Ihren Namen. — P. J. 999. Ein auf Reclamation Entlassener kann heiraten. Wenn er die Unterstützung gegen seine Mutter vernachlässigt, so kann er zur Abwendung des Restes eingezogen werden. — Post 6. Sie könnten einen Versuch machen, gegen die Rente, nicht gegen den Uebel bei der Gewerbeinspektion zu klagen. Der Erfolg ist indes ein höchst zweifelhafter, weil mindestens seit dem 1. März Ihr Arbeitsverhältnis gelöst ist. — Th. St., Zwirnmanufakturstr. 3a. — Arthur Ph. Sie brauchen nur die Einwilligung Ihrer Mutter. — Stern. I. Es heißt: mir freieren die Eltern. II. I. Nachträgliche Genehmigung. 2. Antrag, der von Mitgliedern des Reichstages angeht. 3. Fortschritt. 4. Verhältniswahl. Ueber alle Fremdwörter gibt Ihnen ein Fremdwörterbuch, z. B. das von Viehbeck, Auskunft. Solche Bücher liegen in jeder öffentlichen Bibliothek aus. — G. S. 78. Dafür gibt es keine Frist. Sie können nur entweder die Sachen öffentlich nach voran-

gegangener Androhung, des Verkaufs durch einen Gerichtsvollzieher verweigern lassen oder erst klagen und dann pfordern lassen. — A. P. Leider ist die Firma im Recht. Würden Sie es auf eine Klage ankommen lassen, so würden Sie verlieren. Versuchen Sie eine Einigung. — A. W. Bestimmte Sätze sind für Abfindungen von Unfallrenten bis 15 Proz. nicht vorgeschrieben. Der Besetzer kann nur auf seinen Antrag abgefunden werden, kann gegen den Entschied der Berufsgenossenschaft Berufung einlegen und seinen Antrag bis zur Entscheidung durch das Schiedsgericht zurückziehen. — W. M. Charlottenburg. 1. Ja. 2. Nein. — M. Weiden Sie sich an die Verhandlung von Weber, Berlin, Kurstraße 37. — S. A. 1. 8-9 März. 2. Nein. — S. 5 u. 6. 1. Der Vater hat kein Recht, Ihr nach dem 31. Dezember 1899 geborenes Kind von Ihnen zu verlangen, sondern hat bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahr des Kindes Alimente zu zahlen. 2. Einpruch gegen die Heirat Ihres früheren Verhältnisses können Sie nicht erheben, sondern nur auf Zahlung der Schwelchenkosten und der Alimente klagen. 3. Ja. — T. 29. 1. Das ist von Fall zu Fall, nach Maßgabe der erteilten Bauerkautions und des Gebrauchsabnahme-Scheins zu entscheiden. Erkundigungen können Sie nur bei der Polizei einholen. 2. Nein. — 74. 26. M. 1. Die Selbstversicherer können eine Marke stellen, welche sie wollen; Ihr Vater ist also im Recht. 2. Von Ihres Bruders Nachlaß können die für ihn gezahlten Armenrenten nur für die Zeit abgezogen werden, in der er nicht hilflosbedürftig war, aber Alimente erhalten hat. — S. 2. 100. Vom 1. April. — A. 23. 1. Da der Rechtsweg nicht ausgeschlossen ist, ist er gangbar. Zweifel können durch die Bestimmung in § 17 Absatz 1 der Statuten entstehen. Jedoch dürfte der Ansicht der Vorzug zu geben sein, daß durch diese Vorschrift der Rechtsweg nicht ausgeschlossen ist. — M. R. Das sind geringe körperliche Fehler, die voraussichtlich nur zu zweimaliger Zurückstellung führen werden. — Reinsickerdorf 22a. Der Antrag vom Vorn ist unzulässig. Das können Vorbehalten können Sie beim Gewerbeamt einbringen. — G. V. 23. Nein; in der Regel wird aber ein solches gezahlt. — 100. Hinzuzüfgenige. — W. Rein. — S. Z. Charlottenburg. Auch der inaktive gekutierte Kadroner kann über sein Vermögen frei verfügen. Seine Verfügungen sind nur dann strafbar und ungültig, wenn sie zwecks Benachteiligung des Gläubigers, zum Beispiel zum Schein, schenkungsweise und dergleichen vorgenommen sind. — S. 3. 37. Wenden Sie sich direkt an einen der Anwälte. Ihr Anspruch erscheint anscheinlich. — W. S. 1. Wegen geringfügiger körperlicher Fehler auf ein Jahr zurückgestellt. Sie können noch genommen werden. 2. Leider ist die Frau im Recht. — Streitfrage. A. 8. 100. — Rein. — S. 2. 50. Ein Minderjähriger kann für volljährig erklärt werden, wenn er das 18. Lebensjahr vollendet hat. Erforderlich ist, daß der Minderjährige und sein Vater oder, falls dieser nicht mehr lebt, seine Mutter in die Volljährigkeitserklärung einwilligen. Der Antrag ist an das Amtsgericht zu richten. Dies kann den Antrag auch mit Rücksicht auf eine abgelaufene Heirat stattgeben. — R. 2. 23. 1. Am 1. Januar 1904. 2. und 3. Ja. — Jafobis. Mit solchem Anspruch würden Sie nur dann durchdringen, wenn das Amtsgericht auf Antrag Ihrer Schwägerin gehalten, dem Elternhaus fernzubleiben. — M. W. 100. Der Gehaltsentzug muß ein Säbenerfahren beim Amtsgericht vorangehen. Ist das Säbenerfahren fruchtlos geblieben, so können sie bei Ihrem Armenvorsitzer eine Bescheinigung darüber beantragen, daß sie zur Kostentragung unvermögend sind. Diese Bescheinigung und das Säbenerfahren reichen Sie dann beim Landgericht ein, legen dar, aus welchen Gründen Sie klagen wollen und beantragen Bewilligung des Armenrechts. Dann wenden Sie sich behufs Klage-Anstellung an den Ihnen beigeordneten Anwalt. — R. C. 3a. — A. S. 1. Werbung ist nicht erforderlich, aber zulässig. 2. Nein. 3. Ja. — 18jähriger Abonnent. 1. Etwa 24 März. 2. Steht es nicht. 3. Nein. 4. Ja. Aus S. 30-50 des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahress können Sie Ihre Wünsche erfahren. Das Buch liegt in den öffentlichen Verfassungen aus. — Max Weik. 1. Ihr erfolgloser Antrag in das Handelsregister bezieht die Gesellschaft mit beschränkter Haftung nicht. Ist demnach vorher im Namen der Gesellschaft gehandelt worden, so halten die Handelnden persönlich und solidarisch. 2. Der Betrieb ist wie jedes andere Gewerbe zur Steuer anzumelden. 3. Sie hatten für den durch ihren Reinen angerichteten Schaden in vollem Umfang. Ob mehr als ein ärztlicher Besuch erforderlich war, können wir nicht entscheiden.

Witterungsübersicht vom 19. März 1902, morgens 8 Uhr.
Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G.
Includes data for stations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien and weather forecasts for Donnerstag, den 20. März 1902.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 20. März.
Opernhaus. Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Probenablauf. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ecclesia triumphans. Volksaufklärung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesien. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Ballett. Vorher: Die Wiener in Paris. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neues. Champneys Reiden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Zeremonienhalle. Delfos Villencron's Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunte Theater (Ueberritt). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Strindberg-Cyclus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Gasparone. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich Wilhelmstädtisches. Die Fiedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Pelle-Rhianer. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cryphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Vanoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Reichen. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Ihre Familie. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Freitagsstage an der Riviera. Invalidentheater 57/62. Täglich: Sternwarte.
Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: Der Probekandidat. Schauspiel in 4 Akten v. Max Drever.
Freitagabend 8 Uhr: König Harlekin.
Sonabendabend 8 Uhr: Der Jongleur.
Central-Theater.
Heute abend 7 1/2 Uhr zum 93. Male: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von H. Reinhardt. Größter Erfolg seit Weisse! Hauptdarsteller: Das Vieh vom süßen Mädel. Pannische Dame. Wlad ist dein Name. Verlobungen, du bist so lieblich. Theaterstück. Weizen-Couplet. Englisch-Parodie. Duett. Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel.
Sonntag 23. März, nachm. 3 Uhr, zum 794. Male: Die Geisha. — Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gasparone.
Operette in 3 Akten von Karl Millöder. Anfang 8 Uhr.
Freitag u. Sonnabend: Gasparone. Sonnabendnachm. 4 Uhr: Prinz Diamant. Sonntagnachm. 3 Uhr: Seine Preise: Das Mädchen von Heilbronn. Abends 7 1/2 Uhr: Unser Marine, oder: Er muß auf Land.
W. Noacks Theater.
Bruppenstraße 16.
Schützenli's.
Vosse mit Gesang in 4 Akten von Leon Treptow. Musik v. G. Steffens. Heute: Tanzkränzen.
Freitag: In der Heimat.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
In Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit ihrem Kinde
eine bisher in der Welt nicht dagewesene Sehenswürdigkeit
Mutter 80cm./Tocht. 50cm.gross
32 Jahre alt. 9 Jahre alt.
Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Der kleine Cohn ist da!
Burleske in einem Akt.
Der Bajazzo und sein Kind.
16 erstklassige Spezialitäten 16
Apollo-Theater.
Die grossartigen
10 Specialitäten.
Der Kosmograph:
Prinz Heinrich in Amerika.
Ferner:
Don Juan in der Hölle
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Sängerin u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms
Ritzl Birker. Rosa Marton.
Hierauf: Er. Lebensbild in 1 Akt.
Adele Hartwig u. Leopold Turner a. G.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Schuldig.
Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen über 11 gestattet.
Vom Palmsonntag, den 23. März, bis inkl. Ostersonntag, 30. März, finden die letzten 7 Aufführungen der Ausstattungsposse
'Ne feine Nummer
im Theater des Westens statt.
Während dieser Zeit im Metropol-Theater
Ensemble-Gastspiel
des Opern-Theater d. Westens
D'Andrade, Rothmühl,
Biberti als Gäste.
Casino-Theater
Votringerstr. 37.
Trotz des glänz. einzig dasteh. Erfolges nur die Ende dieses Monats
Am 8 1/2 Uhr: Ihre Familie.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u.
Specialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 115. Male: Coralle & Co.
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.
Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das erfolgreiche Spezialitäten-
März-Programm!
Heute neue Kunststücke.
Bringes müßigere Hunde.
Theodor Lippart, der moderne
amüsante Querschnitt. Bonnet u.
Willy, Matad. am Opern-Appar.
Dazu: Um 8 1/2 Uhr:
Die Weichenfee.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten
von W. Gerike.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.
Mittwoch, den 2. April:
Schluss d. diesjährig. Saison.
Cirkus Alb. Schumann
Donnerstag, 20. März 1902,
abends präc. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm und Außerordentl.
fantastischer neu engag. Spezialitäten.
U. a.: Emotionelle Novitäten
? She ?
Das lebende Rätsel. Ein Ständchen
in der Welterschau! Neu! Darstellung
der 4 Elemente mit wunderbaren
Licht-Effekten.
Neu! Der Amerikaner Mr. Chester
mit seiner phänomenalen
Bicycle-Codesfahrt
aus einer Höhe von 36 Meter.
L'écyvere lumineuse.
Hr. Dora Schumann. Zum Schluss:
In Feuer und Blitzen.
Push-Ball. Das neueste hoch-
interessante ameri-
kanische Spielespiel, angeführt von
12 Amerikanerinnen und 10 Herren.
Zum Schluss die gr. Ausstattungs-
Pantomime vom Hof-Walzettmeister
H. Stens
Mephisto

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Ueberritt)
Köpenickerstr. 68.
Heute abend 8 Uhr u. a.: „Batalions-
topf“ (Offiziers-Humoreske). —
„Nora-Parodie“, Satirisches Schatten-
bühnel. — Boxena Bradsky
u. Oskar Strauss, Marcell
Salzer etc.
Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, den 20. März 1902,
abends 8 1/2 Uhr:
Strindberg-Cyclus.
Eman. Reicher. Rosa Bertens.
Cirkus Busch
Donnerstag, 20. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung: Klondike.
Orig. Pantomime des Cirkus Busch.
Die Prinz Heinrich-Reise nach Amerika
Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säger
Nach jeder Solire:
Tanzkränzen.
Neu! Neu!
Sonntag, den 23. März:
Der Kesselflicker.
Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
Palmsonntag: „Der Goldbauer“
mit dem Berliner Schiedsrichter-Verein.
Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Nur Sonnabend!
bis
Ausnahme-Preise
für
Perser
Teppiche
von 3,75 bis 28,50 Mk.
Getreue Kopfen echter Perser
von wunderbarer Farbenpracht
auf beiden Seiten benutzbar.
Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.

Gelegenheitskäufe!
Paletots, Hosen, Herren- u. Knaben-
Anzüge, Koffer, Damentaschen, Teppiche,
Seffel, Revolver, Leuchtmittel, Gold-
schmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Regis-
tationen, Reichzeuge, Harmonika,
Geigen, Silber usw.
zu **spottbilligen Preisen.**
Gustav Lucke,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

Ausverkauf
wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.
Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt.
D. Wurzel & Co., Köpnickstr. 160.

Grosse Fänge!
Seefische
billig!

Schellfische in allen Größen . . . 20-25 Pf. pro Pfd.
Cabliau (zum Kochen und Braten) 20-25 Pf. . . .
derselbe ohne Kopf im Anschnitt 25-28 Pf. . . .
Seelachs 20-22 Pf., im Anschnitt 30 Pf.
Bratflundern (3 Pfd. 65 Pf.) 25 Pf.
Rotzungen 45-50 Pf.; **Schollen** 35-40 Pf.
Knurrhahn 25-30 Pf. pro Pfd.

Geräucherte Seefische:
Schellfische, schöner als Bücklinge, 30-35 Pf. pro Pfd.
Flandern 55-60 Pf., **Roche** (Ersatz für Stör) 50-60 Pf.
Seelachs 50 Pf., **Knurrhahn** 50 Pf. pro Pfd.

Marinierte Seefische:
Bratschellfische in Blechdosen
zu: 17 Pfd. 8 Pfd. 4 Pfd. und ca. 1 1/2 Pfd.
M. 3,75 M. 2,25 M. 1,30 M. 0,50

Fischkoteletts, gebr. und mariniert, in Blechdosen
zu: 17 Pfd. 10 Pfd. 8 Pfd. 4 Pfd. 2 Pfd. ca. 1 1/2 Pfd.
M. 3,50 M. 2,25 M. 2,00 M. 1,25 M. 0,75 M. 0,50

Bratschollen - **Bratknurrhahn**
8 Pfund-Dose M. 2,95 8 Pfund-Dose M. 2,95

Seecaal in Aspic, sehr fein!
Dosen 8 Pfd. 4 Pfd. 2 Pfd. ca. 1 1/2 Pfd.
M. 3,75 M. 2,00 M. 1,10 M. 0,75

Seeforellen in Aspic
Dosen 8 Pfd. 2 Pfd. ca. 1 1/2 Pfd. 1 Pfd. 1/2 Pfd.
M. 4,00 M. 1,10 M. 0,75 M. 0,60 M. 0,40

Fischsülze pro Pfund 60 Pf. und in Dosen
zu 8 Pfd. 4 Pfd. 2 Pfd. ca. 1 1/2 Pfd.
M. 3,50 M. 1,90 M. 1,10 M. 0,70

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee“**
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.
III. Filiale: Prinzenstrasse 30.
IV. Filiale: Nudaistr. 23, im Schlossischen Bahnhof.
Johs. Skorczyk
Generalvertreter.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Täglich: Abends 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
Große Ausstattungsposte mit Gefang
und Tot in 3 Akten.
Guido Thielscher, Paula Worm u. G.
Gerda Walde, Helmerding, Pauländer,
Boje, Wannovius. „Hab'n Sie nicht
den kleinen Cohn gesehen?“
Sonntag, 23. März, nachm. 3 Uhr,
keine Preise: Matilde. Schau-
spiel in 4 Akten.

Julius Fischer!
Weiß- u. Bayerbier-Total.
2. Wahlkreis, Zahlstelle 1.
Boeckstr. 7.
Vereinszimmer mit Piano zu
25 Personen. 3333

Café Schurig
Kaffee 10 Pf. Dresdenerstr.
Bier 125/20.

Honig! Unverfälscht, deutschen
Stamms, schöne
belle Tafelware, versch.
die 10 Pfunddose zu 6,50 Mk., 5 Pfd.
4 Pf. franko. Garant. Rück. Reelle
Bedienung zugesichert. 3566
E. Reil, Nordloh, Bahnh.
Auguststr. 10, Ostendg.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Möbel
Bürgerliche 3610L.
Wohnungs-Einrichtungen.
Großes Lager. • Billige Preise.
Langjährige Garantie.
Wilh. Lambrecht, Simeon-
str. 19.

Invaliden-
Fahrräder
(Kranke-
schlaffere)
mit Hand-
Fuß- oder
Motorbetrieb, für Fußgänger
jeder Art, ferner Krankenfahr-
stühle für Zimmer und Straße, fabrikt
als Specialität: **Vonit Krause,**
Fahrräderfabrik, Leipzig-Gohlis 24.
Katalog gratis. Großes Lager.

Achtung!
Morgen, Freitag, den 21. März, abends pünktlich 8 Uhr,
im großen Saal des Herrn Keller, Koppenstr. 29:
Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Milchring und seine Rettung durch den Millionär
Kommerzienrat C. Bolle, Moabit. Referent Herr Reichstag-Abgeordneter
und Stadtverordneter **E. Wurm.** 2. Die geplante neue Polizei-Ver-
ordnung für den Berliner Milchhandel.
Um recht zahlreiche Beteiligung bitten
Die Einberufer. J. A.: Wiesener. 287/8

Centralverband der Maurer etc.
(Zahlstelle Berlin.)
Am Freitag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über: „Das Handwerker-Gesch.“ 2. Beschlußfassung
über die Anschaffung einer Bibliothek. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Regen Besuch erwartet. 137/6
Die Verbandsleitung.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 23. März:
Uhr im Berliner Theater: 3. und 4. Abteilung:
2 1/4 Wilhelm Tell.
Es ist Pflicht der Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler. 225/13

Gesellschaft für Psychische Hygiene.
Freitag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
Königsbank, Gr. Frankfurterstrasse 117:
Reinhold Gerling
über:
Dirnentum und die Gesellschaft.
Gäste (Damen und Herren) zahlen 30 Pfennig Eintritt.
Der Vorsitzende: Rudolf Geis, Magnetiseur,
W. 57, Alvenslebenstrasse 6. 12-2, 4-3. Sonntags 11-1. 306/2

Cigarren-Händler
ersparen bis 10 Proz. durch direkten Einkauf nur abgelagerter
Cigarren von grosser renommierter Cigarrenfabrik. Tadel-
lose, in ca. 800 Special-Weichheiten, eingeleitete eigene Fabrikate. Auswahl
120 Sorten. Hervorragend leistungsfähig.
= Von 24-200 Mark nur rein überseeisch. =
Bei Etablierung sehr günstige Bedingungen.
Anfragen unter **G. B. Grop.** d. Bl. 306/2

Großer Möbelverkauf.
In meinem großen Möbelspeicher
und Lagerhäusern
Neue Königstr. 59
(nahe Alexanderplatz) stehen viele
Wohnungs-Einrichtungen, neue und
vielerlei gewasene, zum Schenken
sehr billigen Kundenkauf. Besondere
Gelegenheit für Brautleute wohl noch
nie dagewesen. Brautleute erhalten
ein Hochzeitsgeschenk gratis. Durch
große Gelegenheits-Einkäufe, Er-
sparnisse der Ladenmiete, ferner durch
Selbstherstellung sämtlicher Polster-
möbel und Dekorationen als Junungs-
meister bin ich im Stande, ganze Ein-
richtungen schon von 150, 200, 300
Mark zu liefern. Hochlegante
Ausstattungen von 1000 bis zu
2000 Mark. Ganz besonders zu
empfehlen ist der große Vorrat ver-
liebten genezier. und zierlicherer
Möbel, die fast noch ganz neu und im
Preis ganz bedeutend herabgesetzt
sind. Außerdem gratis und franco.
Rein Kaufswagen. Gelieferte Möbel
werden 3 Monate kostenlos aufbe-
wahrt, durch eigene Weispanne geteilt
und aufgestellt. Bitte genau auf
Hausnummer 59 zu achten.

**Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben**
Größte Auswahl in in- und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Reifkleider etc. werden
unter Garantie des guten Sitzes
zu überaus billigen Preisen
schnellstens angefertigt im Ausmaß
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Gesetzl. erl. Serie n-Lose.
Königl. Haupttreffer 1. März
300 000
178 500, 135 000, 120 000 etc.
Jedes Los ein Treffer.
Nächste Ziehung 1. April.
Monatl. Beitrag M. 3.- u. 5.50.
L. Johanneß, Apenrade 23.

**Jede Dame spart
Geld**
Nach beendeter Engros-Zeitung
verkaufte „Einzeln“ um zu räumen.

1 Posten Sommer-Jacketts
u. u. ohne Seidenfutter, groß 4-18
Stickerollungen „Neuholt“
„Wert bis 30 Mark“

1 Posten Blusen Eaton
„Modell-Jacketts“
chike jetzt 7,50-30
Neuheiten
„Wert bis 60 Mark“

1 Posten Sacco-Paletots
u. u. ohne Seidenfutter, groß 8-40
Stickerollungen, in all. Päng
„Wert bis 75 Mark“

Kinder- und Backfisch-Paletots
3 bis 10 Mark.

1 Posten Kostüme 10-20 M.
Rock u. Jacke gefüt.

1 Post. Golf-Capes
1 „Gummil-Mantel“ 4,50-18 M.
1 „Gummil-Capes“
„Wert bis 30 Mark“

1 grosser Posten Modell-Capes
Tüll, Seide, Tuch, franz. Applikation
zu jedem annehmbaren Preise.
„Wert bis 100 Mark.“

Engros-Lager! Enorme Auswahl!
Rein Laden!
Max Moscozytz,
Landsberger-Strasse 59, 1. Trepp.
(Am Alexanderplatz.)
Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.

Patentanwalt Dammann,
Horwitzplatz 57.
Ankunft bis abends neun. 3505/2

Central-Kranken- u. Sterbe-
caffé der deutschen Wagenbauer
(G. 5.)
Ortsverwaltung Berlin G.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 17. d. M., ver-
starb unser langjähriges Mitglied, der
Stellmacher
Joseph Schindler,
nach langer Krankheit im 45. Lebens-
jahre. Ihre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag, den 20. d. Mts., nachm. 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Busch-Kirch-
hofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
13076 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß Dien-
stag früh 1 1/2 Uhr mein lieber
guter Mann, der Restaurateur
August Tripke
an seinem 51. Geburtstag sanft
entschlafen ist. 13055
Berlin, 18. März 1902.
Die trauernde Witwe
Mathilde Tripke.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 21. März von der Leichen-
halle des St. Hedwigs-Kirchhofes,
Kantstr. 8, aus statt.

Central-Verband d. Zimmerer
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin, Bez. VIII.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied
Hermann Jänicke
am Montag, den 17. März, gestorben
ist. Die Beerdigung findet heute
nachmittags 2 Uhr von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes in
Weißensee, Falkenbergers Chaussee,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und die überaus
reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung unserer lieben Tochter
und Schwester
Frida
sagen wir allen Beteiligten unseren
tiefgefühlten Dank.
Familie Albrecht.

Local-Verband
der Stuccateure
Berlin und Umgebung.
Am Freitag, den 21. März, abends
8 Uhr, in **Wettins Salon** (Inhaber
Dietsch), Krammstr. 34:
Oeffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
1. Ursache der Erkrankung.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Bericht des Vorstandes.
4. Wahl des Ausschusses.
5. Beschlüsse.
Der Vorstand:
W. Röwer, Vorsitzender,
Eisackstr. 5.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Feldstr. 10,
über: „Die sogenannten unheilbaren
Männerleiden.“ Donnerstag, den
20. März, abends 8 1/2 Uhr, in **Reichs-**
Leichenhalle, Tennewitzstr. 13.
Nur für Herren! Eintritt frei!

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Donnerstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr,
im „Eiskeller“, Chausseestr. 88:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Einigungsverhandlungen mit den Genossen der
Schönhäuser Vorstadt. 2. Beratung und Beschlußfassung über die be-
stehende Anträge. 3. Bericht des Vorstandes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Recht zahlreicher Besuch erwartet.
Der Vorstand:
Den Genossen der Schönhäuser Vorstadt machen wir bekannt,
daß ich dort folgende Zahlstellen besitzen: **Augustin, Schönhäuser**
Allee 74; Otto, Tredestr. 22; Behrens, Fehrdammstr. 86,
Gele Chormerstr. 247/1

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Sonntag, den 23. März cr., abends 7 Uhr,
im Königstadt-Casino (Raddatz), Holzmarktstr. 72:
Vortrag des Rechtsanwalts **Victor Fränkl**
„Aus der Geschichte der Geheimgerichte.“
Nachher: **Gemütliches Beisammensein.**
Eintritt 20 Pfennig. (4/13) Garderobe frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, im **Palast-**
Theater, Burgstr. Nr. 22:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Delegierten-Erwählung zum Verbandstag. 2. Anträge zum Ver-
bandstag. 3. Bericht über die Situation bezüglich des Innungszwanges.
4. Anträge und Verhandlungsangelegenheiten. 51/5
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Männer-Vortrag
Freitag, 21., abds. 8 1/2, Andreadstr. 21. Höhe 20 Pf.
Naturecht und Verbrechen im geschlechtlichen Triebe
vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann, Naturheilverein „Reform“,**
Geschäftsstelle und Kuranstalt **Röpenickerstr. 72, 11-2, 6-8.**

Central-Verband d. Zimmerer
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin, Bez. VIII.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied
Hermann Jänicke
am Montag, den 17. März, gestorben
ist. Die Beerdigung findet heute
nachmittags 2 Uhr von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes in
Weißensee, Falkenbergers Chaussee,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und die überaus
reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung unserer lieben Tochter
und Schwester
Frida
sagen wir allen Beteiligten unseren
tiefgefühlten Dank.
Familie Albrecht.

Local-Verband
der Stuccateure
Berlin und Umgebung.
Am Freitag, den 21. März, abends
8 Uhr, in **Wettins Salon** (Inhaber
Dietsch), Krammstr. 34:
Oeffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
1. Ursache der Erkrankung.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Bericht des Vorstandes.
4. Wahl des Ausschusses.
5. Beschlüsse.
Der Vorstand:
W. Röwer, Vorsitzender,
Eisackstr. 5.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Feldstr. 10,
über: „Die sogenannten unheilbaren
Männerleiden.“ Donnerstag, den
20. März, abends 8 1/2 Uhr, in **Reichs-**
Leichenhalle, Tennewitzstr. 13.
Nur für Herren! Eintritt frei!

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Donnerstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr,
im „Eiskeller“, Chausseestr. 88:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Einigungsverhandlungen mit den Genossen der
Schönhäuser Vorstadt. 2. Beratung und Beschlußfassung über die be-
stehende Anträge. 3. Bericht des Vorstandes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Recht zahlreicher Besuch erwartet.
Der Vorstand:
Den Genossen der Schönhäuser Vorstadt machen wir bekannt,
daß ich dort folgende Zahlstellen besitzen: **Augustin, Schönhäuser**
Allee 74; Otto, Tredestr. 22; Behrens, Fehrdammstr. 86,
Gele Chormerstr. 247/1

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Sonntag, den 23. März cr., abends 7 Uhr,
im Königstadt-Casino (Raddatz), Holzmarktstr. 72:
Vortrag des Rechtsanwalts **Victor Fränkl**
„Aus der Geschichte der Geheimgerichte.“
Nachher: **Gemütliches Beisammensein.**
Eintritt 20 Pfennig. (4/13) Garderobe frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, im **Palast-**
Theater, Burgstr. Nr. 22:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Delegierten-Erwählung zum Verbandstag. 2. Anträge zum Ver-
bandstag. 3. Bericht über die Situation bezüglich des Innungszwanges.
4. Anträge und Verhandlungsangelegenheiten. 51/5
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Männer-Vortrag
Freitag, 21., abds. 8 1/2, Andreadstr. 21. Höhe 20 Pf.
Naturecht und Verbrechen im geschlechtlichen Triebe
vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann, Naturheilverein „Reform“,**
Geschäftsstelle und Kuranstalt **Röpenickerstr. 72, 11-2, 6-8.**

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Extra-Preise

Donnerstag
Freitag
Sonnabend:

Gardinen

Tüllgardinen Fenster 2 Chäl. 2,35, 2,90, 4,50
Mtr. 40, 55, 68, 80 Pf.
Erbsüll-Stores Lacet. Stella 8,25 u. 10,80
Spachtel-Stores 8,50, 10, 12,25
Kongressstoff glatt Mtr. 40, 50, 68 Pf.
gestreift Mtr. 45, 62, 80 Pf.
Englische Tülldecken 9, 18, 32 Pf.
Spachteldecken 40, 65 Pf. 1,10
Spachtel-Läufer 1,35, 2, 2,75
Vorhangstoffe
ca. 84 100 130 cm.
eröme Körper 45 u. 55 55 u. 68 75 u. 90 Pf.
altgold 75 85 Pf. 1,15 Mk.

Portieren

Portieren einfarbig mit Bordüre 1,95 u. 2,90 Mk.
Portieren mit Querstreifen 2,70 u. 5,50 Mk.
Portieren mit Blumen-Bordüre 3,85 Mk.
Garnituren mit Stickerei 2 Chäles ca. 100 cm br., m. Lambreg. 12,25
Plüsch- „ „ 14,50 u. 19,50

Läuferstoffe

60 bis 67 cm breit Mtr. 40, 58, 80 Pf.
ca. 90 cm breit Mtr. 80, 98 Pf. 1,25 Mk.

Decken

Divanddecken 7,50, 10,50, 11,75
Tischdecken modernes Blumenmuster 2,65 Mk.
Bortenbesatz mit Bordüre 4,10 Mk.
„ doppelseitig 5,60 Mk.
Plüsch-Tischdecken mit Bordüre 8,75
„ mit gestickten Ecken 12,25
Tuch- „ m. Stickerei u. Bortenbesatz 6,25 u. 8,20
Steppdecken türkisch gemustert 2,40 u. 3,40
„ Wollsatte 5,10, 6,40 u. 8,60
Atlas-Steppdecken Handarbeit 14,75
Baumw. Schlafdecken 1,45 bis 3,45
Woll. Schlafdecken 4,20, 5, 6,25

Teppiche

Axminster-Teppiche 7,20, 11,50, 16,75
Velour-Teppiche 15,25, 25,50, 39,50
Axminster-Teppiche 9,75, 15,—, 22,50
Brüssel-Teppichstoffe Mtr. 4,15 Mk.
Bosnia-Vorleger doppel-seitig 90 Pf. 1,45, 2,10 W
Axminster-Vorleger 1,90, 2,35, 3,40 Mk.
Tapestry-Vorleger 2,35, 2,55 Mk.
Velour-Vorleger 3,00, 5 Mk.

Eiserne Bettstellen

mit doppeltem Spiralfederboden 6,75 8,75 mit Sprungfeder-Matratze 20, 29 Mk.

Polster-Bettstellen

6,25, 7,50 mit Spiralfederboden 8,25, 10,25 mit Sprungfeder-Boden 15,25 Mk.

Zur **Ballsaison.** Für Vereine und Gesellschaften.
Cotillon, Masken, Zauber-, Scherz-Artikel, Damenspenden, Polonaise-Dekorationen.
Paul Schimlek, Festlichkeitsbedarf.
Tel. Vis. 11873. Berlin, Friedrichstrasse 235. 35031*

Wartung, Gewerkschaften!
Bureau f. Gewerkschaften, Kranken- kassen, mit sep. Eingang, f. billig zu vom Dragonerstr. 15. (1151b)

Dr. Simmel, Pflaizenstr. 59.
Spezialarzt für 11/13* **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wichtig bei Capitalsanlagen ist die
Berliner Finanz- und Handelszeitung
XIII. Jahrgang Berlin SW., Hasenplatz 4 XIII. Jahrgang
best informiert, dreimal wöchentlich erscheinendes Finanzblatt.
Anfragen der Abonnenten über in- u. ausländische Wertpapiere
werden im „Briefkasten“ eingehend beantwortet.
Abonnementpreis Mark 5,00 pro Quartal.
Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf
Verlangen gratis und franco zugesandt.

Man verlange ausdrücklich: [14/14]
Die „Friedensspitze“
resp. „Friedensspitze“.
Dieselben sind tatsächlich die besten Rauchrequisiten der Welt. (Aroma bleibt vollständig erhalten, während jede Nikotin- gefahr ausgeschlossen.) D. R. P. 105 197. 5 gold. Medaillen. Ueber 120 Muster. (In allen Sorten und allen Preislagen.) In Dresden- und Cigarrengegenden erhältlich. Aufträgen werden gratis und franco **E. Landfried, Dresden, Schomai 16.**

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
65 Waldparzellen, nahe am See, hundertjähriges Bestockung, Quadrat- meter 12 Acker, verkauft f. 50000,-
Landsparzellen, gesunde Lage, kein Baumw. 600 Acker, günstige Zahlungsbedingung, verkauft die Landesverwaltung Blumenstraße 151.
Gardinenhaus Große Frankfurter- straße 9, partiere. 157*

Wässhmaschinen. preiswerteste Be- zugsaquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort. Postkarte genügt. Land- bergestraße 82*, Rosenfelderstraße Nr. 60/61. 789*

Möbel-Verkauf. Beim Antiquar- tor Otto Hilde, Bödenstraße 25 (Bühnenstraße), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Boden- säulenmensch 30,00, Salonteppiche 20,00, Plüschteppiche 8,00, Plüsch- schränke, Salongarnituren, Panee- lofen, Kuchentische, Plüsch-, Dreifü- ßige, Plüschschränke, Salontische, ge- heilte Uebergardinen, Divanddecken, Stores, Steppdecken, Salontische, Plüschschränke 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefastet lagert ungenügend. 1035*

Laubenhaut! Rantholz, Bretter, Patten, Reifen, Leisten, Fenster, Dachpappe, Teer, blaug. Kottbaler Domn 22. 2265*

Papageienwahl. Kanarienvögel, kräftige Jungvögelchen, Geflügel 1,50, Buchfinken, Singsänger, Heidevögelchen. Richter, Oranienstraße 87. 12009*

Recke Singermaschine und Schnell- nader (Konzeption) ausnahmsweise billig (Garantie). Koch, Roßb., Bremerstraße 67. 1312b

Altes Sofa (guter Federboden) verkauft billig Behne, Vorstehstraße 8. 1312b

Gerrenfahräder. verkauft, Plandhaus Alexandrinstraße 73. 1309b

Nähmaschinen. verarbeitete, Pland- haus Alexandrinstraße 73. 1309b

Kinderwagen billig, Berner, Alexandrinstraße 73. 1310b

Refraktion verkauft Wrongel- straße 68. 1314b

Kinderwagen verkauft Hilde- brand, Rosenstraße 46. 1308b

Milchgeschält. altes, eigne Ver- arbeitung, billig verkauft, West- straße 12. 1302b

Grüncampgeschält verkauft, Fried- richstraße 10. 1412*

Sortimentshaber Wirtschaft, Post- straße 30, II. recht.

Fahrräder. verarbeitete, grobartige Auswühl in sämtlichen Marken und Systemen, Brennradräder, Dreifü- ßer, gebrauchte und neu, Opelräder, Motorräder, also Qualitätsmaschinen ersten Ranges, Rennräder, leichte Straßenrenner in schnellster Aus- rüstung, Radfahrer, Damenräder, einige Luxusmodelle, alles spottbillig verkauft, Fahrrad-Verkauf, Neue Schönhauserstraße 11. 114/18

Reifenhandlung. Stoffe zu An- schafen, Korkmatten, Knabenanzüge, Joden, Hosen, Schen und billig. Widenau, Cornuferstraße 30, Lieferant des Konsumvereins Südost. 1818b

Leinwand 17 sind Hohlkäufe zu verkaufen. 1319b

Metallbettstellen. hochelegant, mit Vollerhöhung, Koffen, Fuß- rollen 50,00, Klappst., Pfingstraße 17, Quergebäude. 114/16

Vermischte Anzeigen.
Rechtbureau. Teltomerstraße fünfundsiebzig, Eingabengeld, Kate- rteilung. 991*

Rechtbureau Hüblich, Andrad- straße dreihundsechzig, Rechtshilfe, Kate rteilung. 1277*

Unfallfachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen Puyger, Steglitzer- straße 66. 810*

Union Bahnstehen, Brunnen- straße 42. Jährlich 9000 verschickte Patienten. Dr. dental surgery Hüblich. 441b

Kunstschreier von Frau Rodow, Stummestraße 48, Quergebäude hoch- partiere. 1312b

Polsterung. Matratze 5,00, Sofa 6,00, Koffer, Neue König- straße 2. 1221b

Fahrräder repariert billige Zimmer, Andradstraße 70. 1255b

Wahrung! Jeder Käufer erhält auf 1 Pfund Margarine, Koffee oder Kakao ein Geschenk zu Pfingstraße 12, Ecke Lindowstraße. 1098*

Blutreinigung! Wer sich über diese nachlose Kaufartikel unter Zeit unentzünden will, verlange die Blut- säure des Weltbundes gegen Blut- reinigung, welche ungenügend verendet werden vom Tierärztlichen Verein, Köpenickerstraße 108. Dasselbst können auch Proben für Beiträge in Arbeitervereinen über Blutreinigung be- stellt werden. Um günstigen Abdruck wird gebeten. 161b

Schiffhafen. alte Möbel lauffe, Bogard, Andradstr. 57. (1027*)

Goldfäden. Silber, Platin, Zahn- gefälle lauffe Schmuckerei Brunnen- straße 137. 1209b

Kaufe Flugtauben, zahl 60 bis 70 Pfennig, sowie Hühner jeder Art, weiße Hühner, Papageien, Kanarienvögel. Hofmann, Reichenbacher- straße 64, Laden. Bitte genau auf Namen und Straße achten. 1311b

Kanarienvögelchen. Hochholzer lauff Vogelhandlung, Hiltnerstraße 6. 1419*

Altes Wien. Glas und Boden- geschloß lauff Karl Tobing, Hiltner- straße 64. 1419*

Steuerberatung! Schöffengericht, Unfallberatung! Geschäftsbesorgung, Interventionen, Jurisprudenz! Ein- gabengeld, Kate rteilungen! Dier- straße 35. 1424

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, Decen oder Damen, Friedrichstraße 9, Quer- gebäude partiere rechts. Rayat

Möblierte Stube. separater Ein- gang, Herr, 1. April, Franke, Hiltner- straße 130. 740

Schlafstellen.
Zahnhalle, zwei Herren, Grüner Weg 103, vorn, Frau Weich. 749

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Buchhalter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geachtet, werden abgeholt und unentgeltlich zurück- geliefert. Adresse: Pulandstraße 27, A. Güler.

Zuverlässiger Buchhalter empfiehlt sich zur fundierten Führung der Bücher; von 2-6 nachmittags, Sonntag, Diefenbachstraße 19. 1317b

Stellenangebote.
Soubrette. 14 Jahre, Blau, Rastanien-Allee 54, Hof II. — Abends 7 Uhr. 49b

10 Unterrod-Garniererinnen verlangt, Krüger, Kottbuserstraße 63. 1301b

Junges Mädchen für kleinen Haus- halt verlangt Hummelburg, Schiller- straße 21, partiere III. 1079b

Karton- Arbeiterinnen verlangt, Guban Grune, C. Grünstraße 17/18. 700*

Dienstmädchen verlangt, Reser- vation Park, Sophienstraße 11, 70 Thaler. 700*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung! Achtung!
Modelltischler!
Von der Union, Elektrizitäts- Gesellschaft, Moabit, sowie von der Firma Ludwig Löwe, Maschinenbau, Eckert, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Friedrichsberg, und Schrepp, Berliner Möbelabrik, Rastanien- Allee, Jachmann, Glengischer, verfertigte Futtenfrage, sind stän- dige Modelltischler ausgespart. Den Modelltischler Kunkholz, Oranienstr. 25, Dietrich, Gausche- straße 62, und Garde, Wasserthor- straße 30, sind Aufträge aus der „Union“ zugegangen.
Zuzug fernhalten!

Lokales.

Die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule, wie sie der bekannte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten fordert, hat unter den freisinnigen der Stadtverordneten-Versammlung doch immer noch manchen Gegner, der seinen Widerstand bis zum äußersten fortzusetzen entschlossen ist. Der Antrag war bereits Anfang Februar eingebracht worden, seine Beratung wurde aber von einer Sitzung auf die andre verschoben und dann auf Vorschlag der „Alten Linken“ schließlich bis nach Beendigung der Stadtberatung zurückgestellt, so daß sie zeitigstens in der Woche nach Ostern erfolgen kann. Der Redner der „Alten Linken“ begründete diesen Vorschlag mit der Wichtigkeit des Gegenstandes, die „eine eingehende Beratung und Prüfung“ notwendig mache. Einzelne seiner Fraktionsfreunde äußerten aber für die Vertagung noch ihre aparten Gründe gehabt haben. Es mag sie bedrückt haben, daß der sozialdemokratische Antrag, der ja seit 1891 wiederholt eingebracht worden ist, diesmal voraussichtlich bei weitem nicht mehr so viel Widerstand wie früher finden wird, und daß jetzt mit einiger Wahrscheinlichkeit auf seine endliche Annahme zu rechnen ist. Um zu retten, was etwa noch zu retten ist, wird nun die Zwischenzeit zu dem Versuch benutzt, in den freisinnigen Bezirksvereinen gegen die obligatorische Fortbildungsschule Stimmungen zu machen.

Was dabei zur Belämpfung dieser Forderung vorgebracht wird, das ist natürlich nur die alten abgebrauchten, durch die Erfahrungen anderer Städte längst widerlegten Einwendungen. Die kommunalen Freisinnlichen finden aber — das muß als bemerkenswert hervorgehoben werden — mit dieser gegen die obligatorische Fortbildungsschule gerichteten Agitation jetzt bei ihren eignen Parteigenossen sehr viel weniger Gegenliebe als in früheren Jahren. Der schlaue Plan, noch in letzter Stunde die Bezirksvereine mobil zu machen und durch sie einen Druck auf den einen oder den anderen der freisinnigen Stadtverordneten auszuüben, wird da doch wohl zu Wasser werden. Die Einsicht, daß der Fortbildungsschulzwang nicht länger zu umgehen ist, hat sich selbst in der kleinbürgerlich-rückständigen Gesellschaftsfraktion, aus der sich der Mitgliederbestand der freisinnigen Bezirksvereine rekrutiert, in der letzten Zeit immer mehr Bahn gebrochen. Man fängt wieder an, sich daran zu erinnern, daß die obligatorische Fortbildungsschule eigentlich „eine alte liberale Forderung“ ist. Wenn der in der Berliner Kommune herrschende Freisinn diese seine „eigne“ Forderung — dem Drängen der Sozialdemokratie nachgebend — endlich erfüllt haben wird, dann werden wir wahrscheinlich zu hören bekommen, daß es einzig und allein der Freisinn ist, dem Berlin die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule und den dadurch bewirkten Aufschwung des Fortbildungsschulwesens zu danken hat.

Die gesamten Anleihegeschulden der Stadt Berlin betragen 878 Millionen Mark, davon sind bis jetzt rund 81 Millionen Mark getilgt worden, so daß Ende dieses Monats eine Anleiheschuld von rund 297 Millionen Mark vorhanden war, die auf Ausgaben für die Kanalisation, die Wasserwerke, die städtischen Wärfhallen, die Gas- und Wasserwerke, den Central-Vieh- und Schlachthof und andre städtische Unternehmungen, wie für den Urkohlenhof, die Herstellung fester Brücken, das Dienstgebäude des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz, die Jreuz- und Kranenhäuser, für das Dammmühlengebäude und die öffentlichen Straßen, z. B. Kaiser Wilhelmstraße beruhen.

Der Etatsanschlag der Stadtverordneten-Versammlung lehnte in seiner gestern abgehaltenen Sitzung den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Einkommensteuerstufe für Einkommen von 600—900 M. nicht zu erheben, ab. Ein Ezentualantrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, den Magistrat aufzufordern, vom Etatsjahre 1903 ab diese Stufe nicht zu erheben, wurde gleichfalls abgelehnt.

Der neue Schul-Lehrplan soll nach diesigen Blättermeldungen vom Kultusminister nicht genehmigt worden sein. An zuständiger Stelle ist, wie magistratsamtlich mitgeteilt wird, hierüber noch nichts bekannt. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß der Minister den von seinen Räten angeordneten und von ihm schon gebilligten Plan nachträglich nicht genehmigen wird; es wird sich vermutlich nur um einige unwesentliche redaktionelle Änderungen oder um eine andre Bezeichnung der oberen Ia-Klasse handeln.

Das neue Müll-Beseitigungsverfahren der Gesellschaft „Puritas“ wurde gestern, Mittwoch, in den Geschäftsräumen der letzteren einem Kreise geladener Personen vorgeführt. Die „Puritas“ hat sich die Aufgabe gestellt, die Frage der Müllabfuhr, wie der Müllbeseitigung nicht nur vom sanitären, sondern auch vom ästhetischen Standpunkte aus zu lösen. Ihre patentierten Einrichtungen bestehen darin, daß in einem metallenen Ständergefäße ein großer Saug aus imprägniertem Stoff aufhängt ist, in dessen Innern sich ein vieredriger Metallring ohne Boden und Deckel befindet, der in Verbindung mit der eisernen Bodenplatte einen feuer- und wasserfesten Aufbewahrungsraum bildet. Bei der Abholung der Säcke werden diese durch einen eisernen Deckel geschlossen und beanspruchen nun auf dem sehr sinnreich konstruierten Transportwagen wenig mehr Raum und Gewicht, als durch ihren Inhalt bedingt ist. Es lüftet ein, daß dadurch an unnützer Last gespart und Raumbeschwendung vermieden wird, da bei der jetzigen Müllabfuhr die schweren Säcke mitgeschleppt werden müssen, gleichviel, ob dieselben ganz oder nur teilweise gefüllt sind. Das Hauptgewicht ist aber zweifellos auf die durchaus laudable Art dieses staubfreien Systems zu legen, das eine nur einmalige Entleerung der Säcke, nämlich in der von Berlin 25 Kilometer entfernten Müll-Aufbereitungsanstalt erfordert. Die letztere erläuterte Ingenieur Maschke an einem größeren Modell. Der Betrieb ist so gedacht, daß der mittels Eisenbahn in den Originalsäcken herausgeschickte Müll in die noch brauchbaren und die wirksamen Bestandteile getrennt und nach erfolgter Desinfektion teils für industrielle, teils für landwirtschaftliche Zwecke verwendet wird. Die Säcke werden natürlich nach der Entleerung gereinigt, ebenso sollen die auf den Säcken befindlichen Ständergefäße durch besondere Angestellte stets sauber gehalten werden.

Von den Eisenbahnern. Man schreibt und: Für die Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten ist jetzt soeben eine neue Verfügung über die Feier von Kaisers Geburtstag erlassen worden: In den Vorjahren waren die Werkstätten an dem Geburtstage des Monarchen den ganzen Tag geschlossen und die Arbeiter bekamen eine kleine Lohnentschädigung dafür. Das neue Verbit besagt nun, daß der Geburtstag des Kaisers nur noch nachmittags gefeiert wird; von einer Vergütung der freien Zeit ist aber nichts anzugeben, und so haben auch in diesem Jahre die Arbeiter für den freien Nachmittag keine Lohnentschädigung erhalten. Die Hauptwerkstatt Tempelhof hatte durch weberigen Anschlag den Arbeitern noch versprochen, den freien Nachmittag an Kaisers Geburtstag in Lohn zu vergüten. Sind die Eisenbahn-Arbeiter nicht schon gerade genug geschädigt worden durch in letzter Zeit stattgehabte Lohn-Reduzierungen? Nichtsdestoweniger postet man schon wieder auf neue an den Freigebigkeitssinn der Arbeiter, indem an sie ein Aufruf erlassen ist, bezugnehmend zur Gründung eines Frauenfonds für erwerbsfähige Töchter des Beamten und Arbeiters. Dieser Aufruf spricht von dem

„Schweren Kampf ums Dasein“, denen diese erwerbsfähigen Töchter ausgesetzt sind. Aber aus Anlaß des „Schweren Kampfes“ der Werkstätten-Arbeiter, die täglich zehn Stunden an diesem vor Schmutz und Schmiere strotzenden Betriebsmaterial herumarbeiten, verkauft man seinen ergreifenden Aufruf, der die Aufbesserung der Löhne, die Kürzung der Arbeitszeit bezweckt. Es sei noch bemerkt, daß am Schluß des Aufrufs in warmen Worten des vergangenen Geburtstages Seiner so wohlwollenden, arbeiterfreundlichen Exzellenz v. Thielen gedacht wird.

Das Befinden des Professors Rudolf Virchow ist sehr zufriedenstellend. Der Patient kann schon ohne jede Hilfe im Zimmer umhergehen und zeigt die befriedigender Nachtruhe und Schlaf leidlich guten Appetit. Die Heilung hat sehr gute Fortschritte gemacht.

Als ein Mißstand wird es empfunden, daß sich der Verkehr des Publikums auf den Standesämtern nicht gleichmäßig auf die einzelnen Geschäftstage verteilt. Ein großer Teil des Publikums hat die Gewohnheit, das Standesamt in der letzten Stunde aufzusuchen in der Meinung, daß die Abfertigung dann rascher erfolgt. Hierdurch erwachsen erhebliche Unzuträglichkeiten nicht nur für die Geschäftsführung, sondern auch für die Beteiligten selbst, die auf ihre Abfertigung recht lange warten müssen. Es wird den Beteiligten empfohlen, den Gang zum Standesamt nicht bis zur letzten Geschäftsstunde aufzuschieben. Die Geschäftsstunden der Standesämter sind gegenwärtig an den Wochentagen auf die Zeit von 9 bis 12 Uhr, an den Sonntagen nur zur Anmeldung von Sterbefällen auf 11—11 1/2 Uhr festgesetzt.

Durch die Explosion einer Granate wurde gestern Nachmittag in der Döllbergstr. 6 großes Unheil angerichtet. Zwei Personen erhielten dabei lebensgefährliche Verletzungen, so daß sie mittels Krankenwagens nach der Charité gebracht werden mußten.

In dem Keller des bezehneten Hauses wohnt der Manner Hollnack mit Frau und vier Kindern. Die Frau betreibt ein Produktengeschäft und handelt auch mit alten Eisenwaren. Unter einem Posten Eisen, dessen Gewicht noch nicht festgestellt, befand sich nun auch eine etwa 15 Pfund schwere Granate, ein sogenannter Blindgänger, der jedenfalls von einem Artilleriebeschleßplatz stammt. Von dem gefährlichen Charakter des Geschosses nicht unterrichtet, machte sich nun Frau Hollnack daran, auf dem Küchentische den Weimantel der Granate abzukleimen. Während sie unmittelbar neben dem Herd sah und Kartoffeln schälte, explodierte das Geschoss unter gewaltiger Detonation. Der Köcherbrenner wurde auseinandergerissen und seine Teile flogen nach allen Richtungen. Das ganze Haus zitterte und selbst in den obersten Stockwerken stürzten Möbelstücke übereinander. Die erschreckten Hausbewohner lauden Frau Hollnack blutüberströmt am Boden liegen. Ihre ganze linke Gesichtshälfte war entsetzlich zerfleischt. Auch ihr 11jähriger Sohn Ernst, der sich im Augenblicke der Explosion in der Küche befand, hatte schwere Verletzungen am Kopfe und an den Armen davongetragen. Weide wurden auf Veranlassung der Polizei nach der Charité gebracht. Die Mutter ist noch nicht vernunftfähig. Zwei kleine Kinder, die sich in dem hinter der Küche liegenden Salsraum befanden, kamen ohne Verletzungen davon. Das explodierte Geschoss ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Es hatte glücklicherweise seine Kraft hauptsächlich nach unten entwickelt und ein tiefes Loch durch den Herd in den Fußboden geschlagen. Die geretteten Kinder hat die Portierfrau des Hauses einwickeln in Pflege nehmen müssen, bis die Polizei für ihre Unterbringung gesorgt hat, da der Vater anscheinend dazu nicht in der Lage ist.

Wegen des Gattenmordversuches nahm gestern, Mittwoch, der Untersuchungsrichter auf dem Grundstück Krausnickstr. 24 eine eingehende Befragung der Schillingischen Gast- und Wohnräume vor. Frau Schilling wurde deshalb von zwei Kriminalbeamten mit einer Drohsche aus dem Untersuchungsgefängnis geholt, um ihre Behauptungen an Ort und Stelle zu erläutern und ihrem Mann gegenübergestellt zu werden. Sie bestritt auch jetzt wieder, die Absicht gehabt oder den Versuch gemacht zu haben, ihren Mann zu töten. Dieser hat sie, die Wahrheit zu sagen. Wenn jemand sie zu dem Mordversuch verleitet habe, so werde er ihr alles verzeihen, wenn sie die Wahrheit bekenne. Die Frau blieb aber dabei, daß niemand sie beinflusst und daß sie nichts gegen das Leben ihres Mannes unternommen habe. Dagegen beschuldigt sie ihn, sie mißhandelt zu haben, und deshalb habe sie ihn verlassen wollen. Schilling seinerseits stellt jede Mißhandlung in Abrede und andre haben auch nichts wahrgenommen. Auffallend war, daß Schilling ohne vorherige Bekundung nicht erwartet sein sollte, als seine Frau Wäsche und dergleichen aus dem Schlafzimmer und sogar aus ihrem Bett heransholte. Da trat nun die Frau bei der Ortbesichtigung mit einer neuen Behauptung auf. Sie sagt jetzt, sie habe alle Sachen schon am Sonnabend aus den Spindeln herausgeholt, zusammengepackt und im Wohnzimmer zum Wäschewaschen verborgen. Um hierzu eine Gelegenheit zu haben, habe sie ihren Mann zum Einkaufen nach der Markthalle geschickt. Am behauptet aber Schilling und beweist durch Zeugen, daß er am Sonnabend seine Wirtschaft gar nicht verlassen hat. Es würde aber auch kaum möglich sein, die Sachen in der Gaststube zu verbergen. Die Beschuldigte schiederte dann weiter, wie sie vorgegangen sei. Nur das Dedbett habe sie müssen liegen lassen, damit ihr Mann nichts merke. Als er dann geschlafen habe, sei sie rasch noch einmal in die Schlafstube gegangen, um auch das Dedbett noch zu holen. Die Schlüssel zu den Spindeln habe sie aus Verrechnung mitgenommen. Sie habe sich gedacht, wenn ihr Mann ihr Verlocken merkt, so werde sein erster Gedanke den Sparskasten öffnen. Wenn er die nicht finde, so werde er auf die Sparskassen laufen, um das Abheben des Geldes zu verhindern. Fehlt die Schlüssel, so verlor er Zeit, indem er erst durch einen Schlosser mühe öffnen lassen. Diese Rechnung war richtig, nur daß Schilling nicht erst am Montag früh, wie seine Frau angenommen haben will, erwachte, sondern schon nach einer Stunde von seinem Hunde geweckt wurde. Wenn aber Frau Schilling fürchtete, daß ihr Mann ihr bei der Sparskassen zuvorkommen werde, so ist es doch merkwürdig, daß sie nicht gleich am Montag morgen so bald als möglich das Geld abhol, ja überhaupt gar nicht den Versuch machte, es zu bekommen. Ein Blick für Schilling ist es gewesen, daß der Ventilator seiner Gaststube aufstand. So konnte eine Menge Gas abströmen, das sonst im Schlafzimmer geblieben wäre, und es erklärt sich auch, daß es zu keiner Explosion kam, obwohl eine Petroleumlampe brannte. Daß die Explosion auch dann ausblieb, als Schilling später eine Gasflamme anzündete, ist auch nicht anfallend. Er hatte da schon das Fenster geöffnet und eine Weile geoffen, um sich zu erholen. Die Widerstandskraft des Mannes zu brechen, dazu genigte auch schon eine geringere Gasmenge, da Schilling sich in seinem früheren Beruf als Maler eine Weisvergiftung zugezogen und sein Nervensystem zertrütert hat. Die Ortbesichtigung dauerte bis 2 1/2 Uhr. Dann wurde Frau Schilling von den Kriminalbeamten mit der Drohsche nach Moabit zurückgebracht. An der Gastwirtschaft hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt.

Zur besseren Einsicht ist die 23jährige Schlosserfrau Martha Hinzke gelangt, die, wie vor einigen Tagen berichtet, die Wohnung ihres Gatten mit ihrem zweijährigen Söhnchen verlassen hatte, angeblich um sich und ihr Kind zu verhaften. Ein Brief der Verlassenen ist bei dem Gatten eingelaufen, in dem sie schreibt, Dinge solle sein Geld lieber für andre Dinge, als für Kaufschiffe ausgeben. Er möge sich keine Hoffnung machen, daß sie zu ihm zurückkehren werde, aber sich auch nicht einbilden, daß sie seinerwegen in den Tod gehen werde. Trotz aller Nachforschungen ist es bis jetzt dem Gatten nicht gelungen, den Aufenthalt der Frau zu ermitteln. Er nimmt an, daß sie sich, da sie eine geschickte Aquarellmalerin ist, mit ihren Kinde durch Malen ernährt.

Zu dem Selbstmord und Mordversuch in der Krudtstraße wird weiter mitgeteilt, daß der 74 Jahre alte pensionierte Schumann Ernst Krenz die furchtbare That in einem Anfälle geistiger Umnachtung verübt habe. Seine Schwiegertochter, die 32jährige Frau Krenz, hatte niemals die Annäherungsversuche des alten Mannes ernst genommen. Er war seit 18 Jahren pensioniert und lebte bis vor einem halben Jahre noch zusammen mit seiner Frau, die im Oktober vorigen Jahres starb. Krenz war 17 1/2 Jahre lang in Militärdiensten und gehörte mehr als 18 Jahre der Berliner Schumannschaft an. Was das Befinden der schwererkranken Frau Krenz anbetrifft, so steht zu hoffen, daß sie am Leben erhalten bleiben wird. Die beiden ersten Schüsse hatten sie gestreift und unerhebliche Wundschürfen verursacht. Die Entfernung der dritten Kugel, die die schwere Verwundung herbeiführte, wird, sobald der Zustand der sehr angegriffenen Patientin es gestattet, durch operativen Eingriff versucht werden.

Totgefahre wurde Dienstagmorgen auf der Ede Königs- und Klosterstraße der 73jährige Dienstmann Erdmann Voigt. Der alte Mann wollte den Strahndamm überqueren, als ihn ein Omnibus untnarf und überfuhr. Er erlitt mehrere Arm- und Beinbrüche und wurde halb tot nach einem Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb.

In einem Unfall von Geistesgestörtheit verunglückte sich der 29 Jahre alte Tischler Oskar Märtling aus der Döllbergstr. 27 zu erschießen. Der Mann, der verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von 1 und 5 Jahren ist, war im September und Oktober fünf Wochen in der Irrenanstalt Herzberge und wurde auf Wunsch der Frau als gebessert entlassen. Bis zum vergangenen Sonnabend arbeitete er ganz ruhig in einer Wauschlererei. Dann hörte er auf und zeigte alle Sympten des Verfolgungswahnsinn. Während seine Frau mit den Kindern bei Verwandten in der Preizlaner Allee war, schoß sich der Kranke mit einem Teschin in die Brust. Ein Arzt ließ ihn gestern in eine Anstalt bringen.

Anlässlich des Ausscheidens des im Bureau des „Verbandes der städtischen Arbeiter“ beschäftigten Gewerkschaftsbeamten E. Damms sind Gerüchte entstanden, die jener Ausscheidung irgend welche unlaute Motive unterschrieben. Dem gegenüber wird uns von berufener Seite mitgeteilt, daß der Ausritt Damms, der sich inzwischen wieder eingefunden hat, ein freiwilliger war und durchaus ordnungsmäßig vor sich gegangen ist.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Das Thema der heutigen Vorträge lautet: Hals, Nase und Ohr. Der Besuch ist jedermann dringend anzuraten. — Die Vorträge finden statt heute Donnerstag, den 20. März, in den Schulaulen Alsterstr. 4/5, Schönhauser Allee 166, Gneisenaustr. 7, Stephanstr. 27 und Schöneberg, Feuerstr. 62/63. Vortragende sind die Herren Doktoren A. Schönfeldt, Alfred Vrad, Gustav Lemhoff, Georg Rosenthal und Max Maschke. Beginn präzis 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Das Casino-Theater in der Lothringerstraße müht sich verthlich, mehr und mehr das „Vollständ“ zu spielen. Jetzt hat diese Bühne eine alte Geschichte von Julius Stinde „Ihre Familie“ neu aufgeführt. Das Stück ist geschrieben worden zu einer Zeit, wo man von allem, was die moderne Bühne ausmacht, noch keine Ahnung hatte; die auftretenden Personen sind die bekannten Typen, die dermaleinst jeder Lustspiel-Fabrikant aus Lager hielt. Traten sie rein als Spohnmacher auf, so hieß das Stück ein Schwan, war der Handlung ein Schuß Nährigkeit beigemischt, so hatte man es mit einem Vollständ zu thun. Ist „Ihre Familie“ nun auch die verkörperte Anspruchseligkeit, so interessiert daran doch eine Gestalt, von der man sagen kann, daß sie dem Leben abgelaugt ist. Es ist dies der alte ehrliche Krüger, der Mann, der sorgsam jeder Arbeit aus dem Wege geht, sich als Faulpelz und Trunkenbold von seinen Kindern durchschleppen läßt und jeden, der ihm in den Weg kommt, eine Ladung Moralprediken ins Gesicht wirft. Diese Gestalt wurde von Herrn W. Richter ganz prächtig dargestellt. Was sonst die Handlung betrifft, so baut sie sich als wundervolles Märchen auf; ein unendlich tugendhafter Baron ist in eine unendlich tugendhafte Ballettdame verliebt. Das Paar heiraetet sich und wird von der abestolzen Mutter verstoßen. Dann muß der teure Gatte in den chinesischen Krieg, wird totgefaßt und kehrt schließlich unverwundet in die Arme der verelendeten Gattin und der wiedervereholten Mutter zurück. Die Damen Hinzler und Behle, sowie die Herren Wendt, Lättke und Berg verhalten dem Stück mit Eifer zu Ansehen.

Die im Berliner Aquarium vorhandenen beiden Exemplare einer zum erstenmale hier vertretenen afrikanischen Fischgattung lassen nach der eben überhandenen Häutung ihr wirksames Farbenspiel erkennen und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man sie zu den farbenprächtigsten Reptilien zählen muß. Die Farbentöne und Zeichnungen erzeugen eine der prächtigsten Toppidmuster und es ist doppelt bemerkenswert, daß in einer solchen bescheidenen Hülle ein so heimtückisches Wesen sich birgt. Die Farbabwechslungen und Abgrenzungen lassen sich kaum mit Worten wiedergeben. Der Grundton ist ein tiefes Kastanienbraun; auf der Rückenmitte hin läuft ein Zeichensstreifen, der abwechselnd aus sanduhrförmigen dunkelbraunen, rot und gelblich eingefassten Flecken und großen länglich vierseitigen, fleckartigen Flecken besteht; nach den Seiten hin ist dieser Mittelstreifen eingelöst von einer gelblichbenarzig sich windenden hellen Längsbinde, und die Seiten selbst erscheinen mit großen rundlich-viereckigen Flecken, von gelblichweißen Querband durchzogenen Flecken und hellbraunen, heller gefärbten Dreiecken gezeichnet; in dieses Hauptmuster fügt sich Rotel, Zibel und Ocellen mancherlei Art ein. Diese Art Buffotter (Bittia) erhebt sich also hinsichtlich der Farbenschönheit weit über die gewöhnliche, ebenfalls hübsch gezeichnete Buffotter, welche letztere ausschließlich im Berliner Aquarium vorhanden war.

Feuerbericht. Mittwoch früh gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach der Landsbergerstr. 15 gerufen, um einen Brand in einer Backstube abzuschlagen, der den Fußboden und die Wallelage ergriffen hatte. Dienstagabend kurz nach 10 Uhr mußte in der Kleinen Alexanderstr. 12/13 ein Kellerbrand beseitigt werden, während in der Schlagerstr. 104 in einer Wohnung durch Umfallen einer Petroleumlampe Möbel und Kleidungsstücke Feuer gefangen hatten. Nachmittags waren in der Prinzenstr. 89 Hodelspähne vor einem Ofen in Brand geraten. Aus der Kononierstr. 17 wurde später ein Schalenbrand in einem Keller gemeldet. Außerdem hatte die Wehr noch im Laufe des gestrigen Tages Alarmierungen von der Dresdenerstraße 76, Schiffbauerdamm 30, Mühlenstr. 41 und Weberstr. 1/2 zu verzeichnen. In allen Fällen handelte es sich jedoch nur um unbedeutende Anlässe.

Aus den Nachbarorten.
Schöneberg. Die Stadtverordneten-Sitzung am Montag hatte sich diesmal nur mit wenigen wichtigen Gegenständen zu beschäftigen, nachdem endlich in der letzten außerordentlichen Sitzung am Freitag der Etat fertiggestellt war. Zunächst erfolgte die Einführung des im vierten Bezirk in der Ergänzungswahl gewählten Stadtverordneten Genossen Karl Pauser, der vom Vorsteher mit der üblichen Ansprache verabschiedet wurde; die Zahl unserer Vertreter im Kollegium ist somit auf fünf gestiegen. Sodann wurde die Vorlage des Magistrats betreffend Verbreiterung der Alkaziensstraße, Ede der Hauptstraße, woselbst schon viele Unzuträglichkeiten und Unfälle hervorgerufen wurden, nach einem Angebot der Gewaltschen Erben gegen Entschädigung von 10 000 M. angenommen. Zur Regulierung des abzutretenden Teils des Grundstücks wurden 15 000 M. bewilligt.
Der Etat für 1902 schließt ab mit 8 568 591 M.; davon entfallen auf den Etat der allgemeinen Verwaltung 30 002 M. Einnahme, 891 830 M. Ausgabe. Kapital und Schuldzinsen 7850 M. (838 039 M.), Grundsteueretat 12 640 (4648 M.), Steueretat 3 082 680 M.

216 250 M.), Schuletat 185 760 M. (824 475 M.), Armenetat 67 675 M. (257 520 M.), Desinfektionstat 1500 M. (4290 M.), Banetat 178 986 M. (300 082 M.), Straßen- und Verkehrsstat 227 701 M. (234 187 M.), Verschönerungstat 805 M. (42 998 M.), Feuerlöschetat 2750 M. (116 133 M.), Friedhofstat 24 830 M. (10 073 M.), Etat der außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben 4 732 482 M. Beim Feuerlösch-Stat hatten unsere Genossen beantragt, die für einen Dirigenten des Gefangenschors der Feuerwehrgenossenschaft eingestellten 100 M. zu streichen, da für solche Zwecke Gelder von der Kommune nicht herangezogen seien. Mit demselben Recht könnten dann auch andre Kategorien der städtischen Beamten oder Arbeiter eine solche Vergütung beanspruchen. Etwas anders wäre es, wenn es sich um Erhöhung der Lohnverhältnisse der Feuerwehrgenossenschaft handelte. Natürlich wurde unter den üblichen Phrasen der Antrag gegen unsere 6 Stimmen abgelehnt.

Lichtenberg. Auch für unser „Dorf“ ist nun der Voranschlag zum Haushalts-Stat den zunächst beteiligten Gemeinde-Vertretern zugestellt worden und zwar mit der Einladung, diesen in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen (Donnerstag und Freitag) zur Verabschiedung zu bringen. Der Voranschlag schließt in seiner ordentlichen Einnahme und Ausgabe mit 1 225 000 M. gegen 1 010 000 M. im Vorjahre ab. Die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf 700 000 M.; daneben gehen die Special-Etats. Für eine Verwaltung auf Grund der Landgemeinde-Ordnung mit nur einem verantwortlichen Beamten allerdings gewaltige Zahlen. Das Ortsstatut zum Gewerbegericht hat man mehr endlich die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten. Bezeichnend ist es, daß es erst einer geharnischten Resolution des socialdemokratischen Wahlvereins bedurfte, um die Möglichkeit zu schaffen, das am 4. März genehmigte Statut am 18. März an die Gemeinde-Verwaltung gelangen zu lassen.

Friedrichshagen. Das Gewerkschafts-Komitee von Friedrichshagen veranstaltet am Sonntagabend 7½ Uhr bei Max Lerche, Hundel, einen wissenschaftlichen Experimental-Vortrag über die Wanderwelt des Ozeans und Entwicklung der Erde unter Berücksichtigung der Darwin'schen Theorie. Die Arbeiter-Schaft wird darauf aufmerksam gemacht, diesen interessanten Abend nicht zu verpassen.

Ein Gastwirt, dem seine Getränke verabsolgt werden dürfen. Dieser gewiß selten vorkommende Fall hat den Gastwirt A. in Wändehof bei Friedrichshagen betroffen. Der Landrat des Nieder-Rheinischen Kreises, Herr v. Treschow, hat Veranlassung genommen, den Dusch des Wirtes zu beschränken. Sämtliche Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften im weiteren Umkreise von Wändehof haben sich dieser Tage bei Androhung von Strafe schriftlich verpflichten müssen, dem genannten Gastwirt ferner kein Bier, Spirituosen u. dgl. zu verabfolgen. Da nun der Schankwirt des Ortes zum Betriebe seines Geschäfts doch unbedingt der geistigen Getränke bedarf und solche in Friedrichshagen oder andern benachbarten größeren Flecken einkaufen muß, so berührt das Verbot äußerst merkwürdig. Ist die Requirierung des Wirtes für beschränkende „Stoffe“ wirklich eine große, so braucht er ja nur unterwegs auf seinem Wagen oder besser in seinem eignen Lokal von den gelauften Branntweinen u. dgl. nach Herzenslust zu „kosten“. Da A. seiner Gastwirtschaft selbst vorsteht, so bleibt mithin die Verfügung des Landrats in den Mauern der Dorfschänke wirkungslos.

Aus Spandau schreibt man uns: Herr Pauli, seines Reichens Abgeordneter des Wahlkreises Potsdam-Osthavelland, hat in den letzten Wochen ganz wahrscheinlich im Hinblick auf die nächste Neuwahl ungenügend viel Mühe aufgewandt. Nicht nur, daß er im Reichstage sich als „freiwilliger Regierungskommissar“ gab, als der Socialdemokrat Pauli eine große Liste voller Beschwerden über die Arbeiterverhältnisse in den Staatsbetrieben zu Spandau vorbrachte, Herr Pauli forderte auch die ca. 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsbetriebe Spandaus direkt zum heftigsten Widerspruch heraus, indem er die samose Einbildung zum besten gab, daß für die Arbeiter seiner Meinung nach keine Ursache mehr besteht, mit der „neuen Lohnordnung“ unzufrieden zu sein. Dabei hat nicht ein einziger der Arbeiterausschüsse dem Entwurf einer neuen Lohnordnung zugestimmt, sondern eine ganze Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht. Solche Art der „Arbeitervertretung“ macht Herrn Pauli aber zum unerschütterlichen, wenn auch unfehlbaren Agitator für die socialdemokratische Sache.

Zu einer Versammlung der in Staatsbetrieben beschäftigten Metallarbeiter, in welcher die Massen-Entlassung in den Staatsbetrieben auf der Tagesordnung stand, war Herr Pauli, in der Annahme, daß er als Abgeordneter des Wahlkreises und erklärter Arbeiterfreund ein besonderes Interesse haben könnte, gerade die Arbeiter-Versammlung betreten, schriftlich eingeladen worden, zum Leidwesen der in Scharen herbeigeströmten Staatsarbeiter nicht erschienen! Am jedenfalls aber diesen schlechten Eindruck, den sein Wegbleiben von der Versammlung bei seinen Wählern erwecken müßte, thut sich zu verwischen, hat Herr Pauli sich nun doch entschlossen, in einer „öffentlichen Versammlung“, die vom patriotischen „Arbeiterbund“ und vom „Neuen Arbeiterverein“ zum Donnerstagabend nach dem „Roten Adler“ einberufen ist, über das Thema zu sprechen: „Die königlichen Werkstätten und die Socialdemokratie“. Die „Öffentlichkeit“ wird von Herrn Pauli und den Einberufern in folgendem Zufuge, den die betreffenden Zeitungsanzeigen enthalten, selbst gekennzeichnet: „Socialdemokraten haben keinen Zutritt!“ Es ist also von vornherein dafür gesorgt, daß Herr Pauli ungestört hinter verschlossenen Thüren die Socialdemokratie „liden“ und dort ungehindert die „Wahrheit“ reden kann! So wirt der Abgeordnete Pauli unermüdlich für — die Arbeiterfrage!

Stahl. Ein leibhaftiger „kaiserlicher Kaffierer der Reichshauptbank“, der Gemeindevertreter und Hausbesitzer von Wankow, verfiel unter Betonung seines Berufs als Sachverständiger in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung und in einem hiesigen Lokalblatt die von unserem Vertreter Genossen Kapp in der Sitzung vom 2. Februar ziffermäßig nachgewiesene Thatsache zu bestreiten, daß die Gemeinde allein in sechs Straßen durch Verzögerung der Pfahlerkosten-Abrechnung 16 000 M. an Zinsen zu Gunsten der Hausbesitzer verloren habe. Der Versuch, unter dem Schein der Sachverständigkeit eine unliebsame Thatsache wegzudisputieren, sollte zugleich eine Ehrenrettung seines Berufs genossen, des Wandirektors Steinthal sein, der damals, ohne den Sachverhalt geprüft zu haben, behauptete, Kapp operiere mit Unwahrheiten und Verleumdungen, und bis heute, obwohl aufgefordert, die unter Ehrenmännern übliche Pflicht, eine beleidigende Behauptung zu beweisen oder zurückzunehmen, verkannt hat. Herr Wankow behauptet nun, daß die Gemeinde keinen Schaden habe, weil der Hausbesitzer, der später anfangs, seine Schuld zu verzinsen und zu tilgen (was in Wankow zulässig ist), auch später damit aufhöre. Dabei entging diesem „Sachverständigen“ anscheinend, daß bestimmungsgemäß die Tilgungskosten dem Schuldentilgungs-Fonds zugeführt werden müssen, aus welchem die Gemeinde wiederum ihre Gläubiger befriedigt, daß also eine verspätete Zuführung der Raten eine verspätete Tilgung der Gemeindefschulden, somit eine verlängerte Verzinsung bedeutet, zum Schaden der Gemeinde, da die Anlieger zu einer Verzinsung ihrer Schuld in der Zeit zwischen Fertigstellung der Straße und Auslegung der Abrechnung (in diesen Fällen 3 bis 6 Jahre) gesetzlich nicht verpflichtet sind. Tilt aber die Gemeinde ihre Pfahlerkosten früher, ehe die Anteile der Hausbesitzer eingegangen sind, aus andern allgemeinen Mitteln der Steuerzahler, dann sind es eben auch diese, die an Stelle der Hausbesitzer die Zinsen für die Zwischenzeit tragen.

Der Herr Bürgermeister, der seiner Zeit Kapps Standpunkt teilte, sich aber in der nächsten Sitzung von dem „Sachverständigen“ Hausbesitzer bestimmen ließ, zu sagen, auch er habe sich damals „geirrt“, hielt es trotzdem für nötig, zur Verschleierung der noch rückständigen weiteren Abrechnungen erhöhte Aufstellungen für Hilfskräfte des Banamts zur Einstellung in den Etat zu empfehlen, was auch geschah. So recht „überzeugt“, daß die Gemeinde durch die Säumnigkeit

der Verwaltung keinen Schaden habe, schienen demnach nur die interessierten Hausbesitzer zu sein.

Gerechtigkeits-Beilage.

Der Gründungsprozess gegen den Kaufmann Bernhardt ist endlich gelangt gestern nach dreitägiger Verhandlung vor dem ersten Straßengericht des Landgerichts I zum Abschluß. Richter-Revisor Meier begutachtete, daß der Angeklagte Inventurbestände aufgenommen habe, welche gar nicht vorhanden waren. Die schwebenden Aufträge seien bei weitem nicht so hoch gewesen, wie der Angeklagte in dem Prospekt angegeben habe. Der Sachverständige führte noch eine Menge Punkte an, auf Grund deren er zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß das Unternehmen keine solide Grundlage hatte, sondern vorwiegend auf Schwindel beruhte.

Staatsanwaltschafts-Präsident Dr. Treischmann beantragte 15 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten des Betruges für überführt und verurteilte ihn hierauf zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre unter Verlassung der bürgerlichen Ehrenrechte. Drei Monate wurden durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Ein Rechtsstreit, der für das Krankenversicherungswesen von Bedeutung ist, schwebt zwischen dem Landarmen-Verband Berlin, vertreten durch die Berliner Armenleitung, und dem Vätermeister F. Meier aus der Fensburgerstraße 2. Dieser nahm im April 1901 ein Mädchen mit dem ausdrücklichen Vernein an, daß es nicht Dienstmädchen sein solle, sondern mit dem Vadbetrieb verbundene Verrichtungen, wie Pflichten, Reinigen der Geschirrkübel, Flechtputzen, Putzen der Wände und Säubern der Toiletten, zu besorgen habe. Das Mädchen wurde bei der Orts-Krankenkasse für Väter als Gewerbegehilfin versichert. Es erkrankte am 18. April und war dann vom 20. April bis zum 2. Mai in einem Krankenhause. Die Armenleitung verlangt nun von Meier durch Justizrat Dr. Krause 15 Mark 37 Pfennige mit der Begründung, sie habe an Kur- und Pflegekosten für das Mädchen im Krankenhause 30 Mark verauslagt, von der Väterkasse aber nur 14,63 M. erstattet bekommen. Die versicherte Person sei als Dienstmädchen anzusehen, und deshalb habe der Dienstherr nach § 617 des Bürgerl. Gesetzbuchs, Abs. 1 für eine bestimmte Zeit sämtliche Arbeitskosten zu tragen. Meier lehnte die Erstattung ab und vertief sich als Beklagter ebenfalls auf § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der im zweiten Absätze sagt, daß der Arbeitgeber von der im ersten Absätze enthaltenen Verpflichtung befreit ist, wenn die dienstverpflichtete Person bei einer Kasse versichert ist. Die Krankenkasse 46 des Amtsgerichts I entschied nach Vernehmung des Mädchens unter sehr ausführlicher Begründung, daß nach § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Absatz 2 der Landbesitzer-Verband mit seiner Klage kostenpflichtig abzuweisen sei. Das Mädchen sei im Gewerbebetriebe des Verlangten beschäftigt gewesen. Die Armenleitung hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Vom Ende unseres Gemeinde-Wahlrechts. Auf die Auslegung des § 52 der Landgemeinde-Ordnung kam es in einem Rechtsstreit an, der die Gültigkeit der Wahl des Parteigenossen Prieß zum Gemeindevertreter von Alt-Glienitz (Wahlkreis Teltow-Beeskow) betraf. Prieß war neben einem „Angeseffenen“ als Nichtangehänger in der dritten Abteilung gewählt worden, welche seit einer Reihe von Jahren noch ein dritter Herr vertritt, der jetzt nicht mehr mit einem Grundbesitzer angelesen ist, seiner Zeit aber als Angeseffener gewählt wurde. Die Wahl des Genossen Prieß wurde nun angefochten, weil der dritten Abteilung in Alt-Glienitz nur ein Nichtangehänger zulässig. P. bestritt dies, der Bezirksausschuss als Gericht zweiter Instanz erklärte jedoch seine Wahl für ungültig. In der merkwürdigen Urteilsbegründung wird gesagt: Nach § 52 der Landgemeinde-Ordnung müßten mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung Angeseffene sein; die Nichtangeseffenen seien, lasse sich die Zahl nicht durch drei teilen und eine gleichmäßige Verteilung auf die drei Wählerabteilungen ermöglichen, nach folgendem Grundsatze zu verteilen: Bleibt die Zahl 1 übrig, so kann die zweite Abteilung einen mehr wählen, bleibt die Zahl 2 übrig, so kann die erste Klasse den einen, die dritte Klasse den andern wählen. Hier bestimme nun die Gemeindevertretung einschließlich des Gemeindevorstehers aus 16 Personen, so daß im ganzen höchstens fünf Nichtangeseffene sein dürfen. Wären diese fünf zu verteilen, dann kämen allerdings auf die erste und auf die dritte Klasse je 2. Nun sei aber der Gemeindevorsteher, der bei der Verteilung ausseide, ein Nichtangeseffener, und es blieben deshalb nur 4 Nichtangeseffene auf die drei Wählerklassen zu verteilen. Somit stehe aber der dritten Klasse nur einer zu und der sei schon vorhanden. Gleichgültig sei, daß dieser zur Zeit seiner Wahl Angeseffener gewesen und als solcher damals gewählt sei. Die Verteilung für die Wahl sei maßgebend; daß in Wirklichkeit mehr als zwei Drittel der Gemeindevertretung Angeseffene seien, wäre unerheblich. — Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil.

Unbegündete sittenpolizeiliche Verfügung. Die Kellnerin F. war durch den Polizeipräsidenten zu Magdeburg unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt worden. Sie suchte diese Verfügung im Verwaltungs-Streitverfahren an und machte geltend: Es sei allerdings richtig, daß sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu verschiedenen Männern in intime Beziehungen getreten sei; das sei aber aus Reizung geschehen. Es zum Zwecke des Erwerbes zu thun, habe sie gar nicht nötig gehabt, denn sie habe als Kellnerin manchen Monat an Trinkgeldern und Getränke-Prozenten außer dem freien Essen 80 Mark verdient. Der Bezirksausschuss erklärte demnach die Unterstellung des Mädchens unter sittenpolizeiliche Kontrolle für unberechtigt und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung, weil der Klägerin nicht nachgewiesen sei, daß sie gewerbdmässig gehandelt habe.

Versammlungen.

Eine große Versammlung der Bäcker-Arbeiter beschäftigte sich am Dienstag in Rellers Festsaal u. a. mit der Frage: „Sind wir gewarnt, unsere Forderungen vom Jahre 1900 nochmals vor der Öffentlichkeit zu wiederholen?“ In dieser Versammlung eingeladen waren der Vorsitzende und die Mitglieder des Einigungsamtes, die beiden Innungs-Vorstände, sowie 3 Innungs-Sprechmeister. Nachdem der Referent Schneider u. a. ausgeführt hatte, daß vor etwa 2 Jahren gleichfalls eine große Versammlung der Bäcker-Gesellen in demselben Saale stattgefunden und das Berliner Gewerbegericht zum Zwecke der Einigungsverhandlungen angeregt worden sei, auch Vereinbarungen festgelegt, aber zum Teil nicht zur Durchführung gelangten, zum Teil im Laufe der Zeit wieder verloren gegangen waren, nachdem er ferner erklärte, daß auf Veranlassung der Lohnkommission am 11. März eine Sitzung der Vorstände der Berliner Bäcker-Innungen in Gemeinschaft mit den Vertretern der Gesellen stattgefunden und eine Kommission von 12 Mitgliedern (6 Meister und 6 Gesellen) gewählt sei, um Mittel und Wege festzusetzen, die vor dem Gewerbegericht getroffenen Vereinbarungen, nun endlich nach zwei Jahren zur Durchführung zu bringen, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Verhandlungen der Innungsvertreter mit den Vertretern der Gesellen. Sie erwartet nunmehr, daß die im Jahre 1900 vor dem Einigungsamt festgelegten Einigungsbedingungen endlich durchgeführt werden, besonders der Punkt 6 (das Kost- und Logiswesen betreffend). Eine zweite darauf angenommene Resolution lautet: 1500 Bäcker-Gesellen Berlins erheben flammenden Protest gegen die Verschickung von Berliner Bäcker?“ und nach dem Auslande durch das hiesige Sprechamt der Innung „Germania“. Ein Teil dieser Bäcker-Gesellen hat sich durch falsche Vorpiegelungen und Versprechungen bewegen lassen, nach Schweden zu gehen, wo dieselben zu einem frivolen Zweck, von dem sie vorher keine Ahnung hatten, gebraucht worden

und wo sie schon nach wenigen Tagen wieder arbeitslos und demselben Elend wie zuvor preisgegeben sind. Eine derartige Arbeitsvermittlung widerspricht nach Auffassung der Versammelten den guten Sitten und ist eine solche Handlungsweise seitens einer Innung und deren Sprechämtern, die von den Gesellen bezahlt werden, auf das Schärfste zu verurteilen. An die Regierung richtet die Versammlung das Ersuchen, Gesetzesbestimmungen zu erlassen, wonach diejenigen, die die Verträge der Arbeitsvermittlung bezahlen, auch die Verwaltung derselben zu leiten haben. Die Versammelten sprechen den freilebenden schwedischen Kollegen ihre volle Sympathie aus und erklären, daß sie mit jenen Berliner Kulkollegen, die den schwedischen Bäcker-Gesellen in den Rücken gefallen sind, nichts zu thun haben wollen.“

Gips- und Zementbranche. Am Montagabend fand in den „Arminhallen“ eine vom Verband der Maurer einberufene Versammlung der bei der Firma Eugino, Fabrik für Gips- und Zement-waren, beschäftigten Arbeiter statt, welche sehr stark besucht war. Viele schilderte die Arbeitsverhältnisse bei der genannten Firma und geißelte es, daß die Kollegen, welche die sogenannten Eugino-Wände ansführten, diese Arbeit 5—10 Pf. pro Stunde billiger ausführten, als es im Mabitgewerbe üblich sei und durch Vertrag mit den betreffenden Arbeitgebern festgelegt sei, wodurch die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Gips- und Zementgewerbe event. eine allgemeine Verschlechterung erfahren könnten. Dieser Ansicht traten Freylich, Bartel, Gohlke, Mulack und andre bei und wurde alsbald mit großer Mehrheit eine Resolution beschlossen, nach welcher der Vorstand des Zweigvereins Berlin des deutschen Maurerverbandes beauftragt wurde, zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Firma Eugino in Verbindung zu treten. Das Resultat soll alsdann einer Vorstandssitzung zur Verabschiedung unterbreitet und der am Mittwoch den 19. März in den Arminhallen stattfindenden Versammlung sowie im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden. Die in Betracht kommenden Führer der Euginowände verpflichteten sich, bei negativem Resultat der Verhandlung die Arbeit so lange einzustellen, bis denselben der bei den Mabitgewerbern festgelegte Stundenlohn von 80 Pf. bewilligt wird.

Spandau. Die in den Staatsbetrieben Spandaus beschäftigten Arbeiter waren am Dienstag verhältnismäßig zahlreich im Befehls-Lokale zu Spandau versammelt, um sich mit den Massen-Entlassungen in den Staatsbetrieben zu beschäftigen. Der Abgeordnete des Kreises Pauli-Potsdam war trotz schriftlicher Einladung der Versammlung ferngeblieben. Das Referat hielt Cohen-Verlin, welcher in vorläufiger Weise die Zustände in den Staatsbetrieben einerseits und die Pflicht der in denselben beschäftigten Arbeiter gegenüber sich selbst und ihren Arbeitsbrüdern in den Privatbetrieben andererseits behandelte. Auf die Massen-Entlassungen übergehend, wies Redner darauf hin, daß sich der Staat nicht im geringsten darum kümmern, was aus seinen arbeitslosen Arbeitern werden solle, obgleich es doch die Heeresverwaltung in der Hand habe, durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit die Massen-Entlassungen zu vermeiden. Hier, an den Massen-Entlassungen, sollten die Arbeiter der Staatsbetriebe erkennen lernen, daß ihr Schicksal genau dasselbe sei, wie das der Arbeiter in Privatbetrieben, und daß beide darum das gleiche Interesse haben, für eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse überhaupt einzutreten. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion rückte u. a. Krieger die von dem Abg. Pauli im Reichstage behandelte „Härterge“ für die Arbeiter der Staatsbetriebe in das rechte Licht.

Tege. Am Dienstag, den 18. März, tagte hier bei W. Trapp eine von ca. 450 Personen besuchte Volksversammlung. Karl Wieseenthal sprach über „Die Bedeutung des 18. März für die arbeitende Bevölkerung“. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte keine Diskussion. Die Märzgefallenen wurden durch Erörtern von den Plänen geehrt. Zum Punkt Gemeindevorsteher-Wahl sprach Seider. Er führte aus, daß in die Gemeindevertretung für Tege in der III. Klasse ein Angeseffener gewählt werden solle. Laut der Gemeinde-Ordnung könne aber ein Nichtangeseffener in der III. Klasse gewählt werden, da in dem jetzt bestehenden Gemeinde-Parlament nur Angeseffene in der III. Klasse seien. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, für den Nichtangeseffenen, Maurer Otto Meier ihre Stimme bei der Wahl abzugeben. Gegen diese Ausführungen sprach der Herr Schöffe Reichelt und gab bekannt, daß der Herr Amtsvorsteher Bruno ebenfalls in der III. Klasse wählt, da derselbe als Meier zählt, weil seine Grundbesitzer noch nicht 3 M. erreichen, er also als Nichtangeseffener für die III. Klasse rechnet. Der Herr Gemeindevorsteher Schumacher stellte sich in seinen Ausführungen nicht auf denselben Boden, sondern hielt die Auffstellung eines Nichtangeseffenen für berechtigt. Nachdem von anderer Seite noch einige Redner gegen Herrn Schöffens Reichelt gesprochen hätten und den Wert des Dreiklassenwahlsystems klargelegt, schloß die Versammlung den einstimmigen Beschluß, bei der am 20. März, vormittags von 11 Uhr bis abends um 8 Uhr im Amtsburau stattfindenden Gemeindevahl an der Kandidatur des Maurers Otto Meier festzuhalten und dafür zu sorgen, daß derselbe möglichst einstimmig gewählt wird, sollte auch die Wahl infolge der Verhältnisse als ungültig erklärt werden.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher-gehilfen. Donnerstagabend 10 Uhr im Restaurant Baner, Rosenhaldersstraße 37: Vortrag über: Der 18. März 1848.

Vermischtes.

Eine Dynamit-Explosion gab Veranlassung zu einem solchen Gerücht von einem Eisenbahnunfall, das in der Nähe von Sendal verübt sein sollte. Die jedoch von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, liegt diesem Gerücht folgender Tatbestand zu Grunde: Vor etwa drei Wochen wurde auf den Schienen zwischen Mathenow und Großhohn von einem Bahnwärter eine Pappschachtel aufgefunden, welche die Aufschrift „dreifach ein Pfund voll“ trug. Der Finder, Bahnwärter Glaubitz in Ende 24 öffnete die Schachtel und fand darin mehrere Dynamit-Patronen. Anstatt dieselben seiner zuständigen Behörde abzuliefern, behielt der Wärter den gefährlichen Fund mehrere Wochen hindurch. Am letzten Sonntag hantierte G. in Anwesenheit mehrerer Personen mit einer derartigen Patrone und versuchte sie zu öffnen. In demselben Augenblick explodierte das Geschöß und der Unvorsichtige wurde durch die umherfliegenden Stücke erheblich verletzt. Im Mathenower Krankenhaus mußten ihm vier Finger amputiert werden. Der Inhaber der Dynamitpatronen ist wahrscheinlich ein Bergmann gewesen, der sich aus einem Eisenbahnzuge heraus der gefährlichen Geschosse durch Fortwerfen hat entledigen wollen.

Liebesdramen sind jetzt wieder in geradezu erschreckend häufiger Weise an der Tagesordnung. Heute liegen uns die beiden folgenden Meldungen vor: Eine furchtbare Missethat ist Dienstag früh in Oberswalde verübt worden. Der russische Arbeiter Geisler drang gegen 5 Uhr morgens in die in der Bergstraße gelegene Wohnung des kurz vorher zur Arbeit gegangenen Arbeiters Bartels, verletzte dessen Frau durch einen Revolver-Schuss in die linke Brustseite schwer, tötete die 21-jährige Tochter durch einen Schuß in den Kopf und erhängte sich dann selbst in der Kammer, in welcher er das Verbrechen begangen hatte. Der Grund zu diesen Missethaten war Liebesgram. Die lebensgefährlich verwundete Frau Bartels wurde in das Krankenhaus gebracht. — Einen ebenso traurigen Ausgang nahm ein Liebesdrama, das aus Platten i. B. berichtet wird: Der am hiesigen Stadt-Theater wirkende Schauspieler Wedell unterhielt seit einiger Zeit mit der Tochter seines Dilettos ein Liebesverhältnis, das der Vater der jungen Dame nicht dulden wollte. Er brachte daher seine Tochter auf seine in Bad Lina gelegene Villa, um sie den Einflüssen des Schauspielers zu entziehen. Aber auch hier machte Wedell der jungen Dame seinen Besuch. Sobald dies der Vater der jungen Widdens erfuhr, begab er sich sofort von Platten nach Bad Lina. Als er an der Gartenterrasse seiner Villa ankam, hörte er in der Villa vier Schüsse fallen, die den Tod der beiden jungen Leute herbeiführten.